

SIEDLUNG UND WIRTSCHAFT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE SIEDLUNGS- UND WOHNUNGSWESEN
ORGAN DES REICHSV ERBANDES DEUTSCHER HEIMSTÄTTEN

HERAUSGEGEBEN VON

GUTZMER

Vorsitzender des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten

DR. NEUMANN

Stellv. Vorsitzender

UNTER MITWIRKUNG VON

DR. THIELE

Regierungsrat
Pr. Min. f. Wirtschaft u. Arbeit

DR. DR. RUSCH

Oberregierungsrat
Sächsisches Arbeitsministerium

DR. HEISER

Regierungsrat
Geschäftsführer
der Nassauischen Heimstätte

DR. HELLWIG

Geschäftsführer
der Schlesischen Heimstätte

SCHLEMM

Regierungsbaumeister
Geschäftsführer
der Ostpreussischen Heimstätte

SCHRIFTLEITUNG: BERLIN W 8, KRONENSTRASSE 72 / VERLAG: BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, HARDENBERGSTR. 13

15. JAHRGANG / BERLIN / AUGUST 1933 / HEFT 8

Siedlungspolitik — Rückblick und Ausblick

Von **Nadolin** zu **Gutzmer**

Die Mißstände in der Bauwirtschaft und das Daniederliegen der Bautätigkeit in der Kriegs- und Nachkriegszeit brachten die staatliche Wohnungsreform und Wohnungsfürsorge. Die mittelbaren Ziele waren die Gesundung von den bevölkerungspolitischen Kriegsschäden und die Förderung der Eheschließungen und des Familienlebens. Das Verständnis für die Notwendigkeit dieser öffentlichen Betätigung ist Gemeingut des Volkes geworden.

Leider wurde diese wirtschaftliche Notwendigkeit nur zu oft zum Objekt politischer Bestrebungen gemacht. Man redete, schrieb und handelte mit dem Ziel der Sozialisierung des Wohnungswesens und ließ dabei die wirtschaftlichen Erfordernisse für die Gestaltung des Wohnungs- und Siedlungswesens zurücktreten.

Die im „Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften“ zusammengeschlossenen Heimstätten-Gesellschaften und Körperschaften haben im Sinne der ihnen im vorrevolutionären Wohnungsgesetz vom 28. März 1918 zugewiesenen Aufgaben das wirtschaftlich Beste zu erreichen versucht. Ihr Einfluß reichte aber nicht aus, um der staatlichen Siedlungspolitik gegenüber eigenmächtigen und eigenföhrigen Bestrebungen der marxistisch geföhrten Gemeinden und der sozialdemokratischen Organisationen durchzusetzen. Selbst die staatliche Regierungsgewalt hat unter dem Einfluß dieser Mächte in der Wohnungs- und Siedlungspolitik die klare im Wohnungsgesetz von 1918 festgelegte Zielsetzung oft aufgegeben, so daß das praktische Ergebnis der wohnungspolitischen Arbeit gegenüber den dem Wohnungsgesetz zugrundeliegenden Vorstellungen und Wünschen nur ein feiner Teilerfolg ist.

Die Regierung der nationalsozialistischen Revolution hat diesen Zustand mit sicherem Blick erkannt und schnell die Maßnahmen zur Änderung getroffen. Durch Beschluß des Preussischen Staatsministeriums vom 8. 5. 1933 wurde Pg. W. Gutzmer mit der schwierigen Aufgabe betraut, aus den Wohnungsfürsorgegesellschaften geeignete und schlagkräftige Instrumente der nationalen und sozialen Regierung zur Durchführung des von ihr als richtig anerkannten Siedlungs-Programms zu machen. Diese Aufgabe ist durchgeführt. Die neue Heimstätten-Organisation ist da.

Die Heimstätten-Treuhandgesellschaften, die im „Reichsverband Deutscher Heimstätten“ als Dachverband zusammengefaßt werden, sind nach ihrer sachlichen und personellen Vereinigung unter Führung der Oberpräsidenten, die in fast allen Fällen den Vorsitz im Aufsichtsrat selbst übernommen haben, in der Lage, die ihnen gestellten wohnungs- und siedlungspolitischen Aufgaben durchzuführen. Das Ziel ist dabei, jedem Volksgenossen die Möglichkeit zu bieten, sich eine Heimstätte auf eigenem Grund und Boden zu schaffen.

Die sachliche Arbeit ist bereits in Angriff genommen. Wie diese Arbeit beschaffen ist und welche Aufgaben der Lösung harren, hat Hg. Guhmer mehrfach vor der deutschen Presse und in diesem Heft in einem besonderen Aufsatz ausgeführt.

Die Zeitschrift „Siedlung und Wirtschaft“ hat als „Organ des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten“ die Voraussetzungen und Möglichkeiten der praktischen Siedlungs-Arbeit wirtschaftlich zu ergreifen und der Durchsetzung siedlungspolitischer Arbeit den Weg propagandistisch vorzubereiten. Wir begrüßen die neuen Herausgeber und danken ihnen für die Bereitwilligkeit, an dieser Arbeit mitzuwirken. Die Grundsätze und Ziele für die nächste Zukunft werden demnächst in einer gemeinsamen Erklärung der Herausgeber in diesem Blatte bekanntgegeben.

Ernst Nadolny

Vorsitzender des früheren Reichsverbandes der Wohnungsfürsorgegesellschaften
und Generaldirektor der Ostpreussischen Heimstätte.

In dieser Schicksalswende der Heimstätten-Arbeit scheidet aus den Kreisen der Wohnungs- und Siedlungsfachleute eine besonders bedeutende Persönlichkeit aus: Ernst Nadolny. Was er seiner Heimat und dem Reichsverbande bedeutet, bedarf einer ernsten Würdigung.

Die ostpreussische Heimat, in deren schönstem Teile, dem Seen-Gebiete, Nadolny's Wiege stand, gab diesem Manne die unbeirrbare Fähigkeit im Verfolgen einmal gesteckter Ziele. Diese Eigenschaft findet ihre wertvolle Ergänzung im klaren Erkennen des Erreichbaren bei weitester Zielsetzung und in einem scharf ausgeprägten Rechtsgefühl in der Wahl der Mittel. Nadolny hat sich schon vor mehreren Jahrzehnten mit den Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens befaßt. Als Rechtsanwalt in Neidenburg (Ostpreußen) gründete er in der Vorkriegszeit die erste ostpreussische Kleinsiedlungsgesellschaft. Ihre Geschäfte hat er bis in den Krieg erfolgreich geleitet. Als Ostpreußen nach dem Russeneinfalle an die Beseitigung der Kriegsschäden ging, zog der damalige Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Erzellenz von Batocki, Nadolny als einen auf diesem Gebiete besonders erfahrenen Mann zu sich heran, um ihm die Organisation des Kleinsiedlungswesens in der ganzen Provinz zu übertragen. Nadolny wurde bald darauf der Ostpreussischen Landgesellschaft als Direktor beigeordnet. Von dort hat er die Gründung und den Aufbau einer großen Zahl von Kleinsiedlungsgesellschaften durchgeführt.

Als das Wohnungs- und Siedlungswesen Preußens durch das Wohnungs-Gesetz vom 28. 3. 1918 eine neue Grundlage erhielt, fand auch Nadolny's Tätigkeit neue Ziele. Als erster Geschäftsführer der auf Grund dieses Gesetzes gegründeten Ostpreussischen Heimstätte hat Nadolny in 12 arbeits- und ereignisreichen Jahren zum wirtschaftlichen Ausbau und Fortschritt seiner Heimatprovinz tätig mitgewirkt. Wer die Schwierigkeiten der Heimstätten-Arbeit infolge der eifrigen Befehdung interessierter Kreise und der mangelhaften Unterstützung der zuständigen Behörden in den letzten 10 Jahren kennt, kann schon am Erfolge ermessen, wie hoch Nadolny's Leistungen zu werten sind. Oft genug war die Arbeit der Ostpreussischen Heimstätte beispielgebend

für die Arbeit in anderen Provinzen. Viele Gedanken, die aus der Tätigkeit Nadolny's und den dabei gesammelten Erfahrungen geboren sind, beginnen sich erst heute in ihrem vollen Umfange auszuwirken.

Daß auf den Dienst an der Heimat abgestimmte Wollen und Können fand die Aufmerksamkeit gleichgerichteter Fachkreise in anderen Provinzen. So kam es, daß Nadolny im Jahre 1926 zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorgegesellschaften gewählt wurde. In dieser Stellung war Nadolny ein tapferer Vorkämpfer für den Heimstätten-gedanken, der bei der Ziellosigkeit der von vielseitigen Wirtschaftseinflüssen und den parlamen-tarischen Mehrheiten abhängigen Regierungsgewalt der letzten Jahre ständig Gegenstand des Meinungsstreites war. Die Initiative Nadolny's führte daher gar oft zum Kampf mit den behördlichen Stellen. Dadurch und durch Arbeitsüberlastung wurde die Kraft dieses Mannes zerrieben. Es entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung, wenn man die Zerrüttung seiner Gesundheit zu einem großen Teil auf diese nervenverzehrende Kämpfe zurückführt. Eine Tragik liegt darin, daß dieser Mann in einem Augenblick von der Bühne seines Wirkens abtreten muß, in dem ein neuer politischer Geist dem von ihm vertretenen weitschauenden Gedanken neues Leben eingebläst hat und sie zum Wohle unserer Volksgenossen Tat werden läßt.

Willy Guhmer

Vorsitzender des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten
und Beauftragter des Preussischen Staatsministeriums für die preussischen provinziellen Heimstätten.

Durch das Vertrauen des Preussischen Ministerpräsidenten, Hermann Göring, berufen, hat Willy Guhmer am 8. Mai 1933 die Führung der preussischen provinziellen Heimstätten und des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten übernommen, um die Heimstätten im Sinne der national-sozialistischen Staats- und Wirtschaftsauffassung umzugestalten. Der neue Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten steht im besten Mannesalter von 40 Jahren. 4 Jahre Frontdienst haben diesem Manne Verantwortungsbewußtsein und Verantwortungsfreudigkeit im Dienste für die Volksgenossen mitgegeben. Eine langjährige Bank- und Wirtschaftspraxis vermittelte ihm ausgebreitete Kenntnisse und Weitblick für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Guhmer ist einer der ersten Vorkämpfer der nationalsozialistischen Betriebszelle. In seiner Berufsarbeit hat er sich besondere Verdienste im Ausbau des Genossenschaftswesens erworben. Er ist dabei über die Grenzen seines eigenen Wirkungskreises als Oberrevisor des Reichsverbandes Deutscher Baugenossenschaften bekannt geworden. Diese Arbeit führte er über die übliche formale Revisortechnik hinaus zur wirtschaftlichen Erfassung des Wesentlichen. Er benutzte seine Tätigkeit von Anfang an zu einer Veredelung und Reinigung des Geschäftsgebarens der Baugenossenschaften und des gemeinnützigen Wohnungswesens überhaupt. Es ist daher zu begrüßen, daß ihm durch den Auftrag des Preussischen Ministerpräsidenten Gelegenheit gegeben wurde, seine Fähigkeiten und eingehenden Wirtschaftskenntnisse in den Dienst des neuen Aufbaues der provinziellen Heimstätten und des gesamten Wohnungswesens zu stellen. Inzwischen ist Guhmer zum Vorsitzenden des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten und kurz darauf auch zum Führer des Hauptverbandes Deutscher Baugenossenschaften und -gesellschaften gewählt worden. Guhmer wird so durch das Vertrauen der Reichs- und Preussischen Staatsregierung und der von ihm geführten Verbände getragen. Möge es ihm im Zusammenwirken mit den Reichs- und Staatsbehörden gelingen, die seiner Führung unterstellten Heimstätten-Treuhand-gesellschaften und gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen voll und ganz in den Dienst des Siedlungswesens zu stellen.

Dr. Ferdinand Neumann

Die zukünftigen Aufgaben der deutschen Heimstätten als Treuhänder der staatlichen Kleinsiedlungs- und Kleinwohnungspolitik

Von

Hg. W. Guhmer

Beauftragter des Preussischen Staatsministeriums für die provinziellen Heimstätten.

Wenn neben der Befestigung des bäuerlichen Brauchtums und der Ansiedlung deutscher Bauern bisher wenig von der Ansiedlung der übrigen Bevölkerung gesprochen worden ist, kommt dies nicht daher, daß diese Aufgabe von der nationalen Regierung gegenüber der landwirtschaftlichen Siedlung zurückgestellt oder für weniger wesentlich gehalten würde. Die nationalsozialistische Regierung betrachtet es vielmehr als ihre erste Pflicht, durch ihr Wiederaufbauprogramm den Lebens- und Wirtschaftsraum des deutschen Bauern und des deutschen Arbeiters von Grund auf neu zu gestalten und zu befestigen und die gegenwärtige Volks- und Wirtschaftsnot durch eine neue gesamtwirtschaftliche Politik des Raumes und der Bevölkerung zu beheben. Bei der Ansiedlung deutscher Bauern handelt es sich um die Befestigung und Verbreiterung des ältesten und trotz mancher noch vorhandenen Gegensätze geschlossenen Berufsstandes und damit um ein Problem, dem trotz aller Verstärkungen mit der übrigen Siedlung gesprochen werden? Bezeichneten die früheren Machthaber nicht auch Millionenstädte als Großsiedlungen, in denen jetzt hundertaufende von Erwerbslosen auf dem Asphalt liegen und gänzlich auf die Fürsorge der öffentlichen Hand angewiesen sind? Erschöpfte sich nicht die städtische Siedlungspolitik der Nachkriegszeit immer mehr in einer Zusammenpferdung der Bevölkerung in Massenmietshäusern mit dem bewußten Ziel, die Herrschaft der marxistischen Machthaber auf ein immer breiteres landloses Proletariat zu stützen? Wenn jetzt die provinziellen Heimstätten für eine neue Kleinsiedlungs- und Wohnungsbaupolitik der nationalen Regierung eingesetzt werden sollen, knüpfen sie damit unmittelbar an die Aufgaben an, die ihnen die Regierung des alten Preußen durch das Wohnungsgezet vom 18. März 1918 gestellt hat. Die provinziellen Heimstätten haben sich in den 14 Jahren marxistischer Wohnungsbaupolitik von den Ueberlieferungen altpreussischer Siedlungspolitik vielleicht am wenigsten entfernt, da der gesunde Sinn der von ihnen betreuten Kleinsiedler in den ländlichen Bezirken jäh am überkommenen Kleinhaus mit Garten festhielt und landlose Mietwohnungen immer als fremd empfand.

Im „Reichsverband Deutscher Heimstätten“ zusammengeschlossen, werden die Heimstätten der preussischen Provinzen und der übrigen Länder in Zukunft die Stellen, die jedem Volksgenossen, einem jeden Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel, Verkehr und freien Berufen zu einer eigenen Heimstätte verhelfen werden. Sie ermöglichen im Sinne des bisher unwirksam gebliebenen Reichsheimstättengesetzes einem jeden Volksgenossen die Gründung einer eigenen Familie und eines selbstständigen Haushaltes auf eigenem Grund und Boden als den gesunden und fernsten Zellen des neuen Staates. Ueber die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Kleinsiedlungen ist in diesen Blättern oft genug gesprochen worden. Breiteste Schichten der nichtlandwirtschaftlichen Berufstätigen müssen auf lange Zeit damit rechnen, in ihrem Hauptberuf nicht das volle Einkommen zu finden, das den wirtschaftlichen Bestand ihrer Familie rektlos verbürgt. Auch wenn die jetzige Erwerbslosigkeit durch den großartigen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im großen und ganzen behoben sein wird, lassen sich saison- und konjunkturbedingte Schwankungen der Beschäftigung und des Einkommens in den einzelnen Erwerbszweigen, insbesondere in den mit dem Weltmarkt verbundenen Gewerben, nicht ausschalten. In der kurzen Scheinblüte nach der Inflation wurden diese Erfahrungen nur allzu schnell vergessen. Erst jetzt endlich nach langen schweren Krisenjahren ist die Erkenntnis Allgemeingut geworden, daß nur ein krisenfestes hauswirtschaftliches Zusageneinkommen aus eigenem Garten oder kleinem Ackerland einen Ausgleich gegen diese Schwankungen zu schaffen vermag. Der Ertrag aus dem eigenen Grund und Boden will allerdings erarbeitet sein und setzt die Eignung der Kleinsiedler

zu gärtnerischer Tätigkeit voraus. Aufgabe ihrer verantwortlichen Träger ist es daher, die Eignung der Kleinsiedler zu prüfen, soweit diese aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Ebenso notwendig ist eine Sicherung des hauptberuflichen Einkommens der Kleinsiedler, das neben dem Ertrag aus eigenem Grund und Boden auf keinen Fall zu entbehren ist. Die Kleinsiedlung gewinnt damit eine noch viel zu wenig beachtete wirtschaftspolitische Bedeutung. Die **Erwerbslosen-siedlung** am Stadtrand, entstanden als eine rein politische Aktion der Regierung Brüning, mußte in allen Fällen fehlschlagen, in denen es den Kleinsiedlern nicht gelang, ein neues hauptberufliches Einkommen zu finden.

Nicht zuletzt infolge der Bemühungen des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten tritt nunmehr die Förderung der Kurzschichtensiedlung und der Eigenheimsiedlung an ihre Stelle, bei denen das notwendige hauptberufliche Einkommen der Siedler gesichert ist. Der Zahl nach überwiegen schon heute die erstellten Kurzschichtensiedlungen, bei denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zur Kurzarbeit verpflichten. Es hat sich gezeigt, daß diese Verpflichtungen ohne jeden behördlichen Druck freiwillig von beiden Seiten eingegangen worden sind; von den Arbeitern, um in den Genuß einer Kleinsiedlung mit billigerer Wohnungsmiete und zusätzlichem Gartenertrag zu kommen, von den Unternehmern, um auch in Krisenzeiten einen möglichst großen festen Arbeiterstand zu erhalten. In einer Verbreitung dieser Kurzschichtensiedlungen liegt eins der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß diese alle Unternehmungen erkennen und in Zukunft auch zur Finanzierung der Siedlungen im breitesten Umfange beitragen werden. Eine ausreichende Bereitstellung von Pachtland gestattet hierbei eine wechselnde Größe der gärtnerisch genutzten Grundstücke nach Maßgabe der hauptberuflichen Arbeitsleistung der Arbeiter und Angestellten und der übrigen Arbeitskräfte innerhalb der Familie. Ein leichter Besitzwechsel ist vertraglich zu sichern, um bei einem Wechsel der Arbeitsstätte die notwendige Freizügigkeit zu ermöglichen. Bei einer derartig weitgehenden Anpassung an alle gegebenen Arbeitsmarktsverhältnisse wird die Bereitstellung der nebenberuflichen Landsiedlungen immer mehr zu einem wesentlichen Teil der staatlichen Arbeitsmarktpolitik und Gewerbepolitik. Sie kann in vollem Umfange dazu eingesetzt werden, um die tiefgreifenden Wandlungen und Standortverlagerungen der Wirtschaft durchzuführen, deren Ausdruck die heutige Krise ist, und um schnell und wirksam die schlimmsten Notstände in den industriellen Krisengebieten Rheinlands, Westfalens, Sachsens und Berlins zu beheben. Die **Winnensolonisation** durch einen gewerblichen Ausbau der Klein- und Mittelsstädte und die Gewindung der übergroßen Bevölkerungsbaltungen der Großstädte durch diese Winnensolonisation greifen eng ineinander. Die ungesunde Stauung des wirtschaftlichen Kreislaufes, die die jetzige Arbeitslosigkeit darstellt, wird nicht zuletzt auch durch eine derartige räumliche Neuordnung des deutschen Siedlungsraumes gelöst werden.

Die Eigenbedeutung und Eigengesetzlichkeit des nichtlandwirtschaftlichen Kleinsiedlungswesens wird dadurch veranschaulicht, daß infolge der starken Bevölkerungsvermehrung in der Vorkriegszeit bis 1960 noch ein Zuwachs von 4½ bis 5½ Millionen Haushaltungen zu erwarten ist, von denen höchstens ½ bis eine Million bäuerlich angesiedelt werden kann. Der übrige größte nichtlandwirtschaftliche Teil von 3½—5 Millionen wird in erster Linie in Kleinsiedlungen mit ausreichenden Landzulagen angesiedelt werden müssen. Die Erstellung von Kleinwohnungen ohne Garten wird dagegen ganz zurücktreten und allenfalls in innerstädtischen Sanierungsgebieten in Frage kommen. In diesen Größenordnungen soll keineswegs eine Vorrangstellung der gewerblichen Kleinsiedlungen gegenüber der bäuerlichen Siedlung zum Ausdruck kommen. Im Gegenteil ist eine verstärkte Bauernsiedlung in den menschenleeren östlichen Provinzen eine erste Voraussetzung dafür, daß sich auch dort die landwirtschaftliche Bevölkerung verdichtet. Diese schafft ihrerseits für eine Vermehrung der östlichen Industrie die notwendigen Verbraucher und führt ihnen die notwendigen Arbeitskräfte zu. Da die erprobte Krisenfestigkeit der ländlichen Industriegebiete in einer gesunden Durchbringung von Landwirtschaft und Industrie liegt, wird durch den Reichsverband Deutscher Heimstätten auch die hierfür geeignete Siedlungsform in Dörfern mit härterem gewerblichen Einschlag und in Aderbürgerstädten mit landwirtschaftlich-gärtnerischem Einschlag gepflegt werden müssen, soweit hierfür die örtlichen Standortbedingungen vorliegen.

Für die Durchführung dieser Gemeinschaftsaufgaben auf der einen Seite, wie für eine landwirtschaftlich bedingte Abgrenzung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Siedlung auf der andern Seite, wird eine enge Arbeitsgemeinschaft zwischen der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kol-

nisation und dem Reichsverband Deutscher Heimstätten herzustellen sein. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Landgesellschaften und den Heimstätten wird in den Ländern und Provinzen bereits eingeleitet. Hierdurch werden auch Bedenken der Landwirtschaft gegen die von den Heimstätten angestrebten nebenberuflichen Landbesiedlungen zerstreut werden können, die in Richtung einer Einengung des landwirtschaftlichen Absatzes durch die Erzeugnisse der nebenberuflichen Landbesiedlungen liegen. Der Unterkonsum der landlosen gewerblichen Arbeiter ist zurzeit derart groß, daß nach den vorliegenden Erfahrungen der Ertrag von $\frac{1}{2}$ —1 Morgen-Stellen an Obst und Gemüse völlig zu seiner Deckung gebraucht werden wird. Ebenso groß ist ihr Unterkonsum an Fetten und Eiweißstoffen, der auch bei Haltung von Kleintieren auf 1 bis 2 Morgen-Stellen erst zu einem Teil gedeckt werden kann. Die durch den Ertrag der Kleinbesiedlungen freigeordnete Einkaufskraft der nebenberuflichen Landbesiedler geht dem landwirtschaftlichen Erzeuger nicht verloren, sondern wird für einen vermehrten Bezug anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse — Butter, Fleisch, Getreide, Futtermittel — frei, für die andernfalls überhaupt keine Nachfrage bestehen würde. Die körperlichen und sittlichen Schädigungen infolge der Verstädterung und der Wirtschaftsnot und der dadurch bedingte Rückgang der Geburtskraft der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung sind derart groß, daß die wirtschaftliche und gesundheitliche Festigung und Sicherung von 30 bis 40 Millionen nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung ebenso durchgreifender Maßnahmen bedarf, wie die russische und wirtschaftliche Beseitigung von 14 Millionen deutscher Bauern. Die bevölkerungspolitische Wirkung einer Siedung und Verbreiterung des Bauernstandes würde andernfalls Gefahr laufen, durch den fortschreitenden russischen Verfall der übrigen Bevölkerung aufgehoben zu werden, wenn diese nicht gleichzeitig wieder unter den Bedingungen leben kann, unter denen ihre Vorfahren durchweg bis vor wenigen Menschenaltern gelebt haben. Auch sie muß in den Großstädten wie in den Klein- und Mittelstädten durch Kleinwohnungen mit eigenem Ruhgarten von neuem mit dem Heimatboden verbunden werden. Frei von allen Sonderinteressen wird das deutsche Siedlungswerk so nur in engster Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Siedlungsträger gelöst werden können. Auch die Instanzenzüge im Siedlungsverfahren werden in Zukunft für die nichtlandwirtschaftlichen Kleinbesiedlungen ebenso vereinfacht werden müssen, wie für die landwirtschaftliche Siedlung.

Die ersten siedlungspolitischen Maßnahmen der Gauleiter, der Reichsstatthalter und der Preussischen Oberpräsidenten in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsprechen diesen Zielstellungen. In Preußen sind die preussischen Oberpräsidenten die ersten Vorsitzenden der provinziellen Heimstätten. Neben ihnen ist der preussische Staat durch den „Beauftragten für die preussischen Heimstätten“, die Provinz durch den Landeshauptmann als Haupt der provinziellen Selbsterverwaltung im Vorstand vertreten. Ein neunköpfiger Aufsichtsrat umfaßt außer ihnen Vertreter der landschaftlichen Berufsstände. Unter Verzicht auf eigene Bautätigkeit und Baustoffbeschaffung werden die provinziellen Heimstätten im Rahmen des nationalsozialistischen Wiederaufbauprogramms die staatlichen Treuhänder für die Finanzierung der Kleinbesiedlungen. Bei ihnen liegt die treuhänderische Verwaltung der staatlichen Zuschüsse. Sie übernehmen einen erheblichen Teil der Zwischenfinanzierung aus eigenen Mitteln. Sie erleichtern durch ihren Kredit die Beschaffung langfristiger Hypotheken. Bei Kurzsichtensiedlungen werden sie in Zukunft die Zusammenhänge von Unternehmern und Kleinbesiedlern fördern. Unterstützt vom Oberpräsidenten, von den Regierungspräsidenten, von der Deutschen Arbeitsfront und von den landschaftlichen Berufsständen werden sie am leichtesten billiges Land von den Gemeindevorständen und Arbeitgeberdarlehen von den Unternehmungen erhalten und dadurch die öffentlichen Mittel strecken. Den Privatarchitekten wird durch sie die Sorge um die Finanzierung ihrer Bauvorhaben abgenommen, die bisher deren besten Kräfte beanspruchte. Die Baugelder der Siedler, der Bauunternehmer und der Bauhandwerker werden durch ihre Betreuung gesichert. Durch diese vielseitige Tätigkeit werden die Heimstätten auch mit den bescheidenen verfügbaren Mitteln binnen kurzem die Aufnahme einer Kleinbesiedlungstätigkeit auf breiterer Grundlage ermöglichen und, unterstützt durch gleichfalls dem Oberpräsidenten zu unterstellende provinzielle Landesplanungsstellen, planmäßig für die Ansiedlung aller nichtlandwirtschaftlich Berufstätigen sorgen können, die bisher zu einer Proletarisierung in Massenmiethäusern verurteilt waren. Die Entproletarisierung des Arbeiters wird auf diesem Wege in Verbindung mit einer zielbewußten Wirtschafts- und Sozialpolitik von der nationalen Regierung ebenso gelöst werden wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Reichsverband Deutscher Heimstätten

Die Mitgliederversammlung der im früheren „Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften“ zusammengefügten Gesellschaften und Körperschaften hat am 5. August 1933 einstimmig den Beauftragten des Preussischen Staatsministeriums für die preussischen provinziellen Heimstätten, Guhmert, zu ihrem Führer gewählt. Der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften wird in den „Reichsverband Deutscher Heimstätten“ überführt. Der neue Verband ist die Spitzenorganisation und die Revisionsstelle der in § 4 der Satzung bezeichneten Wohnungsunternehmen und Körperschaften. Das Führerprinzip ist in der Satzung dadurch verankert, daß Guhmert zugleich Vorsitzender und Vorstand des Verbandes ist. Als sein ständiger Vertreter wurde Rechtsanwalt Dr. Neumann einstimmig gewählt. Die Beschlüsse über die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und Vorstandes sowie seines Vertreters bedürfen der Zustimmung des Herrn Reichsarbeitsministers.

Der neben dem Vorsitzenden bestehende „Beirat“, dem drei Vertreter der Mitgliedgesellschaften und Beauftragte der Fachministerien in Reich und Länder angehören, hat den Vorsitzenden bei der Geschäftsführung zu unterstützen und in den Fragen der Verbandspolitik zu beraten. Abstimmungen im Beirat finden nicht statt. Bei Uneinigkeit zwischen Vorsitzendem und Beirat oder unter den Beiratsmitgliedern handelt der Vorsitzende im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsarbeitsminister oder der im Einzelfall zuständigen Landesregierung.

Die Aufgaben des Verbandes sind in § 3 der Satzung aufgeführt.

Satzung des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten

I. Name, Rechtsform und Sitz.

§ 1

Der „Reichsverband Deutscher Heimstätten“ ist der Spitzenverband der ihm angeschlossenen im § 4 dieser Satzung bezeichneten Gesellschaften und Körperschaften. Er hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins mit dem Sitz in Berlin und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen.

II. Vereinszweck.

§ 2

Der Verband verfolgt ausschließlich gemeinnützige Ziele. Er hat den Zweck:

1. für die Durchführung der staatlichen Wohnungs- und Siedlungspolitik zu wirken,
2. die Belange der angeschlossenen Mitgliedgesellschaften nach jeder Richtung zu fördern,
3. bei den der Revisionsabteilung des Verbandes angeschlossenen Gesellschaften die Revisionen im Sinne des Gemeinnützigkeitsgesetzes und der Ergänzung- und Durchführungsbefimmungen durchzuführen.

Die in Abs. 1 Ziffer 1 und 2 genannten Aufgaben werden durch die allgemeine Abteilung des Verbandes, die in Ziffer 3 genannten Aufgaben durch die Revisionsabteilung des Verbandes durchgeführt.

III. Aufgaben.

§ 3

A. Aufgabe der allgemeinen Abteilung ist:

1. die Förderung des Kleinwohnungs- und Kleinsiedlungswezens durch
 - a) Untersuchung und Nachweisung von Möglichkeiten der Finanzierung des Kleinwohnungs- und Siedlungsbauwes,

- b) Erleichterung der Landbeschaffung in Verbindung mit den zuständigen Stellen,
- c) Herstellung und Unterhaltung einer engen Arbeitsgemeinschaft der Mitgliedgesellschaften mit den Landesplanungsstellen und den Trägern der landwirtschaftlichen Siedlung,
- d) Sorge für eine zweckmäßige und ausreichende Betreuung und Wirtschaftsberatung der Kleinsiedler,
- e) Herstellung einer Zusammenarbeit der deutschen Heimstätten mit den übrigen am Kleinwohnungs- und Kleinsiedlungsbau beteiligten Kreisen (Finanzierungsinstituten, Deutsche Arbeitsfront, Arbeitgeberorganisationen, Bau-gesellschaften und Baugenossenschaften, Bau-architekten, Bauunternehmer, Bauhandwerk, Baustoffindustrie),
- f) Einwirkung auf Gesetzgebung, Verwaltung und Presse im Sinne der obigen Ziele, u. a. durch die Verbandszeitschrift „Siedlung und Wirtschaft“.

2. Wahrnehmung der Belange der Verbandsmitglieder.

Insbesondere liegt der allgemeinen Abteilung ob

- a) die Vertretung der einzelnen Verbandsmitglieder und ihrer Gesamtheit gegenüber den Zentralbehörden und den zentralen Spitzenverbänden,
- b) die Sammlung und Bewertung der Erfahrungen der einzelnen Verbandsmitglieder in allen grundsätzlichen Angelegenheiten, insbesondere bei dem organisatorischen Ausbau der Gesellschaften, dem Verkehr mit den verschiedenen Verwaltungsbehörden, Steuerinstitute, Gerichten, bei ihrer Stellung in der Öffentlichkeit (Publizität, Tages- und Fachpresse, Propaganda), und bei den Beziehungen zu Dr.

ganisationen mit gleichgerichteten oder verwandten Bestrebungen. Die Gesellschaften sind verpflichtet, dem Reichsverband auf Erfordern die zur Durchführung dieser Aufgaben erforderlichen Angaben zu machen.

B. Aufgabe der Revisionsabteilung ist:

1. die Prüfung der Einrichtungen und der Geschäftsführung (Bilanz- und Betriebsprüfung) der der Abteilung angeschlossenen Verbandsmitglieder (Revisionsmitglieder) an Ort und Stelle gemäß den gesetzlichen Bestimmungen,
2. die Vornahme sonstiger Bilanz- und Betriebsrevisionen auf Ersuchen der Anerkennungsbehörde oder des Vorstandes, ferner auf Ansuchen der einzelnen Verbandsmitglieder selbst.

IV. Mitgliedschaft.

§ 4

Mitglieder des Verbandes können sein:

1. die im § 28 der Gemeinnützigkeitsverordnung bezeichneten Wohnungsunternehmen, an denen Reich oder Länder maßgebend beteiligt sind und die von der Reichsregierung oder der obersten Landesbehörde mit Zustimmung der Reichsregierung als Organe der staatlichen Wohnungspolitik für den Umfang des Reiches, eines Landes oder größerer Wirtschaftsbezirke anerkannt worden sind,
2. Körperschaften des öffentlichen Rechts, die, ohne der Anerkennung gemäß § 28 der Gemeinnützigkeitsverordnung zu bedürfen, als Organe der staatlichen Wohnungspolitik anzusehen sind,
3. sonstige gemeinnützige Wohnungsunternehmen im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung, deren Geschäftsbereich sich über den Umfang eines größeren Bezirks erstreckt,
4. sonstige Vereinigungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts mit entsprechenden Aufgaben, die den Bestrebungen des Verbandes nahestehe; durch die Beitrittserklärung wird die Satzung anerkannt.

§ 5

Ueber die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand unter Zustimmung des Beirats.

§ 6

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Mitteilung an den Vorstand. Er wird wirksam mit dem Ablauf des auf das Jahr der Austrittserklärung folgenden Geschäftsjahres. Mit dem Austritt verliert das Mitglied jeden Anteil am Vereinsvermögen. Zum Austritt einer preussischen provinziellen Heimstätte ist die Einwilligung des Preussischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit und des Preussischen Finanzministers erforderlich.

§ 7

Mitglieder, die gegen den Zweck des Verbandes verstoßen, können durch den Vorstand unter Zustimmung des Beirats aus dem Verbands ausgeschlossen werden. Die Ausschlussurkunde ist der betreffenden Gesellschaft durch Zustellungsurkunde zu übermitteln. Mit der Zustellung wird der Ausschluss wirksam.

V. Verbandskosten.

§ 8

1. Die allgemeine Abteilung bestreitet ihre Ausgaben aus Beiträgen und Umlagen der Verbandsmitglieder.

Die laufenden Kosten dieser Abteilung werden aus Beiträgen gedeckt, deren Höhe und deren Verteilung auf die einzelnen Mitglieder alljährlich auf Grund eines von dem Vorstand aufzustellenden und von der Mitgliederversammlung zu genehmigenden Vorschlages im voraus festgelegt werden.

Ausgaben, die den Rahmen des Vorschlages wesentlich überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Beirats und werden durch Umlage gedeckt.

2. Die Kosten der Revisionsabteilung werden durch Revisionsgebühren aufgebracht, die pauschal nach festen Tagesätzen gemäß dem vom Beirat zu genehmigenden Wirtschaftsplan der Revisionsabteilung berechnet werden. Etwasige Fehlbeträge in der Ausgabendeckung der Revisionsabteilung sind durch entsprechende Umlage von den Revisionsmitgliedern auszugleichen.

VI. Organe des Verbandes.

§ 9

Die Organe des Verbandes sind:

1. der Vorstand,
2. der Beirat,
3. die Mitgliederversammlung.

1. Der Vorstand.

§ 10

Der Vorstand besteht aus einer Person. Er hat einen ständigen hauptamtlichen Stellvertreter, der nach seinen Richtlinien handelt.

Der Vorstand ist gleichzeitig der Vorsitzende des Verbandes.

Bestellung und Abberufung des Vorstandes und seines Stellvertreters erfolgen nach § 16 der Satzung. Der Beirat regelt die Anstellungsverhältnisse.

§ 11

Der Vorstand führt die Geschäfte des Reichsverbandes im Sinne der Satzungsbestimmungen. Der Vorstand ist ermächtigt, den Leiter der Revisionsabteilung, die Revisionsleiter sowie Hilfskräfte und Büropersonal anzustellen und die Anstellungsbedingungen zu regeln. Bestellung und Abberufung des Leiters der Revisionsabteilung und der Revisionsleiter bedürfen der Zustimmung des Beirats.

§ 12

Der Vorstand hat binnen drei Monaten nach Schluss des Jahres der Mitgliederversammlung die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht für das abgelaufene und den Kostenanschlag für das neue Geschäftsjahr vorzulegen.

2. Der Beirat.

§ 13

Der Beirat besteht aus drei bis fünf aus dem Kreise der Mitgliedschaften gewählten Vertretern.

Die außerpreussischen Länder müssen einen und können zwei Vertreter im Beirat haben.

Der Reichsarbeitsminister, der Preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit und der Preussische Finanzminister haben das Recht, Beauftragte in den Beirat zu entsenden.

Auch die Regierungen der anderen Länder können im Beirat durch ein oder zwei Bevollmächtigte vertreten sein, soweit eine Mitgliedschaft ihres Bezirkes sich der Revisionsabteilung des Verbandes anschließt.

§ 14

Dem Beirat stehen folgende Befugnisse zu:

1. die Aufnahme von Mitgliedern im Sinne des § 5 der Satzung,
2. die Unterstützung der Geschäftsführung des Vorstandes und dessen Beratung in der allgemeinen Verbandspolitik,
3. die Revision der Kassenführung des Verbandes,
4. Regelung der Anstellungsverhältnisse des Vorstandes.

§ 15

Der Beirat wird durch den Vorstand einberufen. Die Einladung soll mindestens drei Tage vorher erfolgen.

Der Beirat wählt sich einen Verhandlungsleiter und einen Stellvertreter aus der Reihe seiner Mitgliedsvertreter. Dieser leitet die Beiratsitzungen und Mitgliederversammlungen.

Eine Abstimmung im Beirat findet nicht statt. Bei Uneinigkeit im Beirat hat der Vorstand zu handeln.

- a) nach den Weisungen des Herrn Reichsarbeitsministers, wenn es sich um eine Angelegenheit des gesamten Verbandes handelt,
- b) nach den Weisungen der betreffenden Landesregierung, wenn es sich um die Belange eines Landes oder einer im Landesgebiet arbeitenden Gesellschaft handelt.

Die in der Satzung vorgegebene Zustimmung des Beirats kann in Verbandsangelegenheiten durch die Zustimmung des Herrn Reichsarbeitsministers ersetzt werden, in den Angelegenheiten einer einzelnen Gesellschaft durch die Zustimmung der Anerkennungsbehörde.

3. Mitgliederversammlung.

§ 16

Der Mitgliederversammlung stehen folgende Befugnisse zu:

1. die Bestellung und Abberufung des Vorstandes,
2. die Wahl des Beirats,
3. die Beschlußfassung über die Beitragsleistungen der Mitgliedsvereinigungen, den Haushaltsplan und die Jahresrechnung (Entlastung des Vorstandes),
4. die Vornahme von Satzungsänderungen,
5. die Entscheidung über die Auflösung des Verbandes.

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung über die Bestellung und Abberufung des Vorstandes oder seines Vertreters sowie die Vornahme von Satzungsänderungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Bestätigung durch den Herrn Reichsarbeitsminister.

§ 17

Jede Mitgliedsvereingung ist berechtigt, einen stimmberechtigten Vertreter in die Mitgliederversammlung zu entsenden. Die Geschäftsführer oder Vorstandsmitglieder einer Gesellschaft bedürfen einer Legitimation nicht, auch wenn sie nicht allein zeichnungsberechtigt sind. Sonstige Vertreter bedürfen einer schriftlichen Legitimation, die auch für mehrere Versammlungen ausgestellt werden kann.

§ 18

Jährlich findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können jederzeit auf Einladung des Vorstandes stattfinden und müssen einberufen werden, wenn es

mindestens fünf Mitgliedsvereingungen unter Angabe des Grundes beantragen. Dieselbe Mitgliederzahl kann verlangen, daß ein von ihr gemünzter Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung der Mitgliederversammlung gesetzt wird, wenn der Antrag mindestens drei Tage vor der Versammlung beim Vorstande eingegangen ist.

§ 19

Die Einladung zu den Mitgliederversammlungen hat mindestens acht Tage vorher schriftlich zu erfolgen. Die Einladung soll eine Mitteilung der Verhandlungsgegenstände enthalten.

§ 20

Jede vertretene Gesellschaft hat eine Stimme.

Bei der Beschlußfassung über wohnungs- und siedlungspolitische Fragen sowie der Wahl des Beirats sind jedoch nur die Organe der staatlichen Wohnungs- und Siedlungspolitik stimmberechtigt (§ 4 Ziffer 1 und 2 der Satzung); in den Angelegenheiten der Revisionsabteilung nur diejenigen Gesellschaften, welche sich der Revision durch den Verband unterworfen haben.

Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das Los.

Beschlüsse über Satzungsänderungen oder die Auflösung bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder.

In dringenden Fällen können der Vorstand oder der Leiter des Beirats die Zustimmung der Mitglieder durch schriftliche, telefonische oder telegraphische Umfrage einholen.

4. Durchführung der Revisionen.

§ 21

Die Revisionsleiter führen die Prüfung unter eigener Verantwortung durch und legen die Revisionsberichte auf, welche sie mit ihrer Unterschrift unter den Worten „die Revisionsabteilung“ zeichnen.

Die Revisionsberichte bedürfen der Mitzeichnung des Vorstandes, der Änderungen und Ergänzungen herbeiführen kann.

Die Auswertung der Revisionsberichte im Interesse aller Revisionsmitglieder und die Verfolgung der Abstellung von Mängeln liegt dem Vorstande ob.

VII. Verhandlungsniederchriften.

§ 22

Ueber die Verhandlungen in den Organen des Verbandes sind Niederschriften anzufertigen. Diese sind von dem Verhandlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

VIII. Geschäftsjahr.

§ 23

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

IX. Verbandsvermögen.

§ 24

Ueber die Verwendung der nach Abschluß der Jahresrechnung etwa verbleibenden Ueberschüsse entscheidet die Mitgliederversammlung.

Bei der Auflösung des Verbandes ist das Vereinsvermögen den Zwecken des gemeinnützigen Wohnungsbauwesens zuzuführen. Ueber seine Verwendung entscheidet der Reichsarbeitsminister.

Grundsätzliches zur Finanzierung von Kleinsiedlungen

Von Dr. J. Brecht, Dortmund.

Unter den finanzwirtschaftlichen Problemen steht an erster Stelle die Frage, welches Verhältnis bei der Neusiedlung zwischen öffentlichem und privatem Kapital eingehalten werden soll. Die Wohnungsbaufinanzierung war seit 1924 auf einer Dreigliederung aufgebaut; dem Zusammenwirken von Privatkapital, öffentlichem Kapital und Eigenkapital der Bauherren. Dieser finanzwirtschaftliche Rhythmus überlagert allerdings die Einwirkungsmöglichkeiten der geld- und kapitalwirtschaftliche Rhythmus überlagert die Einwirkungsmöglichkeiten der geld- und kapitalwirtschaftlichen Konjunktur-Wellen. Bei den verschiedenartigen Uebergangsstufen, die mit dem Aufhören des Stromes der Hauszinssteuerdarlehen als der Hauptquelle der öffentlichen Wohnungsbaufinanzierung einsetzten, ist das bisherige Verhältnis zwischen privatem, öffentlichem und eigenem Kapital teilweise verloren gegangen. Bei der Reaktionsform für Eigenheim ist dieser Grundfalsch noch am besten beibehalten, da dort das öffentliche Kapital zu einer nachteiligen Rangstelle gegeben wird, während im übrigen Privatkapital als erstellendes Hypothekentapital und dazu ausgleichend Eigenkapital herangezogen wird. Bei der vorstädtischen Kleinsiedlung ist dagegen praktisch fast nur eine Mischung zwischen öffentlichem Kapital und Eigenkapital gegeben, während die Heranziehung von Privatkapital in Form erstellenden Hypothekentapitals nahezu ausgeschlossen ist. Dabei ist es gleichgültig, welche Aufbringungsformen das Eigenkapital im einzelnen hat, ob es wie bei der Eigenheimaktion von der Geldkapitalseite unterbaut ist, oder wie bei der vorstädtischen Kleinsiedlung von der Seite des Arbeitskapitals. Das Entscheidende ist, daß man bisher bei der vorstädtischen Kleinsiedlung die Heranziehung von Privatkapital zur ersten Beileihung nicht stark genug gefördert hat. Die künftige Siedlungsaufgabe wird in diesen beiden Siedlungsformen eine mittlere Einheitslinie herauszubilden haben. Diese wird finanzpolitisch darin zu liegen haben, daß das erstellende Hypothekentapital als Privatkapital aufgebracht wird, und daß das öffentliche Kapital die Funktion der II. Hypothek übernimmt und namentlich auch in der Zinshöhe noch so lange ausgleicht, bis das erstellende Privatkapital in seinen Zinsbedingungen auf eine tragbare Grundlage geführt ist. Daß dieser Gesichtspunkt bisher bei der vorstädtischen Kleinsiedlung zurückgedrängt wurde, ist den vielfachen Mißverständnissen zuzuschreiben, die sich bei der Einstellung zur vorstädtischen Kleinsiedlung eingestellt haben und die erst langsam über-

wunden werden. Die vorstädtische Kleinsiedlung gilt vielfach noch in den Kreisen der Realredit-institute und der Träger des Privatkapitals als eine Wohlfahrtsmaßnahme, eine Siedlungsförderung, die rentabilitätsmäßig und beileihungstechnisch nicht in den Kreis des Realcredits einbezogen werden kann. Diese Auffassung ist falsch. Es ist irrig, die vorstädtische Kleinsiedlung, wie dieses vielfach unter Orientierung an Berliner Verhältnissen geschieht, als Siedlung mit Laubentolonien, Schrebergärten anzusehen. Die vorstädtische Kleinsiedlerstelle hat allenthalben unter Einberechnung der von den Siedlern selbst aufgetragenen Arbeitsleistungen einen Realwert, der zwischen 3000,— bis 4000,— RM liegt, z. T. darüber, wenn man die mehrfachen Verbilligungs- und Schenkungswendungen der öffentlichen Hand mit einberechnet. Die Kleinheit der Beileihungsobjekte kann die Beileihungsfähigkeit nicht hindern. Diese Kleinsiedlungen und ein etwaiger Mißtup, der sich künftig zwischen der vorstädtischen Landsiedlung und der Eigenheimaktion als nebenberufliche Landsiedlung herausbilden wird, ist in mehrfacher Hinsicht besonders beileihungsfähig; die Lasten stehen für die Siedler in einem durchaus tragbaren Verhältnis auch zu den geschwächten Einkommen, das Eigentum und die Veranfernung von Arbeitsleistungen an diesem Eigentum schafft Schollen- und Bodenverbundenheit, die Siedlungsstandorte sind im allgemeinen sorgfältig und unter Berücksichtigung der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung ausgewählt, die Existenzsicherung der Siedler ist, auf die Dauer gesehen, eine gemischt-wirtschaftliche und in Haupt- und Nebenerwerb auswechselbar.

Wenn man grundsätzlich die Dreigliederung in der Finanzierung des Wohnungs- und Siedlungsbau wieder aufnehmen will, so kann die augenblickliche Lage, in welcher das erforderliche Privatkapital für erstellende Hypothekendarlehen nicht oder nur sehr schwer zu erhalten ist, daran nichts ändern. Es ist dabei eine zeitlich bestimmte Frage, wie man diesen Mangel an Privatkapital überbrücken will und kann. In erster Linie geht es um die Herausstellung des Grundfalsches, daß der Siedlung das in der Volkswirtschaft aufkommende Privatkapital zugeführt werden muß, daß es nicht erforderlich ist, das gesamte Siedlungswert aus öffentlichem Kapital zu finanzieren, das letzten Endes gleichfalls in der Volkswirtschaft angepart und aufgebracht werden muß. Wenn jetzt nicht genügend Privatkapital zur Verfügung steht, muß eine Zwischenschaltung gefunden werden, aber von vornherein mit dem ganz bestimmten

Ziel und der Absicht, diese Zwischenlösung später abzuwidern, die Zwischenkredite durch die Heranziehung von Privatkapital wieder freizumachen. Man verbaut sich nur diesen Weg, wenn die öffentliche Finanzierung endgültig und insgesamt als Vollnorm und Dauermaßnahme eingerichtet wird. Bei der schöpferischen Initiative, die der Privatwirtschaft gerade im neuen Staat zukommen soll und die beläbend von der Privatwirtschaft auszugehen hat, wird sich auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalmarktes der Einfluß des Staates und der Volksgesamtheit in der Zulassung und Zuführung privater Kapitalströme auszuwirken haben.

Bei der Wiedereingliederung dieser Dreigliederung der Finanzierungstechnik wird das öffentliche Kapital auf die Funktion der II. Hypothek zurückgeführt. Schon die Hauszinssteuerehypotheken haben diese Funktion gehabt. In dem Maße, in dem die Zinsgestaltung des Privatkapitals, des ersichtlichen Hypothekentkapitals, der tragbaren Belastung angenähert wird, wird die noch erforderliche zusätzliche Funktion der öffentlichen II. Hypothek als Belastungsausgleich abgebaut werden können. Bei den Reichsbaudarlehen für Eigenheime ist dieser Weg schon ganz konsequent beschritten, indem man dort mit Rücksicht auf die jetzt wieder erreichten Dauerbauwerte in der Zinslage sich den Vorkriegsbedingungen näherte. Die Hauptfunktion der öffentlichen Mittel als zweistufiges Hypothekentkapital wird vorerst kapitalwirtschaftlich beibehalten werden müssen, so lange der innerdeutsche Kapitalmarkt von sich aus nicht stark genug ist, um durch Privatkapital auch das nachstellende öffentliche Hypothekentkapital zu ersetzen. Vielleicht wird auch künftig die unmittelbare Herangebe II. Hypotheken für die Kleinsiedlungen aus öffentlichen Mitteln nicht ganz entbehrt werden können. Denkbar wäre aber, daß die öffentliche Hand künftig anstelle oder neben der unmittelbaren Kapitalhergabe das Privatkapital durch Bereitstellung von Sicherheiten in Form öffentlicher Bürgschaften als II. Hypothek einzugliedern vermag. Diese Problemstellung ist von der Tragfähigkeit des Kapitalmarktes abhängig. Angzustreben ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß künftig beide Möglichkeiten, die Bürgschaftsleistung und die Kapitalhergabe seitens der öffentlichen Hand eingesetzt werden können, die Bürgschaftsform vor allem bei der Eigenheimförderung, soweit sie über die Struktur der nebenberuflichen Siedlung hinausgeht.

Bei der Förderung des Eigenheimbaues mit Reichsbaudarlehen hat sich gezeigt, daß — in einem allerdings sehr beschränkten Umfang —

auch heute noch Hypothekentkapital zu beschaffen ist. Darüber hinaus ist festzustellen, daß auf dem Gebiete des Kapitalmarktes und in Ausfüllung aller Möglichkeiten der Kapitalumleitung und Kapitalzuführung in das Siedlungswert noch längst nicht alles getan ist, und daß wir uns in manchen Finanzierungsmethoden noch nicht von der Technik der Kapitalbewegung früherer Jahre gelöst haben. Wenn der Herr Reichszinsler in wiederholten öffentlichen Kundgebungen auf die Privatinitiative hingewiesen hat, auf die Notwendigkeit der Unterstützung aller Arbeitsbeschaffungsversuche aus der Wirtschaft des Einzelnen und der Privatwirtschaft heraus, so hat dieser Hinweis auch rein geld- und finanzwirtschaftlich einen tiefen und bedeutungsvollen Sinn. Eine zu weitgehende Liquiditätskürzung bindet z. B. im geldwirtschaftlichen Prozeß verfügbare Mittel, die sehr wohl der Arbeitsbeschaffung dienbar zu machen sind und außerdem Mittel, die unter Einfluß auf die Ziele des Krisenkampfes mehr eine kapitalwirtschaftliche Funktion als eine geldwirtschaftliche Funktion haben können. Die Mobilisierung dieser Mittel und ihr Einsatz in der Siedlung könnte dazu beitragen, die Starrheit der kapitalwirtschaftlichen Lage lösen zu helfen, namentlich da in unserem geldwirtschaftlichen Mechanismus noch genug Kräfte liegen, um etwa im Zusammenhang damit aufkommende Liquiditätsstörungen zu überbrücken. Es ist unzweifelhaft, daß seitens der Reichsregierung alles geschehen wird, um derart auftretende Liquiditätsstörungen zu beheben, wenn sie ursächlich darauf zurückzuführen sind, daß kurzfristige Geldmarktmittel in zu weitgehendem Maße zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung und Siedlung kapitalwirtschaftlich gebunden worden sind.

Unter den Trägern des Realredits und der Kapitalbildung für den Wohnungsbau standen bisher die öffentlichen Sparkassen in der vorersten Linie. Die Akkumulation dieser aus den zahlreichen Kleinquellen der Kapitalbildung aufkommenden Mittel ist heute für die Siedlungsförderung verwehrt, da die aus der Liquiditätslage des Jahres 1931 entstandenen Anlagebestimmungen noch nicht gelockert sind. Die damals ausschließliche durchgeführte Mobilisierungsalternative der Hypotheken- und Wertpapieranlagen der Sparkassen über die Akzeptbank war sicherlich eine Notlösung. Es ergibt sich aber die Frage, ob es im Zustand einer radikalen Krisenbekämpfung und in der Zeit wiedererwartenden Vertrauens notwendig ist, aus den neu einfließenden Sparkassengeldern in erster Linie diese alten Liquiditätsbrücken abzubauen, ob man nicht den Abbau dieser Akzeptbankkredite als Liquiditätsbrücken verlangen und auf einen weiteren Zeitraum erstrecken sollte, um dadurch wenigstens teilweise das neu aufkommende Sparkapital in eine Beleihungs-

tätigkeit für Kleinsiedlungen zu leiten. Selbstverständlich kann man dabei nur langsam und tastend vorgehen, aber es erscheint nicht ganz ausgeschlossen, daß der Vertrauenszufluß wächst, wenn man den Abbau der Akzeptanzkredite mindert und dafür das Kleinbeleihungsgeschäft mit 2000—2500 RM je Siedlerstelle auch bei den Sparkassen wieder aufnehmen läßt. Bei den öffentlichen Sparkassen wird dadurch aus den örtlichen Gebundenheiten heraus und in der Wechselwirkung zwischen Aktiv- und Passivgeschäft vielfach die Starrheit gelöst werden, da die in neuen Kleinbeleihungen zur Ausgabe kommenden Mittel im örtlichen Wirtschaftskreis bei Handwerkern, Unternehmern usw. die Arbeits- und Geschäftstätigkeit befruchten.

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Versicherungsanstalten in der Beleihung des Wohnungsbauwesens gestiegen. Auch diese Mittel mühten weit stärker für die Siedlungsförderung, namentlich der nebenberuflichen Landesiedlung nutzbar gemacht werden. Dabei begegnet man bei vielen Versicherungsinstituten oft noch grundsätzlichen und verwaltungstechnischen Bedenken gegen das Kleinhypothekengeschäft, das erklärlicherweise gegenüber dem bisher bevorzugten städtischen Großbeleihungsgeschäft höhere Verwaltungskosten verursacht. Die privaten und öffentlichen Versicherungsinstitute sind bei der Heranholung ihrer Versicherungsgeschäfte selbst auf diese Kleinarbeit angewiesen. Aus der Struktur des Kapitalaufkommens müßte sich ergeben, daß auch die Kapitalanlage in der gleichen Richtung gehen sollte, wobei die kapitalmäßige Förderung der Siedlungstätigkeit an erster Stelle zu stehen vermag. Wenn die verwaltungstechnischen und unförmig-wirtschaftlichen Bedenken so gewichtig sind, daß daran allein das Kleinbeleihungsgeschäft scheitern sollte, so müßten sich hier Auswege dadurch finden lassen, daß provinzielle Stellen, die an sich schon in die Siedlungsförderung führend eingeschaltet sind, einen Teil der Verwaltungsarbeit im Rahmen ihrer sonstigen Verwaltungstätigkeit abnehmen, auch das Zinsinlaß durchführen und damit auch kapitalwirtschaftlich zu Trägern dieses Kleinbeleihungsgeschäfts werden. Es mag eine besondere technische und rechtliche Frage sein, ob damit das unmittelbare Schuldner-Gläubiger-Verhältnis des Siedlers zum Versicherungsinstitut beibehalten oder ob der zwischengeschaltete Träger in dieses Gläubiger-Schuldner-Verhältnis auch rechtlich eingegliedert wird, wobei dann allerdings die einer solchen Einschaltung entgegenstehenden aufsichtsbehördlichen Bestimmungen zu beseitigen wären. Auf jeden Fall entspricht der Aufkommensstruktur dieser Kapitalien die Anlagestruktur in der Kleinsiedlung, der nebenberuflichen Landesiedlung weit mehr als die Anlagestruktur in großstädtischen

ischen Miets- und Geschäftshäusern. Staatspolitische und bevölkerungspolitische Grundzüge weisen in die gleiche Richtung. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre ergibt sich, wie auch mehrfach von Hypothekenbanken bestätigt, daß die Beleihung von Kleinwohnungen und innerhalb dieser von Kleineigenheimen zu den sichersten und besten Kapitalanlagen gehört, weil aus erklärlichen psychologischen Gründen das Festhalten an dem einmal geschaffenen Eigenheim, das Verankertsein mit der Scholle weit mehr Sicherheitswerte in sich birgt, als eine bilanzmäßig gut aussehende aber unpersönliche, vergesellschaftete Verwaltung eines Großbesitzes.

Bei den Pfandbriefinstituten und Hypothekenbanken, die ihre Beleihungsmittel im Wege der durch Pfandbriefe mobilisierten Kapitalammlung gewinnen, lassen sich im Augenblick ähnliche Perspektiven leider noch nicht gewinnen. Die Kapitalmarktfunktion dieser Institute ist sehr stark mit dem Börsenmechanismus verknüpft, sodaß hier Einwirkungsmöglichkeiten erschwert sind. Solange die Zinsfrage nicht klar gestellt ist, werden diese Beleihungsmöglichkeiten nicht aufgebaut werden können, sie werden sich auch nicht aus dem Börsenmechanismus und der Kursgestaltung der Pfandbriefe ausgliedern lassen. Es ist dabei eine Sonderfrage, ob nicht annehmend an die frühere Aktion der Reichsregierung in den sogenannten Reichszwischkreditlinien auch diese künftigen Beleihungsmöglichkeiten vorübergehend sich mobilisieren lassen und zwar dadurch, daß den Instituten Zwischenkreditmittel bereitgestellt werden, welche sie einmischen zur Bevorschussung verbindlich zuzulagernder künftiger Beleihungen verwenden. Denkbar ist selbstverständlich auch, daß man diese Vorfinanzierung auch unmittelbar ohne Einschaltung der Pfandbriefinstitute über die Zwischenkreditinstitute durchführt. Der erste Vorschlag hätte jedoch psychologisch die Wirkung, daß in den Beleihungsinstituten in etwas die Starrheit gelöst wird, und daß sie bewußt und ideenmäßig auf die neuen Formen der künftigen Beleihungstätigkeit umgestellt und umgebildet werden. Daß dieses notwendig ist, steht ohne Zweifel, da für die Beleihung von Kleinsiedlerstellen ein Festhalten an den Beleihungsmethoden und der Beleihungstechnik früherer Prägung nicht möglich erscheint. Hypothekendarlehen für Kleinsiedlerstellen werden zum Beispiel in der Gestaltung der sogenannten Auszahlungskurve nicht von den Schwankungen der Börsenpapiere so abhängig gemacht werden können, daß von vornherein bei der Hypothekenaufnahme ein großer Auszahlungsverlust entsteht. Die Hypotheken werden zu Pari oder höchstens zu einem Auszahlungskurs zwischen 98 bis 99 % ausbezahlt werden müssen. Die Brücke gegenüber den aus der Kursgestaltung der Pfandbriefe sich er-

gebenden Bedingungen ist auf dem früher schon durchgeführten Weg denkbar, daß die nach den Pfandbriefsurfen sich ergebende Kapitalrechnungsmäßige Differenz in eine längerdauernde Tilgung verlagert wird. Praktisch wird dadurch der Kursverlust aus der verlängerten Tilgungsleistung in Raten abgedeckt, wobei der Ausgleich zwischen dem rechnungsmäßigen Kapitaleingang bei den Instituten und dem rechnungsmäßigen Kapitalausgang aus der Finanzierungskraft und dem Eigenkapital der Unternehmen zu decken wäre. Wenn man diese Reform der Beleihungstechnik anlehnt, kann auch die endgültige Finanzierung selbst in der heutigen Struktur schon durchgeführt werden, wobei lediglich die Dauer der Tilgung bei ihrer Abhängigkeit von den Pfandbriefsurfen offen bleibt. Dieses ist aber psychologisch für den Kleinsiedler tragbar, da die Zeitdauer der Tilgung für ihn nicht so bedeutungsvoll ist wie der einmalige große Kapitalverlust bei der Auszahlung der Darlehen. Daß solche Darlehen der Pfandbriefinstitute für die Kleinsiedlung nur in Form von Tilgungshypotheken in Frage kommt, ist selbstverständlich. Weiterhin bedarf es keiner Erörterung darüber, daß auch die Verwaltungskostenbeiträge der Institute gemindert werden müssen. Die Beleihungshöhe mit 40% der Bau- und Bobentkosten wird zu lockern sein, da die Neubeleihung zu den heutigen Bauwerten in etwa den Friedensbauwerten entspricht und die Zinsmehrbelastung z. T. einen Ausgleich in den verbilligten zweifelhafte öffentlichen Kapitalien finden kann, die nunmehr ihrem inneren Beleihungswert nach durchaus vollständig sind. Endgültig wird die künftige Beleihungshöhe in Annäherung an Vorkriegsgrundsätze spätestens dann festzulegen sein, wenn die Zinsgestaltung sich den Vorkriegsverhältnissen annähert. Wenn hierauf diese vielleicht erst allmählich einsehende Beleihungsmöglichkeit der Pfandbriefinstitute hingewiesen und eine Umgestaltung der Beleihungstechnik angeregt wird, so geschieht auch dieses von dem grundsätzlichen Ausgangspunkt her, daß auch die Geld- und Kapitalmarktkräfte in das innerdeutsche Siedlungswerk eingegliedert werden müssen, daß sie an dem Strukturumbau der Volkswirtschaft mitzuhelfen und sich dem Primat des Staates und Volkes in seinem wirtschaftlichen Gesamtwillen untergeordnet haben. Solche Umstellung ist um so mehr vorzubereiten und einzuleiten. Ein ruhiges Stillhalten und Abwarten bis zu einer Wiedergeburt früherer ertragreicherer Beleihungsverhältnisse erscheint vielleicht bequemer und vorteilhafter, entspricht aber nicht der Entwicklung unserer Wirtschaftslage. Auch hier kommt alles darauf an, Vertrauen in die Zukunft zu wecken, Unter-

nehmungslust anzuregen, Hände und Werke zum Schaffen zu bringen.

Innerhalb der Realreditorganisation für den Wohnungs- und Siedlungsbau sind weiterhin die Baupartikassen zu nennen, deren Gliedschaft in der deutschen Realreditorganisation sicherlich noch nicht vollständig und endgültig vollzogen ist. Auch die Baupartikassen sind in erster Linie Institute der Realreditversorgung und nicht so sehr der Eigenkapitalaufbringung. Ihrem Wesen nach sind sie in Deutschland Mitträger des Realredits, allerdings unter der besonderen Berücksichtigung der Gebundenheit und der Art ihres Passivgeschäftes. In dieser Stellung sind sie lange verkannt worden. Nachdem jetzt der Zusammenschluß in einer Reichsgemeinschaft vollzogen ist, an deren Spitze der preussische Justizminister Kerl steht, ist bestimmt anzunehmen, daß die Kräfte freigemacht werden für ihren Einbau in das deutsche Realreditgebäude. Die sich daraus ergebenden Gestaltungen sind grundsätzlicher Art und bedeutungsvoll. Dabei wird im Verlauf der Zeit die Frage gelöst werden müssen, ob die Baupartikassen in erster und ausschließlicher Richtung privatwirtschaftliche und privatrechtliche Träger des nachstelligen Realredits sind, oder ob sie neben dieser Funktion wahlweise und gleichberechtigt Träger des erststelligen Realredits sein sollen. Diese Fragen gehen in das Gebiet des materiellen Bauparrechts über, und der Gedanke, die Baupartikassen in erster Linie zu privatwirtschaftlichen Trägern des nachstelligen Realredits zu entwickeln, steht noch in einem gewissen Widerspruch zu den Absichten, die bisher in der Ausbildung des materiellen Bauparrechts anscheinend das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung geleitet haben. Wenn man aber die Baupartikassen zu Trägern des zweifelhafte Realredits gestalten will, wird anknüpfend an die Ausführungen zudem Problem der II. Hypothek überhaupt die Frage zu prüfen sein, ob man nicht öffentlich-rechtliche Bürgschaften, die im Zuge der Frage der II. Hypothek liegen, gerade für die Ausleihungen und Hypotheken der Baupartikassen einzuleiten hat. Man würde damit erreichen, daß der Konsolidierungsprozeß verkürzt wird, daß die Wiedergewinnung des Vertrauens gefördert wird, während auf der anderen Seite für die Kapitalaufbringung der II. Hypothek — sicherlich nicht allein voll ausreichend, aber doch wirtschaftlich gangbar — Privatinitiative und privatwirtschaftliche Kräfte verankert werden. Bei einer solchen grundsätzlichen Zielsetzung sollte es möglich sein, schon heute die Kapitalkräfte der Baupartikassen für den Siedlungsgedanken mit zu mobilisieren, ihre Mittel für den Eigenheimbau einzusetzen, der vielfach schon an der Grenze der nebenberuflichen Land-

Siedlung liegen mag, während Eigenheime der ausgeprägten nebenberuflichen Land- und Kleinsiedlung die II. Hypotheken aus öffentlichem Kapital erhalten.

Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß in Rücksicht auf die gegenwärtige Kapitalmarktlage und ihre Startheit die Zwischenkreditierung oder Vorfinanzierung der künftigen endgültigen erstellbaren Beleihung besondere Aufmerksamkeit erfordert. Aus Erfahrungen früherer Jahre ist der Grundsatz aufgestellt und allenthalben vertreten worden, daß eine Zwischenkreditierung im einzelnen nur dann möglich zu machen sei, wenn die endgültige Dauerfinanzierung gesichert ist. Dieser Grundsatz war zu einer Zeit richtig, in welcher eine von der Börsenbewegung abhängige Dauerfinanzierung mit allen Unsicherheitsfaktoren ausgestattet war, und in welcher gehäufte Gefahren aus dem Absinken der Bauwerte infolge der ständigen großen Schwankungen des Kapitalmarktes und aus der Unsicherheit der öffentlichen Wohnungsbaufinanzierung zu befürchten waren. Dieser Grundsatz ging unter Auswertung dieser Gefahrenpunkte auf den Liquiditätsgedanken zurück, daß der Bauzwischenkredit weisensmäßig und unter allen Umständen nur ein kurzfristiger Kredit sein könnte. Diese Gedankengänge werden unter der neuen Lage zum mindesten in milderer Hinsicht abzuwandeln sein. Die Gefahr der starken Bauwertensenkung ist überbrückt, die Kapitalneubildung ist im Wachsen und führt dem Kapitalmarkt neue Kräfte zu stetigem Aufbau zu, die Unsicherheit der öffentlichen Wohnungsbaufinanzierung läßt sich beheben. Der Gesichtspunkt absoluter Kurzfristigkeit des Zwischenkredits kann bei entsprechender Gestaltung der Vorfinanzierung und des Einlasses solcher Mittel im Ziele der unbedingt notwendigen Arbeitsbeschaffung und der Siedlungsförderung zum strukturellen Umbau der Volkswirtschaft nicht mehr ausschlaggebend sein. Wir werden also von diesem Grundsatz stark abzutommen haben und die Vorfinanzierung so zu leiten haben, daß sie bis zur endgültigen Beleihung durchgehalten werden kann, ein Vorgang, wie er z. B. schon bei der landwirtschaftlichen Siedlung angewandt worden ist. Die Vorfinanzierung muß bei der schicksalhaften Bedeutung einer umfassen und durchgreifenden Siedlung in all den Fällen und in einer solchen Höhe möglich sein,

in welcher nach den Grundsätzen einer geordneten Beleihungstechnik später die endgültige Beleihung durchgeführt werden kann, selbst wenn im Augenblick eine solche endgültige Beleihungszusage noch nicht vorliegt. Auch in früheren Jahren ist wiederholt die richtige Ansicht dahin gegangen, daß durch einen verstärkten Einlaß öffentlicher Mittel und durch Vorfinanzierung künftiger Kapitalbildung in der Krise eine Brücke zu der zu erwartenden günstigeren Konjunktur geschlagen werden muß. Das ist heute bei der volks- und staatspolitischen Bedeutung der Siedlung in noch viel höherem Maße der Fall. Währungspolitische Bedenken vermögen einer solchen Ausweitung der Zwischenkreditierung und der Vorfinanzierung künftiger Kapitalbildung unter dem Programm der Arbeitsbeschaffung ernsthaft nicht entgegenzusetzen. Wenn die öffentlichen Mittel grundsätzlich auf die Dauerfunktion der II. Hypothek beschränkt und begrenzt werden, wird der hilfsweise einsetzenden und zeitlich gebundenen Vorfinanzierung auf die künftig anwachsende Kapitalbildung ein klar abgegrenztes Aufgabengebiet zukommen. Ob dabei so vorgegangen wird, daß die Zwischenkredite unmittelbar über die Träger und Organisationen des erstellbaren Realcredits geleistet werden oder durch die vorhandenen Zwischenkreditinstitute, ohne daß man die Träger des Realcredits auf die spätere Durchführung der Beleihung jetzt schon bindet, ist eine untergeordnete Frage der Durchführungstechnik.

Das innerdeutsche Siedlungswerk hat als Glied und Förderer der Arbeitsbeschaffung für den Strukturumbau unserer Volkswirtschaft und für die bevölkerungspolitische und arbeitsmarktlige Entwicklung eine tiefgehende Bedeutung, daß die grundsätzlichen und grundlegenden Finanzierungsfragen organisches gelöst werden müssen. Die Siedlung vermag in ganz besonderem Maße Vertrauen zu wecken und zu verbreiten. Das haben schon die bisherigen Ansätze ganz deutlich verspüren lassen. Es werden alle Kräfte und finanziellen Möglichkeiten einzusetzen sein, um diese lebendige Vertrauenswelle ansteigen zu lassen, und um den ungeheuren aufbrechenden Siedlungswillen des deutschen Volkes als Träger formender Wirtschaftsgestaltung und aufbauender Wirtschaftsgegnung zur Siedlungstat zu lassen.

Die staatspolitische Bedeutung der Siedlung

Von Regierungsbaumeister a. D. E. Stürzenacker, Hamburg.

In der Geschichte jedes Volkes können wir zwei Siedlungsvorgänge unterscheiden, den der Sehaftwerdung und den der Binnen-siedlung, der sich mehrmals wiederholen kann.

Die erste Völkerwanderung in der Geschichte

unseres Kulturkreises ist die **dorische Wanderung**, die etwa um das Jahr 1100 v. Chr. stattgefunden haben dürfte. Sie wurde für die Geschichte des alten Griechenland für etwa 1000 Jahre grundlegend. In **Äthen** bildete sich dann auf Grund ausgebehn-

Handelsbeziehungen alsbald ein nicht mehr bodenständiges Gewerbe heraus. Damit vollzog sich eine Rechtsgestaltung, die vor allem auf die Herausbildung eines harten Schuldrechtes hinauslief. Die Folge war eine Landerbsuldung, die zur Verreibung der Besitzer von Haus und Herd führte. Der entrechtete Besitzer konnte mit seiner Familie in die Schuldklaverei verkauft werden, sogar ins Ausland an die Barbaren. Diese Entwicklung führte zu einer Zermürbung des Staatswesens, die erst aufgehalten wurde, als im fünften Jahrhundert v. Chr. die drei großen Staatsmänner Solon, Pisistratos und Kleisthenes die Gesetze Athens gestalteten. Sie brachen das unsoziale Schuldrecht und setzten in einer ganz großzügigen Siedlungsaktion 4000 Familien aus der ärmeren Bevölkerung Athens auf der Insel Euböa an. In den Jahren 500 bis 450 überflutete die Eroberungswelle Asiens Griechenland. Dank seiner geistigten Siedlungsstruktur war Griechenland unter hervorragender Anteilnahme Athens in der Lage, ohne Erschütterungen seines staatlichen Gefüges aus diesen Verlierkriegen siegreich und unter Behauptung seiner asiatischen Kolonien hervorzugehen.

Im alten Rom ist die im Jahre 494 v. Chr. erfolgte Auswanderung eines großen Teiles der Bevölkerung und des Heeres auf den heiligen Berg als ein erster revolutionärer Protest gegen eine ungerechte Bodenverteilung zu bewerten. Schon in der Mitte des folgenden Jahrhunderts wurde die Frage der Bodenverteilung wieder aufgelöst. Der Sextizilischen Gesetzgebung gelang es, für zwei Jahrhunderte Ruhe zu schaffen, eine gerechte Bodenverteilung herbeizuführen und so den Grund für das innere Erstarren des römischen Volkes zu legen. Die größte Gefahr des folgenden Jahrhunderts, die Punischen Kriege, wurden, trotz der Gefährdung durch Hannibal, verhältnismäßig leicht und ohne Erschütterungen überwunden. Aber schon nach zwei Jahrhunderten hatten sich soziale Mißstände, wieder auf Grund einer mißbräuchlichen Anwendung des Bodenrechtes, in einem solchen Maße aufgestaut, daß neue Eingriffe nötig waren. Sie knüpften sich an die Namen der beiden Gracchen.

Nachdem Tiberius Gracchus für seine Idee gefallen war, waren auf den Staatsveränderungen im Sinne seiner Anträge immerhin 76 000 Siedlerstellen geschaffen worden, deren rechtliche Sicherungen unseren Reichsheimstätten ähneln. Dem jüngeren Cajus Gracchus gelang es dagegen nicht, das Wert seines Bruders zu festigen. Auch er mußte sein Wirken mit dem Tode bezahlen. Danach fielen die von Tiberius Gracchus geschaffenen Reichssicherungen und es folgte eine neue Verschuldung und Entrechtung der Besitzer. Es entstanden Großgüter, die an Stelle von 150 freien Bauern von 50 Sklaven bewirtschaftet wurden; im

letzten Jahrhundert v. Chr. kam es soweit, daß in der ganzen fruchtbaren Landschaft Etruriens nicht ein einziger freier Bauer mehr saß. Müßten wir uns da wundern, daß die furchtbaren Sklaven- und Bürgerkriege das noch immer nach außen sich deh nende römische Weltreich zu zermürben begannen? Die Warnung des älteren Sinius, die Latifundien seien der Untergang Roms, verhallte ungehört, und nach einer Entwicklung von kaum 150 Jahren war es soweit, daß Kaiser Marc Aurel nur mehr 30 000 wehrfähige Römer aufbringen konnte. Das ausgehöhlte römische Weltreich wurde eine leichte Beute der jungen und siedlungsstriebs Germanen, von denen Tacitus schon um Christi Geburt berichtet:

Geldgeschäfte und Ruhezins sind bei ihnen unbekannt. Der Boden wird von der Gesamtzahl der Bewohner abwechselnd in Besitz genommen und verteilt.

In der Folge haben die germanischen Völker hervorragende Siedlungsarbeit geleistet. Zwar sind die Gesetze des deutschen Volkes auch hin und wieder beeinflusst worden durch unsoziale Um scheidungen der Volksstruktur, doch haben solche Ereignisse nur einmal in den Bauernkriegen zu wirklichen Krisen geführt.

Der germanische Grundlag vom Recht am Boden ist von der römischen Rechtsanschauung grundsätzlich verschieden. Der Germane unterstellt den Boden nicht dem Warenrecht. Er läßt es nicht zu, daß er Handelsobjekt wird. Für ihn ist der Boden die Grundlage des Standes der Freien, auf dem sich jedes Staatswesen aufbaut. Vertörförderung des Staates als der Volksgemeinschaft ist der Volkstönig, der Land zu Lehen ver gibt. Jeder freie Mann erhält nach Verdienst Land. Er darf es aber nicht verkaufen, denn es gehört ihm nicht, und kein Stück Land ist frei von Pflichten. Neben den Lehen, auf denen der Adel saß, umfassen die Königshufen 160 bis 200 Morgen Land. Schon im 10. Jahrhundert wird die Lage der Bauern im Westen von neuem drückend, nicht zuletzt infolge einer starken Bevölkerungsvermehrung. Damit ist die Grundlage für das größte Siedlungswerk der Weltgeschichte, für die deutsche Ostsiedlung, gegeben. Die Ostkolonisation wurde von Kaiser Heinrich dem Ersten begonnen und von Otto dem Großen weitergeführt. Späterhin trat Heinrich der Löwe auch im Südosten als Kolonisationsführer auf, von Kaiser Barbarossa oft aufs schwerste behindert, weil er dessen verhängnisvolle Kompositistik nicht mitmachte. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde der Deutschritterorden Träger der Ostsiedlung. Unter den Habsburgern entschwand diese dann aus der Sphäre der Reichspolitik und ging in die Hände der brandenburgischen Markgrafen und später der Könige von Preußen über.

Etwa mit dem Beginn der brandenburgisch-preussischen Siedlungsarbeit im Osten entsteht

auch der Gegensatz Habsburg-Hohenzollern. Eine folgerichtig betriebene Siedlungspolitik vom Großen Kurfürsten an bis auf Friedrich den Großen hat es dem jungen preußischen Staat ermöglicht, die Belastung des siebenjährigen Krieges unter großen Opfern, aber doch ohne Zusammenbruch, zu ertragen und unter Gewinn einer neuen Weltgeltung aus ihm hervorzugehen, obwohl dieser Krieg sich fast ausschließlich auf preußischem Boden, oft sogar im Herzen des Staates abgepielt hat. Hier ergoz die Siedlung zu einer neuen staatsbürgerlichen Gesinnung. Sie ermöglichte in jener Zeit dem preußischen Volk Leistungen, denen die feindlichen Verbündeten nichts gleichwertiges gegenüberstellen konnten. Am überragendsten erscheint das **Siedlungswerk Friedrichs des Großen**, das er zwischen den beiden Schlesischen und dem Siebenjährigen Krieg und später nach dem Frieden von Hubertusburg in die Wege leitete. Damals hatte Preußen eine Bevölkerung, die um 50% größer war als heute die von Berlin, nämlich 6 000 000. Dabei hat Friedrich der Große nicht weniger als 300 000 neue Siedlerstellen geschaffen und über 900 neue Dörfer angelegt. Wilhelm von Humboldt schrieb über das Siedlungswerk Friedrichs des Großen an seine Frau:

Napoleon gab sich das Ansehen, als ob Friedrich II. nur für Augenblicke seinen Staat aufgebaut hätte. Was er getan hat, wird erst jetzt recht sichtbar, denn, was man auch sagen mag, der Grund des jetzigen Impulses in Preußen kommt unleugbar von ihm her.

Dies wurde geschrieben kurz nach der großen Schlacht bei Leipzig im Oktober 1813. Mit dem Abschluß der Befreiungskriege und der darauf folgenden **Reaktion** setzte eine neue verhängnisvolle Umkehr in der Siedlungspolitik ein. Friedrich der Große hatte es in seinem politischen Testament von 1752 als eine der wichtigsten Pflichten erklärt, das Gleichgewicht zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum durch Maßnahmen der Regierung zu gewährleisten. Dieser Grundsatz wurde in der Folge verlassen. Die Deklaration zum Bauerbefreiungsdekret und das Gemeinheitsteilungsgezet vergrößerten den Großgrundbesitz auf Kosten des Bauerntums. Von 1816 bis 1870 verlor das Bauerntum 1 Million Hektar Land. Millionen deutscher Menschen wurden rootlos, heimatlos und von ihrer Scholle vertrieben. Allein 5,6 Millionen Menschen sind aus Ostelbien nach Amerika ausgewandert, wo eine kluge Siedlungspolitik in den Vereinigten Staaten und in Kanada ihnen eine neue Heimat bot. Die Nachkommen dieser Millionen Deutscher, die Söhne und Entel jener Siedler sind im Jahre 1918 nach Frankreich gekommen und haben den Zusammenbruch ihrer Heimat bejagt.

Wie ist nun die Lage in der Gegenwart? Auch in der Weimarer Verfassung ist das Grundrecht auf Arbeit festgelegt. Die **Geißel der Arbeitslosigkeit**, die wir dem Weltkrieg und seinen Folgeerscheinungen verdanken, kann nur in Verbindung mit einem neuen Siedlungswerk befohen werden. Bei der angestrebten Schaffung eines krisenfesten Arbeiterstandes erheben sich folgende Fragen:

Was ist Krisenfestigkeit?

Wer kann krisenfest gemacht werden?

Welchen Umfang muß das Siedlungswerk annehmen?

Welche Größe müssen Siedlerstellen haben, wenn sie als krisenfest gelten sollen?

Am schwersten leiden die unkündig beschäftigten ungelerten städtischen Arbeiter unter der Krise. Ihr Einkommen ist sehr gering und ermöglicht keine Ersparnisse, wie sie der gelernte im Alford arbeitende Saisonarbeiter machen kann. Die Unterstützungssätze können nur unzureichend sein. Unter diesen Umständen bildet die Miete einen besonders hohen Belastungsposten für den Arbeiterhaushalt.

Die Regierung Brüning hat zur Entlastung des Arbeiterhaushaltes den Schrebergärten und die Ruhsagartenfiedlung gefördert und zuerst vorstädtische Kleinfiedlungen für Erwerbslose durchgeführt. Die Unzulänglichkeit dieser Siedlungsform ist heute unter Beweis gestellt. Kleinfiedlungen für Kurzschichtarbeiter und Vollarbeiter und Eigenheimfiedlungen treten an ihre Stelle. Die Frage ihrer Massenhaftigkeit ist von entscheidender Bedeutung. Wir haben bis 1945 noch mit einem starken jährlichen Haushaltungszuwachs zu rechnen, und auch heute ist längst nicht jede Haushaltung mit einer eigenen Wohnung ausgestattet. Der Fehlbedarf kann sich auf etwa 850 000 Wohnungen belaufen. Zu ihm kommt von Jahr zu Jahr der Betrag des Haushaltungszuwachses. Wir können daher, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, mit einem Wohnungsbedarf von jährlich mindestens 270 000 Wohnungen rechnen. Bei einem zwölfjährigen Programm heißt das: Schaffung von 3,2 Millionen Wohnungen. Wenn wir uns von der großstädtischen Wohnweise ab, so heißt das: Ansetzung von 3,2 Millionen landloser Familien in Kleinfiedlungen mit eigenem Garten, ein Siedlungswerk etwa so umfangreich wie das Friedrichs des Großen. Von 32 000 000 erwerbstätigen und erwerbsfähigen Deutschen hatten nach der Statistik von 1925

14 000 000 ein Jahreseinkommen unter 1 200 RM weitere

3 800 000 ein Jahreseinkommen unter 2 000 RM.

Die sozialpolitische Aufgabe der Siedlung liegt also bei den erstgenannten 14 Millionen. Wenn wir einen Menschen auf eine Siedlerstelle setzen wollen, ist es nötig, seinen Bedarf kennen zu

lernen. Der Wochenbedarf einer viertköpfigen Familie beträgt für

Ernährung	RM 18,—
Heizung	RM 2,—
Kleidung	RM 4,—
Sonstiges	RM 7,—

insgesamt RM 31,— die Woche.

Gewiß wird es Familien geben, die mit weniger auskommen müssen. Das geschieht aber auf Kosten der Ernährung und ist zu wenig, wenn der Mann in Arbeit steht. Lediglich die Bedarfsdeckung ohne die Wohnung würde demnach ein Monatseinkommen einer Familie von 134,30 RM voraussetzen. Da auf eine Haushaltung durchschnittlich zwei Berufstätige fallen, ist ein Monatseinkommen in dieser Höhe in den meisten Fällen gesichert. Ist dies aber nicht der Fall oder wird auch nur einer von beiden Berufstätigen erwerbslos, so vermag allein der eigene Vorgarten eine ausreichende Ergänzung des beruflichen Einkommens zu liefern. Eine erfolgreiche Lösung der Kleinfiedlungsfrage setzt daher stets ein sorgfältiges Eingehen auf die individuelle Lagerung des Einzel-falles voraus. Zur Gestaltung von Stellentypen

kann man erst von hier aus durch Zusammenfassung gleichgelagerter Einzelfälle gelangen.

Mit diesen Darlegungen sind die obigen Fragen folgendermaßen beantwortet:

Krisenfestigkeit einer Siedlerstelle ist nur dann gegeben, wenn die Stelle die Differenz zwischen dem Einkommen und dem Einkommensoll deckt und darüber hinaus bei Erwerbslosigkeit noch einen zusätzlichen Erwerb gewährt.

Krisenfest kann nur der gemacht werden, der noch von einer Krise betroffen werden kann, also der konjunkturell Arbeitslose. Die dauernd Erwerbslosen müssen von neuem in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

Sollen erkennbare Rückwirkungen eintreten, so muß es gelingen, den gesamten in den nächsten 12 Jahren ausfallenden objektiven Wohnungsbedarf für die Siedlung nutzbar zu machen, d. h. 3 200 000 Stellen zu schaffen. Diese Stellen müssen eine ausreichende Landzulage erhalten, die sich wechselnden örtlichen Verhältnissen und wechselnden Einkommen anzupassen vermag.

Die zukünftige Industriesiedlungspolitik im Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin

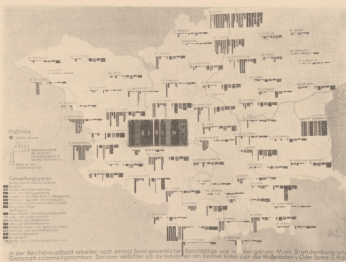
Von Martin Mannschmidt, Berlin.

In den an anderer Stelle veröffentlichten Untersuchungen über die bisherige Entwicklung und über die Gesamtlagerung der Industrien im Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin wurden die Gesetzmäßigkeiten klar herausgestellt, die die bisherige Lagerung der Industrien trotz aller Planlosigkeit städtebaulichen Wachstums der Viermillionenstadt und ihrer Umgebung beeinflusst haben. Transportkosten, Grundstückskosten, Arbeitsmarkt und sonstige Fühlungsvorteile wirken sich auf die Standortlage der verschiedenen Industriegruppen in verschiedenartiger Weise aus. Das Ergebnis dieser Kräfte ist eine organisch gewachsene Industrielandchaft des Wirtschaftsgebietes Groß-Berlin, wie es vom Verfasser vor kurzem für die Umgebung von Berlin und für die Reichshauptstadt Berlin selbst dargestellt werden konnte.¹⁾ Es wird auch in anderen Industriegebieten notwendig sein, die tragenden Kräfte der bisherigen Entwicklung in ähnlicher Weise herauszuschälen. Erst dann kann bei einer Unter-

suchung ihrer zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten unterschieden werden, welche Kräfte der bisherigen Entwicklung zwangsläufig waren und in Zukunft von Dauer sein werden, und welche Kräfte zeitbedingt waren und in Zukunft von anderen gestaltenden Kräften abgelöst werden können.

Der grundlegende Unterschied zwischen dem engeren Wirtschaftsgebiet von Berlin und den übrigen Industriegebieten Deutschlands besteht in dem Mangel an rohstoffgebundenen Industrien, für die Berlin infolge fast völligen Fehlens von gewerblichen Rohstoffen als Standort ausscheidet. Seitdem Berlin durch die Fürsorge preussischer Könige im 18. Jahrhundert aus einer kleinen Residenz zur Textilgroßstadt wurde, verdankt es seine industrielle Geltung staatlicher Wirtschaftspolitik und ihrem Zusammenspiel mit Unternehmern und Arbeitern. Wie im 18. Jahrhundert der Protektionismus merkantilistischer Fürsten, so haben im vergangenen Jahrhundert der staatliche Bau von Eisenbahnen und Kanälen, die politische und wirtschaftliche Einigung des Reichs, die Erhebung Berlins zur Reichshauptstadt, haben Reichspolitik und Kolonialpolitik die Märkte der Berliner Industrie geweitet. Ebenso haben der Weltkrieg und

¹⁾ D. Verf. „Die Industriesiedlung in der Umgebung von Berlin“, Sonderdruck des Zentralblattes der Bauverwaltung vom März 1933, und D. Verf. „Berlin, die Industriesiedlung“, bearbeitet im Auftrage der Gemeinnützigen Berliner Ausschussung, Messe- und Fremdenverkehrs-Ges. m. b. H., Berlin 1933, für die am 18. August 1933 eröffnete Jantausstellung zu Weigeln.



1. Gewerbliche Berufstätige im weiteren Wirtschaftsgebiet Großberlin

In der Reichshauptstadt arbeiten noch einmal soviel gewerbliche Berufstätige wie in der ganzen Mark Brandenburg und Grenzmark zusammengekommen. Daneben verdichten sich die Industrien am Stettiner Hafen und an den Wasserläufen von Oder, Spree und Havel.

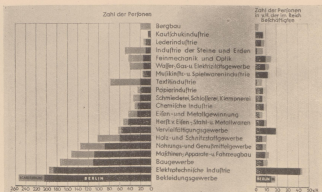
seine Folgen die marktempfindliche Berliner Industrie besonders schwer getroffen. War auch der gewerbliche Unternehmer in allen Fällen an der Marktweitung auf das stärkste beteiligt, so zeigt doch der Rhythmus des industriellen Wachstums, wie sehr die Erfolge seiner Tätigkeit an die staatliche Nachbienthaltung und an die Weltgeltung Deutschlands gebunden sind. Für die Zukunft ergeben sich hieraus die engsten Verflechtungen zwischen der Berliner Industriepolitik und der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Berliner Industriepolitik wird im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in erster Linie für eine Gesundung allseitig klar erkannter wirtschaftlicher Krisenherde und gesellschaftlicher Gefährdungen eingesetzt werden müssen, die sich zwangsläufig aus der übergroßen Ballung von Wohnstätten und Arbeitsstätten innerhalb der Berliner Ringbahn ergeben.

Die unbedingt notwendige Beseitigung und Verstärkung des Bauernstandes wird sich bevölkerungspolitisch erst dann in einer neuen Bindung des gesamten Deutschlands an Blut und Boden auswirken können, wenn gleichzeitig auch die zahlenmäßig um ein vielfaches stärkere landlose Ar-

beiterschaft in den Städten von neuem mit dem Grund und Boden verwurzelt werden kann. Andernfalls besteht die Gefahr, daß der Gewinn an rassistischer Veredelung und an gesteigerter Geburtschaft des Bauernstandes durch eine rassistische und geburtliche Unterbilanz des städtischen Arbeiterstandes wieder aufgewogen wird. Aufgabe der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik und Siedlungspolitik ist daher gleichzeitig eine Gesundung des Arbeiterstandes, die nicht mit marginalen Mitteln eines gesteigerten Wohnungsaufwandes, sondern allein durch eine Ansiedlung der Arbeiter in gefunden Ruggarten-siedlungen in Verbindung mit einer Sicherung ihres hauptsächlichsten Mindesteinkommens gelöst werden kann.

2. Die zukünftigen Standortbedingungen.

Der Verlauf früherer Wirtschaftskrisen in den Jahren 1765—69, 1813—16, 1846—49, und insbesondere der Ueberkapazitätskrisen von 1873, 1890—93 und 1900—02 zeigt ferner, daß bisher allen Krisen im Zusammenhang mit den durch sie bewirkten Marktveränderungen auch besonders starke Standortveränderungen gefolgt sind. Mag ungünstigstenfalls der Absatzmarkt der deutschen Industrie im Ausland weiter schrumpfen oder mag es gelingen, von neuem die Weltgeltung der



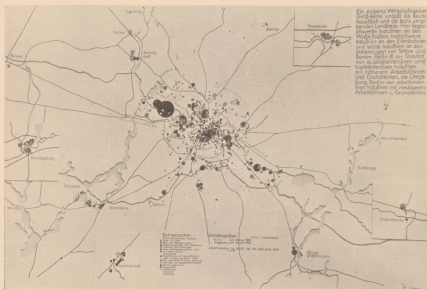
2. Die industriellen Berufstätigen in Berlin, in der Provinz Brandenburg und im Reich.

In Berlin konzentriert sind am stärksten die elektrotechnische Industrie, das Diversifikationsgewerbe und das Befriedigungsgewerbe. Auch der Anteil der Berufstätigen in den Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie, in der Feinmechanik und Optik und im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau liegt über dem Reichsdurchschnitt. In der Provinz Brandenburg arbeiten für den Berliner Markt Industrien der Steine und Erden, der Feinmechanik und Optik, der Textilien, der Holz- und Schnittholzwesen u. a. m.

deutschen Industrie zurückzuerobern, in beiden Fällen wird die Wettbewerbsfähigkeit des engeren und weiteren Berliner Wirtschaftsgebiets gerade in Ermangelung der Frachtkostenvorteile, die aus einer nahen Lage zu den Kohlefeldern erwachsen, besonders durch Ausnutzung aller übrigen Vorteile einer wirtschaftlichen örtlichen Standortwahl und einer krisenfesten Anbindung der anmerksamen Verunstaltungen aufrechterhalten werden.

Die zukünftige räumliche Verteilung von Arbeitsstätten und Wohnstätten der Berliner Bevölkerung steht daher in enger Verbindung miteinander. Sie entscheidet über die Enproletarisierung der zurzeit größtenteils landlosen Berliner Berufstätigen. Sie wird in Zukunft auch weitgehend als bisher über den wirtschaftlichen Bestand der Berliner Industrien entscheiden. Beide Fragen können insofern nicht mehr wie bislang isoliert von einander behandelt werden. Die Berliner Industriepolitik kann ebenso wenig in einer Häufung möglichst vieler Betriebe mit möglichst hohen Gewerbesteuern innerhalb der Stadtgrenzen bestehen, wie sich die Berliner Arbeiterwohnungspolitik in einer Bereitstellung von Schrebergärten und in der Anfeindung von Erwerbslosen oder von Kurzarbeitern am Stadtrand erschöpft. Wie die gegenwärtige Verteilung der Industrien im weiteren Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin (Abb. 1 u. 2) und im engeren Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin beiderseits der Stadtgrenzen (Abb. 3) zeigt, ist eine wirtschaftliche Standortwahl der Industrien im engeren und weiteren Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin bisher durch derartige isolierte siedlungspolitische Maß-

nahmen allenfalls gehemmt, nicht aber verhindert worden. In Zukunft wird dies um so weniger möglich sein, mit je elementarerer Gewalt der Drang der landlosen großstädtischen Berufstätigen nach eigenem Grund und Boden durchbricht und je mehr die neuzeitlichen Verkehrsmittel eine Auflöserung der Berliner Wohnsiedlung begünstigen. Es wird daher im Interesse von Verwaltung und Wirtschaft im engeren und weiteren Wirtschaftsgebiet Berlin liegen, die zukünftige siedlungspolitische Entwicklung der Berliner Industrien in ähnlicher Weise zu gestalten, wie es etwa in dem Wunschbild des Verfassers (Abb. 4) zum Ausdruck kommt. In ihm find beiderseits der Stadtgrenzen die Industriezonen dargestellt, die für eine wirtschaftliche Ansiedlung schwerer und halbschwerer Industrien in Frage kommen. Außerhalb Berlins werden sich Industrien genormter Massenartikel und größerer Arbeitskostenempfindlichkeit mit besonderen Ansprüchen an weiträumiges Industriegelände, an großen Wasserverbrauch oder an billige Arbeitskräfte ansiedeln. Innerhalb Berlins werden jene Industrien auf lange Zeit ihren gegebenen Standort finden, die Fabrikate besonderer Qualität herstellen, mag diese nun in einem besonderen Konstruktionswert, in besonderen Modifikationen oder in anderen Führungsvorteilen beruhen. Die heute schon stark in Berlin vertretenen Industriezweige besonderer Qualität werden um so mehr in Berlin ihren wirtschaftlichsten Standort finden, wenn der in mehreren Menschenaltern herangewachsene hochqualifizierte Arbeiterstand durch eine Ansiedlung in nebenberuflichen Landbesiedlungen vor gesundheitlichem Verfall bewahrt und in Krisenzeiten altsicher zu



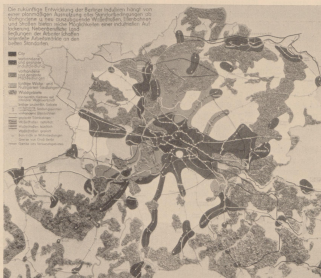
3. Industrielandorte im engeren Wirtschaftsgebiet Großberlin

Ein „engeres Wirtschaftsgebiet Großberlin“ umfaßt die Reichshauptstadt und die sechs umgebenden Landkreise. Hier liegen schwerste Industrien an den Wasserstraßen, halbschwere Industrien an den Eisenbahnen und leichte Industrien an den Höhenzügen von Teltow und Barnim. Berlin ist der Standort von qualitätsintensiven und kapitalintensiven Industrien mit höheren Arbeitslöhnen und Grundrenten, die Umgebung Berlins von arbeitsintensiven Industrien mit niedrigeren Arbeitslöhnen und Grundrenten.

durch ein gesteigertes Nebeneinkommen aus eigenem Grund und Boden vor Verelendung besser geschützt wird als bisher. Die hierfür notwendigen Siedlungsflächen liegen größtenteils außerhalb der Berliner Stadtgrenzen. Dies bedingt eine enge Zusammenarbeit aller Berliner Verwaltungen, um die Fragen des kommunalen Lastenausgleichs zu lösen, die sich aus den Aufwendungen der Berliner Nachbargemeinden für die Ansiedlung in Berlin tätiger Arbeiter und Angestellter außerhalb der Reichshauptstadt ergeben.

Preisunterschiede bei dem Bezug von Elektrizität, Gas und städtischem Leitungswasser innerhalb und außerhalb Berlins spielen für die Standortwahl schon heute eine entscheidende Rolle mehr. Eine Angleichung der Tarife für Elektrizität und Gas in allen Versorgungsgebieten gehört zum Wirtschaftsprogramm der RSDAP. Sie wird durch eine breitere Verbundwirtschaft der vorhandenen Elektrizitäts- und Gaswerke erzielt, die auch die Wirtschaftlichkeit der z. T. nur unvollkommen ausgelasteten Berliner Versorgungsanlagen steigern wird. Ihre Durchführung wird z. B. mit Nachdruck betrieben. Die Wasserversorgung

der Industrien erfolgt bereits heute nur zum Teil aus städtischen Leitungen, zum großen Teil durch Selbstversorgung der größeren Industriebetriebe. Sie bildet einen besonders starken Anreiz zur industriellen Auflockerung längs der Wasserläufe und Grundwasservorkommen. Die unterschiedliche Höhe der Gewerbesteuern wird auf die Dauer eine wirtschaftliche Standortwahl nicht beeinflussen können. Um so mehr bleiben als die in Zukunft einzigen maßgebenden Standortbedingungen die Höhe der Transportkosten, der Grundrentenkosten und der Arbeitskosten bestehen. Die Transportkosten werden stets durch die oben dargelegte lineare Staffelung der Industrien der Schwere nach von den Wasserstraßen und Eisenbahnen aus bedingt, wobei die Möglichkeiten einer Lösung der leichteren Industrien von beiden Verkehrsmitteln durch Verbesserungen des Kraftwagenverkehrs auf den Landstraßen weder unterschätzt noch überschätzt werden mögen. Die Grundrentenkosten werden sich zum Vorteil der Berliner Industrien innerhalb der Stadt vermindern können, wenn Hand in Hand mit einer Entlastung des Ringbahnbereichs von überschüssiger Wohnbevölkerung eine Regelung übersteigerter Grundstückspreise geht. Fast ohne Ein-



4. Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der Großberliner Industriefiedlung

Die zukünftige Entwicklung der Berliner Industrien hängt von einer planmäßigen Ausnutzung aller Standortbedingungen ab. Vorhandene und neu auszubauende Wasserstraßen, Eisenbahnen und Straßen bieten reiche Möglichkeiten einer industriellen Auflockerung. Nebenberufliche Landbedingungen der Arbeiter schaffen tiefenfe Arbeitsmärkte an den besten Standorten.

fluß auf die An siedlung neuer Betriebe sind dagegen vorhandene stillgelegte Fabriken, wenn außer dem dort investierten Betriebskapital nicht noch zusätzliche wesentliche Anreize guter Verkehrs- und Arbeitsmarktlage gegeben sind. Die fixen Kosten einer einmaligen Investition in Gebäuden werden gegenüber laufenden Betriebskosten meist überschätzt. Die Maschinen selbst sind bei den meisten halbschweren und leichten Industrien ohne große Kosten transportabel.

Die Höhe der Arbeitskosten wird durch die Qualität der Arbeitsleistung und durch die Höhe des Arbeitslohns entschieden. Durch eine vermehrte Ansiedlung der Arbeiter in Gartensiedlungen wird nicht nur die bekannte Qualität der Arbeitsleistung der Berliner Berufstätigen erhalten und gesteigert werden, sondern es werden auch die zur Zeit gegenüber dem Reichsdurchschnitt und gegenüber allen anderen deutschen Wirtschaftsgebieten stark überhöhten Berliner Arbeitslöhne mehr dem Reichsdurchschnitt angeglichen werden können, ohne den Reallohn der Berliner Berufstätigen zu senken.

3. Die zukünftigen Aufgaben einer staatlichen Industriefiedlungspolitik.

Neben den landwirtschaftlich und betriebswirtschaftlich gegebenen

Standortbedingungen wird daher in Zukunft je länger je mehr der Mensch als Träger und Endzweck der Wirtschaft für die letzte Gestaltung der räumlichen Gesamtlagerung der Industrien maßgebend sein. Wie weit sich die Lagerung der Industrien innerhalb des zwangsläufig für ihr Wachstum gegebenen landwirtschaftlichen Bettes in geballter oder in aufgelockerter Form entwickelt, wird neben den Fortschritten des Verkehrs in erster Linie von unabhängigen Ansprüchen des Arbeiters auf Gartenheimstätten und von der damit zusammenhängenden Notwendigkeit einer Auflöserung riesenbetrieblicher Ballungen zugunsten einer Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe bestimmt werden. In einer derartigen „Industriefiedlungspolitik“ werden sich in Zukunft endlich die staatliche Gewerbepolitik und die staatliche Siedlungspolitik treffen können, die bisher getrennte Wege gegangen sind. Es handelt sich hier um grundlegende industripolitische Zielstellungen, die bisher wenig beachtet worden sind. So wird in Zukunft zu vermeiden sein, daß steuerpolitische Anfechtungen der Wirtschaft wie etwa Gutshöhe des Papenprogramms zur Einstellung von Arbeitern in größeren Betrieben auf Kosten der Stilllegung kleinerer mit ihnen produktionsver-

bundener Betriebe anregen. Ebenjowenig wird es angebracht sein, zur Verhinderung von Ueberproduktion in nicht voll beschäftigten Industriezweigen eine Errichtung neuer Betriebe zu verbieten, wenn dadurch eine Ansiedlung neuer Klein- und Mittelbetriebe in Klein- und Mittelstädten verhindert wird. Dringend notwendig ist endlich ein Verzicht auf alle Sonder Vorteile und Vereinbarungen zwischen Industriebetrieben und Kommunen bei Ansiedlung neuer Betriebe, die zugunsten irgendwelcher Augenblicksvorteile zu einer unwirtschaftlichen Standortwahl führen. Hierunter fallen insbesondere Befreiungen neuangefiedelter Betriebe von kommunalen Steuern, Subventionierungen neuangefiedelter Betriebe durch ganze oder teilweise Vergütung der Fürsorgelasten, die die Kommunen durch die Neueinstellung von wohlfahrtsunterstützten Arbeitern sparen, unentgeltliche Bereitstellung von Grundstücken, Gebäuden und Maschinen durch die kommunalen Verwaltungen, unentgeltliche oder verbilligte Belieferung mit Elektrizität, Gas, Wasser u. a. m. Solange derartige Subventionierungsmöglichkeiten nicht reichsrechtlich unterjagt werden, werden Industriebetriebe bei der Wahl neuer Standorte die Angebote verschiedener Gemeinden gegeneinander auspielen. Hiermit ist weder den Gemeinden gebiet, die durch unwirtschaftliche Subventionierungen belastet werden, noch den Industrien, die andernfalls bei gleichen kommunalen Lasten ihre Standorte nach den langfristig maßgebenden Kostenfaktoren wählen. Unter gleichen kommunalen Lasten werden hierbei selbstverständlich nicht schematisch gleiche Gewerbesteuern und Versorgungsstarife verstanden, sondern Lasten, die den kommunalen Selbstkosten entsprechen.

Die grundlegende Aufgabe der zukünftigen Industriesiedlungspolitik wird jedoch in einer Verbindung von Industrieverlagerungen mit der Umsiedlung von Arbeitern in nebenberufliche Landsiedlungen liegen.

Bei Verbreiterung der industriellen Schulung und Sanftheitigkeit und bei Verbesserung der Anlagen für Verkehr und Versorgung in den ländlichen Industriegebieten verschwindet die bisherige Ueberlegenheit der großstädtischen Arbeitsmärkte immer mehr. Für die Standortwahl wird neben den Frachtkosten in erster Linie die Höhe der örtlichen Arbeitslöhne entscheidend. Der wachsende Wettbewerb der ländlichen Industriegebiete ist zurzeit in Verbindung mit der billigeren Lebenshaltung der Arbeiter in nebenberuflichen Landsiedlungen ein Hauptgrund für die wachsende Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin und anderen Großstädten bei gleichzeitigem Abnehmen der Arbeitslosigkeit in ländlichen Industriegebieten. Un-

gesund ist diese Entwicklung in Groß-Berlin erst dadurch geworden, daß Industrien von hier abwandern oder ihre Betriebe hier einschränken und in ländlichen Industriegebieten vergrößern, ohne die von ihnen vorher beschäftigten Arbeiter gleichfalls in ländliche Industriegebiete umzusiedeln. Es kann von den Großstädten unmöglich verlangt werden, daß sie allein die Lasten einer volkswirtschaftlich an sich zweckmäßigen Industrieverlagerung in Gestalt wachsender Aufwendungen für die erwerbslosen Arbeiter derartiger Betriebe tragen sollen, während ihr Nutzen in Gestalt erhöhter Gewerbesteuern und verminderter Wohlfahrtslasten anderen Industriegebieten zugute kommt. Andererseits widerspricht eine Belastung der Industriebetriebe selbst mit den Kosten der Arbeiterumsiedlung der bisherigen Industriepolitik. Auch könnte hierdurch die Behebung der Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Standortwahl von neuem gefährdet werden. Es ist eine Aufgabe der staatlichen Siedlungspolitik, die Umsiedlung der von Industrieverlagerungen betroffenen Arbeiter noch nachdrücklicher als bisher durch staatliche Wohnungsbauzuschüsse und andere Maßnahmen zu fördern. Ein derartiges Ineinandergreifen von Industrieverlagerungen und von Arbeitersiedlungen bedarf ebenso einer einheitlichen staatlichen Leitung wie die im Gang befindliche Angleichung örtlicher Kommunalsteuern und Versorgungsstarife. Solange der Staat in diesen grundlegenden industriepolitischen Fragen nicht die Führung ergreift, können sich die Großstädte gegenüber Industrieverlagerungen und gegenüber einer Vermehrung ihrer Erwerbslosen nur durch eine verstärkte Subventionierungspolitik und Industriewerbung wehren, gegen deren ungesunde Auswüchse und Folgen die staatliche Industriepolitik gerade angehen will.

Die hier liegenden großen Aufgaben einer zukünftigen Industriesiedlungspolitik werden in Zukunft von der Reichs- und Staatsregierung, von den beteiligten Gemeinden unter Führung der Stadt Berlin und von den berufenen Vertretern der Wirtschaft in enger Gemeinschaftsarbeit gelöst werden müssen, um die Berliner Industrien zu erhalten und um den Berliner Arbeiter bodenständig zu machen, um die Reichshauptstadt von sozialen und wirtschaftlichen Krisenherden zu entlasten und um in ihr ein dauernd unge störtes Arbeiten der politischen und wirtschaftlichen Führung von Staat und Reich zu ermöglichen.

Siedlungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten im Nordharzgebiet und Gau Magdeburg

Von Wilhelm Trautwein, Magdeburg.

Als feststehend kann jetzt schon angesehen werden, daß auch die stärkste Neubesiedlung des deutschen Ostens allein nicht ausreichen wird, die im Reich vorhandenen Siedlungswilligen aufzunehmen. Und das wird doch schließlich das Ziel aller Wirtschaftspolitik sein müssen, die größtmögliche Zahl von ihnen an den Boden heranzubringen und zwar soweit als nur irgend angängig, als selbständige, zum mindestens als freistehtige Existenzen aus Almosenempfängern steuertrüchtige Staatsbürger zu machen. Zur Erreichung dieses Zielles durch dichte Besiedlung des deutschen Raumes werden jetzt Arten der Neuansiedlung unterschieden:

Die rein bäuerliche Siedlung auf bäuerlichen (Voll-) Stellen und auf kleineren handwerklichen und Landarbeiterstellen, und

Die Nebenberufssiedlung für die größtmögliche Zahl von in anderen Zweigen hauptberuflich Tätigen, soweit notwendig, unter Kürzung der Arbeitszeit.

Man darf annehmen, daß eine entschlossene Staatsführung mit der rein ländlichen Siedlung noch am ehesten fertig wird, wenn auch ihre Durchführung noch Schwierigkeiten genug bringen wird. Vor ganz besondere Probleme aber wird uns die Nebenberufssiedlung stellen. Standorte der verbleibenden Industrien, sonstige Beschäftigungsmöglichkeiten, ihre Prüfung, ob sie von Dauer sind, und hiermit verbunden die Bereitstellung des erforderlichen Zusatzlandes, das alles wird sorgsamster Ueberlegung bedürfen und noch manches andere dazu.

Wenn unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte die Neugliederung des deutschen Lebensraumes durchgeführt werden soll, so kann sie nicht lediglich auf die Ostgebiete beschränkt werden, es werden auch in anderen Gauen größere landwirtschaftliche Besitzungen für die Siedlung nutzbar gemacht werden müssen. So werden 21,7% der landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche des Regierungsbezirkes Magdeburg durch Großbetriebe bewirtschaftet. Die Verteilung auf die einzelnen Landkreise zeigt die nachstehende Darstellung, deren Zahlen dem „Riesamerschen Güterhandbuch für die Provinz Sachsen“ entnommen sind und die lediglich landwirtschaftlich genutzte Flächen von Ackerland und Wiesen ohne Wald, Weiden und Unland erfassen:

Großbetriebe über 500 Morgen Ackerland:

Kreis	Zahl der Be- triebe	Acker- land Morgenzahl	Wiesen	Davon Domänenland Morgen- zahl
Stadtfreis				
Ischersleben . . .	3	3 360	188	—
Gardelegen . . .	14	25 028	4 226	—
Halberstadt . . .	30	41 696	2 544	3 7 320
Wernigerode . . .	39	59 744	9 592	—
Jerichow I. . . .	38	42 964	14 872	3 5 124
Jerichow II. . . .	26	45 344	1 948	4 5 124
Kalbe (Saale) . . .	35	55 084	4 400	5 9 396
Neuhaldensleben . .	53	48 724	7 884	1 3 452
Magdeburg	23	44 732	1 216	4 8 876
Quedlinburg	35	53 180	4 488	10 17 228
Ischersleben	17	23 312	3 716	—
Salzwedel	29	38 156	5 680	—
Stendal	44	68 312	2 952	6 14 112
Wanzleben	22	29 848	4 956	3 8 450
Wolmirstedt	408	579 484	68 662	39 85 374
		648 146		

Die Böden in den östlich der Elbe liegenden Kreisen Jerichow I und II sind nicht besonders ertragreich, in den vier altmärkischen Kreisen Gardelegen, Salzwedel, Stendal und Magdeburg sind sie von mittlerer Güte, in allen eben genannten Kreisen nimmt die Viehwirtschaft einen besonderen Platz ein. Die schwersten und besten Böden im ganzen Reichsgebiet liegen im Nordharzgebiet und in der Umgebung von Magdeburg in den Kreisen Halberstadt, Kalbe, Quedlinburg, Ischersleben, Wanzleben, Wolmirstedt und Neuhaldensleben. Start durchsieht mit Bergbau und Kaliindustrie sind die Kreise Wanzleben und Ischersleben. Der starke Anteil der 39 Staatsdomänenbetriebe mit 85 000 Morgen dürfte nicht zu übersehen sein. Die gegen ihre Aufteilung immer wieder erhobenen Einwände wegen des für die Kleinsiedlung nicht verwendbaren hochwertigen Gebäudebestandes und der meist vertraglich festgelegten hohen Vergütungen an die abgehenden Pächter für lebendes und totes Inventar dürfen bei dem harten Zwang zur Neuordnung unseres Lebensraumes keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen. Wenn man die Aufteilung dieses Großgrundbesitzes überhaupt ins Auge faßt, so soll nicht verkannt werden, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe in den von uns betrachteten Gebieten in den vergangenen 50 Jahren ganz Großes geleistet haben. Durch ihre methodische, auf den Ergebnissen agrarwissenschaftlicher Forschung beruhender Betriebsführung wurden sie vorbildlich fast für das ganze Reich und das nicht nur für den Großbetrieb, auch für den mittleren und

häuerlichen Kleinbetrieb. Wer das, wie Verfasser, wachen Auges miterlebt hat, der wird dem die Anerkennung nicht versagen. Er wird aber dem Einwand entgegenzutreten müssen, daß nur die Großbetriebsweise die Ernährung der Großstädte sichern könne. Das ist durch neuerliche Feststellungen unserer Agrarwissenschaft widerlegt. Aber auch geographisch gesehen kann man bei der Betrachtung der Bodenbesitzverhältnisse in unserem Gebiet auf andere Gedanken kommen. Eine uns zugänglich gewordene Karte weist nach, daß im Landkreise Halberstadt allein vor dem dreißigjährigen Kriege genau 100 Kirchdörfer mehr vorhanden waren als heute. Und noch eine Zahl möge hier Platz finden: In seinen neuesten „Erhebungen über Bevölkerungsstruktur und Arbeitslosenziffern“ stellt W. Stauß fest, daß auf die in der Industrie und nebenberuflich in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben unter 2 Hektar Tätigen in der Provinz Sachsen nur ein Anteil von 2,8% entfällt bei 5,8% in der Rheinprovinz, 6,9% in Westfalen, Ostpreußen und Pommern je 7,4%. Diese eine Zahl zeigt, wie unser stark mit Bergbau und Industrie auf der einen und tieferhaftem Großgrundbesitz auf der anderen Seite besetzten Gebiet ganz ernste Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Nebenberufssiedlung zu stärken und so den Industriearbeiter, auf zwei Beinen stehend, von Konjunkturschicksalen unabhängig zu machen. Wenn nach Befassung von je 500 Morgen für die bisherigen Großbetriebe noch 244 000 Morgen nach Aufteilung des Großgrundbesitzes verbleiben, und wenn man den Nebenberufssiedler mit 1 bis 2 Morgen ausstattet, so würden schätzungsweise 40 000 von ihnen 40 000 bis 80 000 Morgen in Anspruch nehmen und außerdem bei Schonung zu erhaltender Großbetriebe

immer noch genug Land für etwa 70 bis 80 neue Dörfer im Nordharz- und Magdeburger Gebiet vorhanden sein, die Dorfschaft zu etwa 100 Stellen gerechnet.

Wir nehmen dabei als selbstverständlich an, daß bei Abgabe von Großgrundbesitz für den Boden nur die Preise festgelegt werden, die dem landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Ertrage entsprechen, und daß hierbei auch Mißernten berücksichtigt werden. Der ländliche wie der nebenberufliche Siedler dürfen nicht durch überhöhte Bodenpreise von vornherein wieder zu Zinsflaven gemacht werden. Ebenso bitter notwendig wird es ferner werden, bei der Vergebung die Stellen vor Verschuldung und Spekulation durch gesetzgeberische Maßnahmen zu schützen, d. h. gesetzliche Bindungen durch eine Verschuldungsgrenze und durch das Heimfallrecht bei Besitzwechsel zu schaffen. Für die ländliche Siedlung wird das Anerbengesetz nach zweckmäßiger Ausgestaltung der Ausführungsbestimmungen genügen; für die Nebenberufssiedlung den gleichen nachhaltigen Schutz zu schaffen, werden die Sicherungen des Reichsheimstättengesetzes anzuwenden sein.

Ebenso wie in Ostpreußen und Schlesien sind auch im Nordharzgebiet und im Magdeburger Raum mit Boden und Klima vertraute und geeignete Menschen für die Besiedlung ihrer Heimat überreich vorhanden. Diese heute vornehmlich in der Landwirtschaft zahllos brachliegenden Kräfte etwa nach dem Osten verpflanzen, um später in unserem Gebiet wieder Menschen aus anderen Reichsteilen anzufechen, dürfte dem großen Werke kaum dienlich sein.

Bauwirtschaftlicher Teil

Die Kurzarbeitersiedlung in Staaten.

Von Regierungs-Baumeister a. D. Weber.

Die Siedlung Staaten ist ein Großversuch für die Anwendung von Hohlziegeln als Vollmauerwerk für die Außenwände von Wohnhäusern im norddeutschen Klima. 103 Doppelhäuser und 10 Einzelhäuser sind im Jahre 1932 entstanden. Angewendet wurden 20 cm starke Fremenhohlziegel (Deutsche Fremenziegel A. G. Berlin W. 8). Bei der Größe der Bauanlage wurden von der Bauabteilung der Siemenswerke eingehende Versuche gemacht. Die abgebildete Versuchswand zeigt die überaus einfache Schichtung der Einsteinswand, die technisch leichte Ausbildung des Fenstersturzes durch Eisenarmierung und eine besonders sorgfältige Dichtung des Maueranschlusses an den beim Aufmauern eingesetzten Fensterzargen. Die vorstehenden Federn des Steines passen in einge-

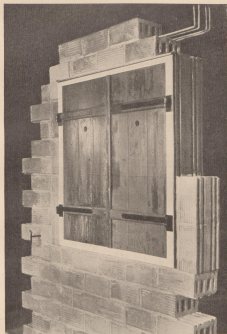
fräste Rillen des Holzrahmens, um die abdichtende Wirkung des fehlenden Maueranschlages zu ersetzen. Diese Ausführung ist ein neuartiger Versuch zur Beseitigung eines schwachen Punktes im Fensterargenbau.

Die übrigen Bilder von der Baustelle vermitteln einen Gesamteindruck von der Randstruktur und dem Aufbaufortschritt der Großsiedlung. Ein gelernter Maurer kann eine Tagesleistung von 12 bis 15 qm Wandfläche durchschnittlich leisten, die beteiligten Siedler als Hilfsarbeiter natürlich erheblich weniger. Nach den Berechnungen der ausführenden Bauabteilung steht fest, daß tatächliche Ersparnisse durch die Anwendung der Spezialsteine gegenüber Normalsteinen erreicht wurde und die vorwiegend aus der Metallbranche stammenden Siedler mit Erfolg bei der Aufmauerung Hilfe leisten konnten.

Die Kurzarbeiterfiedlung in Staaken



Gesamtansicht der Rohbauten.



Versuchswand der Bauabteilung der Siemenswerke.

20 cm harter Freisenhohlziegel.

Deutsche Freisenziegel A. G., Berlin W 8.

Photos: Fensch, Berlin W, und Photothek, Berlin SW 61.



Ziegelmaterial und Wandstruktur.



Vermauerung der Fensterzargen.

Zum Aufsat: Die bauwirtschaftliche Eignung neuer Ziegelbauweisen für den Kleinwohnungsbau.
Vergl. Heft 7 S. 258 u. folg. d. Zeitschrift.

Betonbauweisen für den Kleinfriedlungsbau Eine Untersuchung über Aerokret-Gasbeton bei der Vorstadtfriedlung Berlin-Cöpenick.

Von Reg.-Baumeister a. D. Weber.

Ein interessantes hochwertiges Baumaterial ist der Aerokretgasbeton, der nach schwedischen Vorbildern von Deutschland übernommen wurde. Seiner Herstellungsart liegt die in der Baustoffindustrie nicht häufig angewendete Idee zu Grunde, durch Zusatz von einem der Natur des Betons unschädlichem Treibmittel, beim Aerokretbeton einem Aluminiumpulver, einen gasbildenden Gärungsprozeß herbeizuführen, der die Struktur der Grundstoffe ändert. Beim Abbinden wird durch die Gasentwicklung Porosität des Bausteins erzeugt. Die Steine werden durch die Torkret G. m. b. H. Berlin fabriktionsmäßig hergestellt. Gewaschener Bims, Sand werden nach Erfahrungsätzen mit Zement gemischt und mit Wasser und Treibzusaß zu einem dickflüssigen Brei verrührt. Von dem Mißbehälter geht die Masse in Formen, die auf Wagen lagern. Diese Wagen werden in langsamsten Zeitmaß durch einen Ofen geschickt, den sie nach 24 Stunden wieder verlassen. Durch Wärme und Treibmittel wird das Aufwaschen der nur zu etwa Zweidrittel gefüllten Formen bewirkt. Nach dem Treib- und Abbindeprozeß geht die fertig geformte, jetzt poröse Steinmasse auf den Lagerplatz zur letzten Austrocknung.

Die Normalplatten sind großformatig $60 \times 33,3$ Zentimeter in Stärken von 5, 7, 10, 15, 20 cm. Die stärkeren Platten werden auch als Hohlsteine mit eingelagerten Hohlziegeln gefertigt. Eingebettete Chamottierohre ergeben in Längen von ein Drittel Meter Schornsteine. Für Fenster und Türstürze erfolgen Sonderfertigungen mit den erforderlichen Eisen- oder Trägereinlagen. Fabrikation und Aufbau erfolgt nach genauen Verzeichnissen, so daß Änderungen während der Bauzeit nicht ohne weiteres erfolgen können. Als Balkenaufleger werden armierte Betonringe hinter 5 cm Gasbetonsteinen zur besseren Druckverteilung eingebaut.



Vorstadtfriedlung Berlin-Cöpenick.

Für Außenwände im mitteldeutschen Klima wird vorzugsweise eine Wandstärke von 20 cm verwendet.

Nach seinem Charakter gehört der Aerokret-Gasbeton zu den Leichtbetonarten. Er besitzt aber für zweigeschoßige Bauten mit nicht zu hohen Auflasten noch eine genügende Druckfestigkeit, um nicht nur als Füllmaterial, sondern als selbstständiger tragfähiger Baustein verwendet werden zu können. Je nach dem Raumgewicht steigt oder fällt die Druckfestigkeit. Das Raumgewicht beträgt zwischen $450-1300 \text{ kg/m}^3$. Bei einer 20 cm starken Wand von einem Raumgewicht von 900 kg/m^3 ist die durchschnittliche Druckfestigkeit 32 kg/qcm nach einem Gutachten des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem. Die zu 1 flüssige Druckfestigkeit ist 6 kg/qcm gemäß baupolizeilicher Verfügung. Durch wechselseitige Einwirkung von Frost oder Wärme hat die Druckfestigkeit kaum Änderungen nach einem Gutachten des Zementlaboratoriums Karlsdorf erfahren. Gasbeton gilt als feuerbeständig. Aerokret, das 1 Stunde einem Feuer von 1200° ausgesetzt war, zeigte nach dem Abkühlen nur geringe Beschädigungen der Oberfläche. Für Brandmauern ist daher eine Stärke von nur 15 cm zulässig.

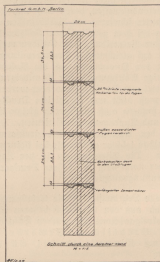
Infolge seiner porösen Struktur ist Aerokretgasbeton nagelbar und für alle Sonderkonstruktionen, Stützeinkleidungen und dergleichen leicht zu bearbeiten. Türen, Fenster usw. können ohne weiteres angehängt, beispielsweise auch mit einem elektrischen Bohrer zum Verlegen der elektrischen Leitungen unter Zug die Wände ausgefräst werden.

Eine ganz besonders gute Eigenschaft des Aerokretgasbetons ist seine wasserabweisende Eigenschaft. Der Außenputz kann weglassen. Ratium ist jedoch ein Anstrich mit wetterfesten und wasserabweisenden Eigenschaften, da bei Betonbauweisen und dünnen Außenwandungen meist weniger der Baustein als die Fugen für Feuchtigkeit und Wärmedurchgang nachteilig sind. Die Torkret G. m. b. H. verwendet vernünftigerweise große Sorgfalt auf die Fugenabdichtung. Es werden durch-



Doppelhaus aus der Vorstadtfriedlung Berlin-Cöpenick.

gehende, imprägnierte Korkstreifen von 1 cm Stärke mitgeliefert, welche in die Mitte der Stoß- und Lagerfugen eingelegt werden. Die doppel-



seitigen Hohlkugeln erhalten Runderseineinlagen in den Lagerfugen. Der Verjaß erfolgt in verlängerter Zementmörtel. Die Außenwand wird mit Tritolal oder wasserfestem Zementmörtel verstrichen.

Ein Innenputz ist unentbehrlich, normal als Kalkmörtelputz mit Gipszusatz. Wie bei allen Zementwänden muß ein Zementmörtelunterputz vorgeworfen werden.

Die wärmetechnischen Eigenschaften des Aerofretgasbetons sind durch die Porosität gegenüber dem normalen Beton wesentlich günstiger. Für den wissenschaftlich geschulten Fachmann diene nachstehende Uebersicht:

	Mittlere Wärmeleitfähigkeit k cal/m h °	Raumgewicht kg/m³	Dämmzahl für 1 cm m² h °/k cal	Wärmedichtigkeit im Bereich der Ziegelaugen m² h °/k cal
Ziegelmauer als Außenwand	0,75	1800	0,0134	1,0
Aerofretgasbeton als Mauerwerk	0,25-0,35	800-1300	0,040 bis 0,029	3,0-2,1

Beschreibung der Wand-Ausbildung	Gef. Stärke cm	Raumgewicht kg/m³	Mittl. Feuchtgehalt in Vol %	Kosten ohne Putzen RM.	Feststellungen am Bau
Wand aus fertig verbleibenden Blättern Außen 6 cm Gasbetonplatten 23,5×6×52 cm 1 cm Luftschicht Innen 5 cm Schlackenplatten 23,5×5×52 cm doppelseitig verputzt	15	820 1350—1650	6,9	Dessau 1928 9,13	Risse im Anschluß an die Wohnungstrennwände und Fensterstürze. Feuchtigkeit tritt in Zusammenhang mit Putzrissen an der Innenseite auf.
Gasbetoneinheiten 16×30×60 cm	19	820	6,9	10,74	In den Füllwänden senkrechte und wagerechte Risse innen und außen. Risse am Stoß mit den Pfeilern und Giebelwänden. Feuchtigkeit an den Fensterbänken in Zusammenhang mit den Rissen. Mittl. Wärmeleitfähigkeit: 0,30. Wärmedurchgangszahl: 1,27. Gleichwertige Vollziegelwand in cm: 46.
Normalziegel - Reichsform Hohlwand mit 8 cm Luftschicht beiderseitig verputzt	36	1885	0,59	11,00	Mittl. Wärmeleitfähigkeit: 0,67. Wärmedurchgangszahl: 1,48. Gleichwertige Vollziegelwand in cm: 37. Keine Schäden.

Gemeinverständlich ausgedrückt ergibt sich aus diesen Zahlen, daß Gasbetonmauerwerk von 20 cm Stärke einer 2–3mal so starken Ziegelmauer wärmetechnisch gleichzustellen ist.

Bekanntlich sind für die wärmewirtschaftlichen Bewährungen von Baustoffen der wechselnde Feuchtigkeitsgehalt von unerforschter, aber ausschlaggebender Bedeutung. Die wasserabweisende Zusammenfügung des Baustoffes ist in dieser Hinsicht wichtig und günstig.

Der Aerokretgasbeton ist in der Praxis seit Jahren angewendet worden und von verschiedener Seite wissenschaftlich untersucht worden. So hat z. B. die Stiftung zur Förderung von Bauforschungen in Dessau-Törten an einer Versuchs-siedlung vergleichende Untersuchungen angestellt. Die Ergebnisse dieser Versuche sollen kein abschließendes Bild geben, aber sie sind wertvoll für den Fachmann, da bei neuen Baustoffen aus der Beobachtung von Schäden für die Zukunft viel gelernt werden kann.

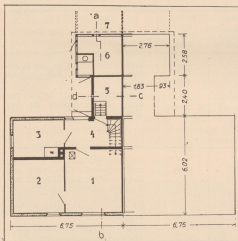
Die in Dessau festgestellten Mängel weisen deutlich auf zwei Gefahrenmomente hin. Bei dem Zusammenstoß von verschiedenartigen Materialien oder nur von gleichen Baustoffen mit anderen Mischungs- oder Belastungsverhältnissen entstehen Spannungen, die Rißbildungen begünstigen. Die Durchfeuchtungen infolge Rißbildungen heben in

hohem Maße die wärmewirtschaftlichen Vorzüge dünnwandiger Bauweisen auf. Bei dem Gasbeton handelt es sich anscheinend nicht um diesem Material spezifisch anhaftende Nachteile, sondern um die Nachteile aller großformatigen oder homogenen Betonbauweisen, deren Setz- und Abbindeprozeß unter schwierigeren Verhältnissen vor sich geht, als bei dem gewöhnlichen Vollziegelmauerwerk. Zur Vermeidung von Schäden muß große Sorgfalt auf gleichmäßige Druckverteilung, guten Anschluß der Quermäße an die Außenwände, gegenseitige Abstimmung der Grundeigenschaften von Mörtel und Baustoff verwendet werden. Der Mörtel muß nicht nur die gleiche Druckfestigkeit besitzen, sondern auch annähernd gleiche Wärmeleitfähigkeit und Ausdehnungskoeffizienten. Die Verteilung der Auflasten ist bei großformatigem Wandaufbau leichter gestört als bei kleinen Steinformaten. Die Eiseinlagen in der Lagerfuge sind daher notwendig für bessere Druckverteilung und Spannungsausgleich.

Der beste Lehrmeister ist die Erfahrung. Das ergibt sich aus den wesentlich besseren Erfolgen des Aerokretgasbetons bei neueren Bauten, z. B. bei der Städtischen Erwerbslosen-siedlung Kiefernfeld bei Cöpenick-Berlin.

Bei Kleinsiedlungen kommt die leichtere Art der Verlebung als Anreiz zur Wahl des Aerokretgasbetons hinzu. Bei den vorstädtischen Erwerbslosen-siedlungen war es schon immer schwierig, eine Zusammenfügung der Siedlungsanwärter so zu erreichen, daß der zur Schlussfinanzierung benötigte Lohnanteil durch den Gewinn der durch Selbsthilfe erzielten Hilfs- und Facharbeitersöhne ausreichend hoch wurde. Wollte man nicht von vornherein reine Baufacharbeiter-Siedlungen gründen, so mußte man auch Bauweisen ausfinden, die eine Einschaltung einer möglichst großen Zahl von Hilfsarbeitern gestatten. Für dieses bauwirtschaftliche Problem, das für die Entwicklung der Kurzarbeitersiedlung und der angestrebten nebenberuflichen Land-siedlung von großer Bedeutung sein wird, ist unter anderen die dargestellte Gasbetonplattenverwendung von finanztechnischer Auswirkung. Unter Fachanleitung können handwerklich begabte Laien den Aufbau übernehmen.

Bei der Vorstadtsiedlung in Cöpenick wurde von Mai bis September 1932 in 108 Arbeitstagen diese Siedlung von 120 Wohnungen wesentlich schneller von den Siedlern bezugsfertig hergestellt als andere in Berlin. 29 Bau-facharbeiter, 19 Bauhilfsarbeiter und 72 aus verschiedenen Berufen waren beteiligt und haben 12 262 Tagewerke auf der Baustelle und in der Werkstatt geleistet. Bei einem Aufbau in normaler



Erdschoß

1. Wohnraum 13,13 qm
2. Schlafraum 9,55 qm
3. Küche 6,80 qm
4. Flur 4,78 qm
5. Hängeboden, darunter Keller 420 qm
6. Stall 5,12 qm
7. Erweiterung des Stalles

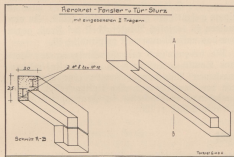
Obergeschoß

8. Eine Kammer für Siedler mit 3–5 Kindern 10,20 qm
9. Zweite Kammer für Siedler mit 6 und mehr Kindern 5,70 qm

Ziegelbauweise hätte entweder eine größere Anzahl von gelernten Maurern dauernd eingestellt oder die Bauzeit verlängert werden müssen. Nach Angabe der Tortret G. m. b. H. kostete das Baumaterial frei Baustelle und Doppelhaus 550 RM. Bei Verwendung von Ziegeln hätte sich der reine Materialpreis ermäßigt, aber die Siedler hätten einen höheren Facharbeiterlohn aufwenden müssen. Die Gesamtfinanzierung hätte sich ungünstiger gestaltet.

Nach Aussagen der Siedler und nach dem Augenschein hat sich die Bauweise nach Ablauf des 1. Baujahrs bewährt. Leichtere Setzriffe unter den Fensterbrüstungen und leichtere Durchfeuchtungen der Hausdecken in den nicht beheizbaren und mit sehr schmalen Fenstern ausgestatteten Eckzimmer sind baufälliger bzw. wärmetechnische Schäden, die nicht der Eigenart des Baustoffes zugeschrieben werden können.

Vergleicht man zusammenfassend die Wirtschaftlichkeit und Eignung des Aerokretgasbetons mit dem normalen Ziegelbau, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Kosten insgesamt etwa gleich hoch sind. Der Lohnanteil beim Gasbeton beträgt jedoch nur ungefähr die Hälfte des Anteils beim Ziegelmauerwerk. Seine Wärmespeicherung ist geringer, die Wärmebämmung größer, Feuchtigkeits- und Eigengewicht erheblich kleiner als beim Ziegel.



Der wesentlichste wirtschaftliche Vorzug der Leichtbetonbauweise liegt in der erheblichen Verkürzung der Bauzeit infolge einfachen Aufbaus und schnellerer Austrocknung. Bei städtischen Objekten ist die raumsparende Wirkung und der Gewinn an nutzbarer Fläche von Bedeutung. In der Baufinanzierung entstehen Zinsersparungen durch kurzfristige Zwischentreibte.

Wegen der Notwendigkeit der Herstellung der Steine in der Fabrik ergeben sich Vorteile für eine sachgerechte Herstellung des Baustoffes, andererseits wird der Aktionsradius der Verwendung durch den Frachtkostenanteil eingeengt.

Erfahrungen mit der Kalksandstempelbauweise bei Selbsthilfe des Siedlers

Von Regierungsbaumeister a. D. Dr.-Ing. Kriebel.

Bei dem Kalksandstempelbau handelt es sich nicht etwa um eine neue, unerprobte Bauweise, sondern im Gegenteil um eine Bauweise, die auf ein beträchtliches Alter zurückblicken kann, aber nur deswegen nicht so bekannt geworden ist, weil sie früher hauptsächlich nur für untergeordnete Gebäude verwendet wurde. Bereits 1850 sind in Niedersdorf bei Berlin damit Bauten errichtet worden, also zu einer Zeit, wo der Betonbau noch in den Kinderschuhen steckte. Um die Jahrhundertwende berichtet die Fachliteratur über etwa 30jährige Erfahrungen mit diesem sog. Pilsebau in Frankreich. Auch in Schweden war diese Bauweise bekannt.

Der heutige Kalksandstempelbau verdankt seine Wiedererweckung dem Regierungsbaumeister Tramer in Breslau, der als Leiter der Schles. Landgesellschaft während der Zeiten der Bewirtschaftung der Baustoffe gleich nach Beendigung des Krieges ihn bei ländlichen Siedlungsbauten verwandte. Es kam hinzu, daß damals gelernte Arbeitsträfte fehlten, so daß der Siedler bei der Errichtung seines Anwesens mit Hand anlegen mußte. Da also diese Bauweise bewußt Rücksicht nimmt auf die Selbsthilfearbeit, ergeben sich daraus wesentliche Berührungspunkte mit unserer jetzigen Erwerbslosenhebelung. Man sollte daher nicht verfehlen, sich diese seit 10 Jahren vorliegenden Ergebnisse näher zu betrachten. Diese Bauweise ist nicht von bestimmten Interessentengruppen propagiert worden, sondern hat sich aus den praktischen Anforderungen der ländlichen Baustelle entwickelt.

Die Mörtelmasse, aus denen die Wände gestampft werden, besteht aus Kalk, Zement, Sand und Schläde und war werden für 1 cbm fertiges Mauerwerk benötigt:

- 75 kg hydraulischer Kalk,
- 50 kg Portlandzement,
- 700 l Sand,
- 700 l Schläde.

Der Sand wird meistens aus der Baugrube gewonnen. Er muß rein und scharf sein und evtl. durchs Sieb geworfen werden. Die Schläde soll gut ausgelaugt sein. Bei Angabe des Zwecks liefern die Eisenbahnverwaltungen oder Industrien eine derartig vorbereitete Schläde. Im erdfeuchten Zustand wird die Masse zwischen Brett Schalung in der gleichen Weise eingestampft wie es beim Betonbau üblich ist. Zweckmäßigerweise werden als Schalung immer wieder verwendbare Stampfladen benutzt, die eine Höhe von 60 cm haben und in ihrer Breite veränderlich einstellbar eingerichtet sind, so daß sie für alle Mauerstärken benutzbar sind. Die Kalksandmasse wird derart eingestampft, daß eine durchgehende Schicht von 60 cm Höhe



Im Bau begriffene Kalksandstampermauer.

hergestellt wird und alsdann die Stampfladen für die zweite Schicht aufgesetzt werden. Zur Ausparung der Fenster- und Türöffnungen werden abgesteifte Holzkästen eingefügt. In den Stürzen wird eine schwache Eisenarmierung eingefügt.

Bemerkenswert ist der schnelle Baufortschritt. Nach den Baustellenergebnissen wird der Bau bis zur ersten Balkenlage in einer Woche hochgebracht, nach vier Wochen ist bereits das Haus schlüsselfertig — dann kommt noch eine gewisse Austrocknungszeit hinzu. Die Wände werden alsdann



Fertiggestellte Siedlerstelle.

mit Zementputz gepuht. Die Wände haben sich als gut wärmehaltend herausgestellt, sind schalldicht und nagelbar. Rißbildungen insbesondere haben sich nicht herausgestellt. Um sie zu verhindern, ist eine schwache Eisenarmierung in Anwendung gekommen.

Die bauliche Unterhaltung des fertigen Baues besteht darin, daß die Mauern von Zeit zu Zeit einmal geweißt werden.

In dieser Kalksandstamperbauweise sind in den schlesischen Landtreifen seit 1919 etwa 1500 Häuser errichtet worden. Diese Zahl ist ein Beweis dafür, daß sich die Bauweise bewährt hat. Die Frage der Selbsthilfe auf der Baustelle wird in einem wesentlichen Punkte glücklich gelöst. Zu vermeiden ist lediglich Winterarbeit bei Frost, gegen den das nasse Mauerwerk empfindlich ist.

Die nebenstehend mit Genehmigung des Vereins Deutscher Kalkwerke E. B., Berlin, wiedergegebenen Abbildungen zeigen eine Aufnahme von der Baustelle und eine fertiggestellte, schmuck aussehende Siedlerstelle in Frauenwaldbau bei Trebnitz/Schles. (1926).

Ansicht

Aufbau des deutschen Siedlungswerkes

Der Aufbau der landwirtschaftlichen Siedlung.

Nachdem die Belegung sämtlicher Ministerien durch die NSDAP eine einheitliche politische Willensbildung in Wirtschaft und Siedlung ermöglicht hat, beginnt der Aufbau des deutschen Siedlungswerkes greifbare Formen anzunehmen. Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung hat das Agrarpolitische Amt der NSDAP wertvolle Vorkarbeit geleistet. Durch das ganze Reich ist hier eine straffe Organisation aufgebaut worden, auf die sich zukünftige Maßnahmen der Siedlungsabteilung des Reichsernährungsministeriums wirksam werden stützen können. Dr. Kummer, der Siedlungspolitische Fachberater

des Amtes für Agrarpolitik, ist als Referent in das Ministerium eingerückt. Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation hat nach der Neubildung des Vorstandes auch in der Geschäftsführung die nationalsozialistische Führung gesichert. Dr. Kummer und Dr. Stolt gehören ihr hauptamtlich, Regierungsrat a. D. Rahmann und Dipl.-Ing. Vöhrer ehrenamtlich an. Die Reichsstelle für Siedlungsberatung steht unter der Leitung von Dr. Hartwich und Kann. Ministerpräsident Grunow als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Deutschen Siedlungsbank ist vom Reichsernährungsminister gleichzeitig zum Reichsbeauftragten für die landwirtschaftliche Siedlung ernannt worden. Damit werden binnen kurzem alle Kräfte zusammengefaßt und in den Dienst des

landwirtschaftlichen Siedlungswerkes gestellt werden. Da nunmehr auch die bis 1932 ständig wachsende Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe durch die Festigung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zum Stillstand gekommen ist,¹⁾ ist für die Wirtschaftlichkeit der neuen bäuerlichen Siedlungen eine feste Grundlage vorhanden.

Die weiteren Erörterungen über das bäuerliche Erbhofrecht lassen erkennen, daß das Gesetz nicht etwa vorhandene Betriebsgrößenverhältnisse und Besitzrechte starr konservieren will, sondern lediglich bezweckt, die Entwurzelung bäuerlichen Brauchtums, bäuerlicher Bodenständigkeit und Schollenfestigkeit durch kapitalistische Ueberfremdung und Mobilisierung des bäuerlichen Besitztandes zu verhindern, den Bauernstand fittlich und rassistisch zu festigen und die bäuerliche Nahrung vor einer Zerschlagung zu bewahren. Es ist keine Frage, daß bei Inangriffnahme einer bäuerlichen Siedlung in breitem Umfang auch die Frage der Landabgabe von Erbhöfen zur Siedlung bestriedigend geregelt werden wird. Ebenso wird dafür Sorge getragen werden, daß der Besitzstand der Erbhöfe die notwendige Elastizität für die notwendige Anpassung der Betriebsgrößen an veränderte landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse und an eine organische Durchdringung mit der nichtlandwirtschaftlichen Kleinsiedlung erhalten wird. Das erstere geht schon daraus hervor, daß die weidenden Erben im Gesetz selbst auf die Siedlung verwiesen werden. Ebenso wird der gärtnerischen Schulung von Kleinsiedlern von Seiten des Agrarpolitischen Amtes seit längerem besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Auch die Erkenntnis der Notwendigkeit einer stärkeren Mischung kleinerer und größerer ländlicher Siedlerstellen gewinnt an Verbreitung. Bemerkenswert ist hier ein Siedlungsprogramm von Dr. L. Mertens-Hamburg,²⁾ nach dem in den nächsten fünf Jahren

- 100 000 Vollsiedler mit Stellen von über 10 Hektar Größe,
- 50 000 Kleinbäuerliche Siedler mit Stellen von 5 bis 10 Hektar Größe,
- 120 000 Landarbeiter mit Stellen bis zu 8 Hektar Größe,
- 30 000 Handwerker auf Stellen von 2 bis 5 Hektar Größe,

zus. 300 000 landwirtschaftliche Siedlerstellen angesiedelt werden sollen. Außerdem sollen in der gleichen Zeit 1 700 000 Eigenheime erstellt werden. Im ganzen wird damit für die nächsten 5 Jahre eine Errichtung von insgesamt 2 000 000

Stellen oder von jährlich 400 000 Stellen erfordert. Mögen diese Zahlen auch über dem zurzeit Erreichbaren liegen, so sind sie doch wegen des Mischungsverhältnisses der landwirtschaftlichen Stellen und des Größenverhältnisses der landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Siedlerstellen bemerkenswert. Entgegen dieser grundsätzlichen Anerkennung einer zahlenmäßigen Ueberslegenheit der nichtlandwirtschaftlichen Siedlerstellen wird freilich immer noch von weiten Kreisen in Zweifel gezogen, ob die Kleinsiedlung in absehbarer Zeit zu einer vermehrten Bodenständigkeit des deutschen Arbeiters führen wird. Eine völlige Entfremdung des Arbeiters vom Grund und Boden ist doch nur bei einem kleinen Teil großstädtischer Arbeiter festzustellen. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter sitzt überdies in Mittel- und Kleinstädten und in ländlichen Industriegebieten und kann dort leicht wieder in Ruhezuständen anfänglich gemacht werden, soweit sie in den letzten Menschenaltern vom Boden verdrängt worden ist. Wille und Bereitschaft hierzu sind in den Großstädten ebenso vorhanden und bedürfen kaum einer stärkeren Förderung durch die öffentliche Hand als seit langem für die neu anzulebenden landwirtschaftlichen Siedler aufgewandt wird.

Der Aufbau des Kleinsiedlungs- und Wohnungswesens.

Der Aufbau des nichtlandwirtschaftlichen Kleinsiedlungs- und Wohnungswesens gewinnt unter diesen Umständen eine immer größere Bedeutung. Ueber die neuen Aufgaben der provinziellen Heimstätten als landschaftlicher Siedlungsträger des Kleinsiedlungs- und Wohnungswesens wurde oben eingehend berichtet. Ihren Unterbau bilden neben den Eigenheimgebern der höheren und mittleren Einkommensstufen die gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen. Hier hat zunächst das Gesetz zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 14. Juli 1933 die erforderlichen Handhaben für eine Vereinigung von vorhandenen 2667 eingetragenen Genossenschaften mit 771 000 Genossen (Baugenossenschaften), 237 Gesellschaften m. b. H., 39 eingetragenen Vereinen und 67 Aktiengesellschaften gegeben. Die weitgehende Begünstigung dieser Wohnungsunternehmen durch die öffentliche Hand in Gestalt von verbilligten Darlehen und Steuerbefreiungen gibt der Öffentlichkeit ein erhöhtes Anrecht zu fordern, daß die so begünstigten Stellen gewissenhaft und sparsam mit den ihnen anvertrauten Geldern wirtschaften und den Bedarf an Verwaltungskosten auf ein Mindestmaß herabsetzen. Das Reichsgesetz gibt der Reichsregierung und den Landesregierungen hierfür die erforderlichen Vollmachten. Die restlose Erfassung aller

¹⁾ Deutsche Rentenbankkreditanstalt, „Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft“, Reimar Hobbing 1933.

²⁾ Deutsche Volkswirtschaft Heft 8, 1933.

gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wird durch ein ergänzendes Gesetz zur Vereinheitlichung der Verträge von Wohnungsunternehmen verbürgt, dessen Entwurf vorliegt. Auf der Tagung des Hauptverbandes Deutscher Bauingenieure in Würzburg ist inzwischen der Staatsbeauftragte für die preussischen Wohnungsfürsorgegesellschaften und Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten, Staatskommissar Guhmer, als Führer der provinzialen Siedlungsträger gleichzeitig zum Führer der gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen gewählt worden. Damit haben letztere unzweideutig den Willen zur Einordnung in die neue staatliche Baupolitik bekundet und ihre örtlichen Belange einer organischen landwirtschaftlichen Siedlungspolitik untergeordnet. Die nächsten Jahre werden zeigen, wie sehr das gesamte Kleinsiedlungs- und Wohnungswesen hierdurch an Schlagkraft gewinnen wird.

Für den Aufbau des landwirtschaftlichen Siedlungswesens und des nichtlandwirtschaftlichen Kleinsiedlungs- und Wohnungswesens sind dadurch klare Voraussetzungen geschaffen worden. Damit ist auch der Zeitpunkt gekommen, um die letzten Aufgaben einer landwirtschaftlichen Verflechtung und Durchdringung beider Siedlungsarten in Angriff zu nehmen und mit Hilfe einer zielbewußten Landesplanung aus beiden Siedlungsarten ein einheitliches deutsches Siedlungswerk erwachsen zu lassen. Auch diese letzte und schwerste Aufgabe wird im Einvernehmen aller Beteiligten in Kürze gelöst werden.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Wollzieht sich dieser grundlegende Aufbau des deutschen Siedlungswerkes mehr in der Stille, so steht die Deffektivität um so nachhaltiger unter dem überwältigenden Eindruck der ersten schnellen Erfolge des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Die alle Widerstände bezwingende gemeinschaftsbildende Kraft der nationalsozialistischen Bewe-

gung tritt hier unter der starken Führung ihrer Gauleiter und Oberpräsidenten besonders klar in Erscheinung. Der beginnende seelische Umbruch der Nation führt hier unmittelbar zu greifbaren wirtschaftlichen Auswirkungen.

Ostpreußen.

Am 15. Juli wurde in Ostpreußen der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet. Am 15. August sandte der Oberpräsident und Gauleiter Koch folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten, an den Reichskanzler und an den Preussischen Ministerpräsidenten:

„Innerhalb eines Monats ist es gelungen, in der Provinz Ostpreußen sämtliche Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Allein in der Stadt Königsberg sind mehr als 30 000 männliche und weibliche Arbeitswillige in Arbeit gebracht worden. Die Vorarbeiten für Beschaffung von Arbeit in den Wintermonaten sind im Gange.“

Richtungweisend für den ostpreussischen Abwehrkampf gegen die Arbeitslosigkeit war die Erkenntnis, daß die werteschaffende Arbeitslosenfürsorge — auch auf kurze Fristen gesehen — billiger ist als die unterstützende Fürsorge. Daher sind planmäßig die vorhandenen Arbeitsplätze erforscht und möglichst zweckmäßig ausgenutzt worden. In erster Linie hat man Bodenverbesserungsarbeiten in Angriff genommen, weil hier die Möglichkeit besteht, bisher für die Gesamtheit des Volkes nicht voll genutztes Vermögen — Boden — durch Verbindung mit dem zweiten nicht ausgenutzten Kapital, der Arbeitskraft wieder nutzbringend zu verwerten.

Durch Übernahme der Verpflegung für die Arbeitnehmer und deren Einsatz zur Steigerung des landwirtschaftlichen Bodenertrags ist die Intensivierung der Landwirtschaft, von der Arbeitskraft her — also nicht so falsch wie früher: von der Kapitalverflechtung her — angepackt worden. Es hat sich gezeigt, daß bei richtigem Aufbau der Kameradschaftslager auch ältere, früher in ganz anderer Tätigkeit beschäftigte Personen gern bereit waren, auf dem Lande mitzuarbeiten und das nachzuholen, was früher versäumt worden ist: durch Verbindung mit dem Boden wieder das beste Heimatgefühl zu wecken. Für rund 2500 Frauen sind ebenfalls Kameradschaftsgruppen gebildet worden, die in gemeinsamer Arbeit mithelfen, die Ausrüstung und Bekleidung für die in Ostpreußen tätigen arbeitsdienstwilligen Landhelfer und Landdienster zu schaffen.

Für die Finanzierung der Arbeiten ist man davon ausgegangen, daß mindestens durch zwei in der Landwirtschaft tätigen Kräfte ein Arbeitsplatz in Industrie und Gewerbe geschaffen wird.

Darüber hinaus steht schon jetzt fest, daß das gesamte Wirtschaftsleben durch Eingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess derartig schnell Auftrieb erhält, daß in wenigen Monaten schon Ersparnisse eintreten.

Auch die Vorarbeiten für die Schaffung von industriellen Zentren wurde bereits in Angriff genommen. So wird ein neues Textil-Zentrum in Ansternburg entstehen, wo die seit einigen Jahren stillgelegten Ansternburger Textilwerke neu in Betrieb genommen werden sollen. Allerdings wird man die Werke auf Glasbearbeitung umstellen. Weitere Verhandlungen sind ferner bereits aufgenommen über die Wiederinbetriebsetzung der großen, seinerzeit mit erheblichen staatlichen Mitteln aufgebauten Ostpreussischen Fleischkonservenfabrik. Dieses Unternehmen, das ebenfalls schon seit längerer Zeit stillliegt, soll umgestellt werden auf die Produktion von Dauermischwaren und Fleischkonserven. Eine besondere Bedeutung wird auch der Entwicklung der kleinen Industrie zukommen. So denkt man an eine Entwicklung der Kleinmöbel-Industrie durch zunehmende Veredelungswirtschaft bereits in Ostpreußen bodenständiger Industriezweige. Grundsätzlich wird der Frage der Tarife eine entscheidende Aufmerksamkeit zugewendet werden. So werden besondere Tarifbindungen zwischen der ostpreussischen Wirtschaft und den großen deutschen Industriezentren geplant. Diese Tarifbindungen, die über ein rein automatisch wirkendes System von Vorzugsstarifen hinausgehen, sollen gegenseitig die Wirtschaftsbeziehungen festigen, so daß nicht nur ein Bezug von ostpreussischen Produkten — beispielsweise Nahrungsmitteln — für die Industrieregione in Betracht kommt, sondern auch die Förderung entsprechender Industrieerzeugnisse in Ostpreußen selbst. Die verstärkte Lieferung von Kohle und Eisen nach Ostpreußen wird tariflich etwa durch einen vermehrten Abfall von Räte in das Industrieregion wirtschaftlich ausgeglichen werden.

Bei dem Aufbau neuer Industriezweige in Ostpreußen und der Erweiterung der bestehenden wird von dem Grundsatz einer möglichst engen Bindung der Industriearbeiter zur Landwirtschaft ausgegangen werden. In der Hauptsache wird schon im Produktionsprogramm die Einführung von Kurzarbeit in Frage kommen, wobei der Arbeiter auf die Siedlung gestellt wird. Die wirtschaftlichen und siedlungspolitischen Maßnahmen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit werden im Institut für ostdeutsche Wirtschaft bearbeitet, das dem Oberpräsidium angegliedert ist und aus einer wirtschaftspolitischen und einer Landesplanungs-Abteilung besteht.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Siedlungspolitik in den übrigen Landschaften ist die

in Ostpreußen eingeleitete Verbundung zur Ansiedlung westlicher Industrien. Die mittelbaren Anreize einer Belebung des ostdeutschen Absatzmarktes durch eine verstärkte bäuerliche Siedlung, durch das Vorlieferungsrecht der ostpreussischen Industrien bei Reichsaufträgen und einige wenige andere Begünstigungen werden genügen, um anstelle der durch die marxistische Nachkriegspolitik erzwungenen Konzentration der Industrien im Westen eine neue industrielle Auflockerung und Ötwanderung unter völliger wirtschaftlicher Freiheit und Selbstverantwortlichkeit der beteiligten Industrien treten zu lassen. Ebenso bemerkenswert ist die grundsätzliche Verbindung industrieller Neugründungen in Ostpreußen mit der Ansiedlung ihrer Arbeiter in nebenberuflichen Landschaften, die die Richtigkeit dieser hier zuerst vertretenen Siedlungsform vollaus bestätigen.

Hebrige Landesteile.

Auch in Pommern werden am 14. August nach 12tägiger Arbeit 12 Landkreise frei von Arbeitslosen gemeldet. Aus Süddeutschland liegen gleichfalls ähnliche Meldungen vor. In Berlin und Brandenburg ist es der Tatkraft des Oberpräsidenten und Gauleiters Kube gelungen, die absolut stärkste Zahl von Erwerbslosen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Die vielseitige Struktur dieses Wirtschaftsgebietes bot hierfür geeignete Voraussetzungen. Zusammenfassend lassen die bisherigen Ergebnisse klar erkennen, daß die Arbeitslosigkeit zuerst in den ländlichen Gebieten behoben werden wird. Sie ist dort stets schwächer gewesen als in den Industriegebieten und größtenteils überhaupt erst durch die Angleichung der landwirtschaftlichen Tarife und Sozialpolitik an die ihr völlig weltersfremde gewerbliche Gesetzgebung entstanden. Wie in Ostpreußen die Arbeitslosigkeit zuerst in Königsberg behoben wurde, werden auch im ganzen Reich die Hauptkrisenherde der Industrieagrargebiete und der reinen Industriegebiete durch die Befreiung ihrer landwirtschaftlichen Umgebung von der Arbeitslosigkeit Schritt für Schritt befreit werden.

Öffentliche und private Arbeitsbeschaffung.

Der Anteil der öffentlichen und der privaten Arbeitsbeschaffung an der Eingliederung der Arbeitslosen wird im Rahmen dieser Maßnahmen immer lebhafter erörtert. Beide Anteile sind bei der Eingliederung von Erwerbslosen in die Landwirtschaft besonders eng miteinander verbunden, lassen sich aber bei den übrigen Gewerbebezügen eher von einander trennen. Für die öffentliche Arbeitsbeschaffung sind von der Deutschen Gesell-

tschaft für öffentliche Arbeiten bis zum 31. 3. 33 folgende Kredite bewilligt worden:

	Papen- programm 1932 RM (Mill.)	Geleit- programm RM (Mill.)	Gesamte RM	in %
1. Maßnahmen d. Reichs: Reichswasserkräften .. sonstige Reichsmaß- nahmen	46,3 —	4,0 88,0	50,3 88,0	31,6
2. Straßenbauten (ohne Brücken)	98,4	79,6	178,0	
3. Brückenbauten	4,4	13,7	18,1	4,2
4. Fußregulierungen und Hochwasserchuhlan- lagen	4,2	1,6	5,8	1,3
5. Versorgungsanlagen, Verskehrsunternehmen und sonstige wer- bende Anlagen	14,5	26,8	41,3	9,5
6. Sonstige Tiefbauten, in der hauptsächlich Kanali- sationsarbeiten	11,7	43,9	55,6	12,7
	179,5(1)	257,6(2)	437,1	100 %

Von der verfügbaren 1 Milliarde RM des Sofortprogramms 1933 werden voraussichtlich 200 Mill. RM für Instandsetzungs- u. w. Arbeiten an öffentlichen Gebäuden, 100 Mill. RM. — hiervon bereits 50 Mill. RM ausgegeben und weitere 20 Millionen RM bewilligt — für Hausinstandsetzung und Wohnungsteilung, 100 Mill. RM — hiervon bereits 50 Mill. RM zur Verfügung gestellt und weitere 50 Mill. bewilligt — für vorstädtische Kleiniedlung, 50 Mill. RM für Neubildung des Bauerntums, 150 Mill. RM für Tiefbauarbeiten, 325 Mill. RM für Meliorationen, Versorgungsanlagen und Sachleistungen, der Rest für Förderung des Eigenheimbaus, Kanalbauten (Mittellandkanal), Seringslogger und Fischdampferbau (6 Mill. RM), Behelfswohnungsbau u. w. verwendet werden.

Neben der absoluten Höhe der Beträge ist der Gegenatz zwischen dem geringen angewiesenen Betrag aus dem Papen-Gerechte-Programm von 1932 (!) und den wesentlich größeren Beträgen aus dem nationalsozialistischen Sofortprogramm von 1933 aufschlußreich für die wachsende Zügigkeit des Verfahrens und die Stoßkraft der neuen Staatsführung.

Dah sich das wachsende Vertrauen der Privatwirtschaft zur nationalsozialistischen Führung auch unab- hängig von der öffentlichen Arbeits- beschaffung in einem echten Kon- junkturaufstieg auswirkt, lassen die Berichte der Industrie- und Handels- kammer klar erkennen. Diese zeigen vor allem in den Monaten April und Mai in der Mehrzahl der Industriezweige eine deutliche

Besserung. Insbesondere ist ein Umschwung nach oben in der Automobilherzeugung und in der Rolle- und Schuhindustrie festzustellen. Die Lage der Glasindustrie, der Leinen- und Seiden- industrie ist wenig einheitlich. Die Beurtei- lung des Beschäftigungsgrades in der chemi- schen Industrie, in der Elektro- und Metallindu- strie ist zuversichtlich. Ebenso zeigen die Verkehrsleistungen der Reichsbahn seit März dieses Jahres einen deut- lichen konjunkturellen Aufstieg. Zu dem gleichen Ergebnis führen die arbeitstäglichen Indeziffern der gewerblichen Gütererzeugung. Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunktur- forschung vom 2. August belaufen sich diese gegen- über 100 % im Jahre 1928 auf %

	Ende April	Ende Mai	Ende Juni
1932	61	62,2	60,7
1933	65,3	68,3	69,9

Ein ähnliches Bild, wenn auch mit stärkeren Konjunkturhebungen zeigt die Beschäftigung in der Bau- industrie. Sie betrug gegenüber 100 % der gleichen Monate im Jahre 1929 %:

	1930	1931	1932	1933
Januar	164,8	68,5	31,9	29,1
Februar	211,3	95,0	42,8	42,8
März	88,9	47,2	18,2	29,7
April	61,9	41,1	19,1	29,7
Mai	56,0	41,8	20,1	33,0

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt zur Arbeitsbeschaffung.

Dah es sich bei der echten Bele- bung der Privatwirtschaft zunächst um erste Anfangserfolge handelt, wurde in der programmatischen Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt in Köln besonders her- vorgehoben. Eine reiflose Beseiti- gung der langfristigen Arbeits- losigkeit in den Industriezentren wird hier nur durch eine vernünf- tige Wirtschaftspolitik auf lange Sicht erreicht werden können. Die Ar- beitsbeschaffungsprogramme kön- nen hier nur eine Zündung bedeuten und sich nur bei planmäßiger Besei- tigung der wirtschaftspolitischen Ursachen der Arbeitslosigkeit voll auswir- ken. Die Warnung vor einem weite- ren Zuviel an unwirtschaftlichen baulichen Investitionen wird eben- so offen ausgesprochen wie die Warnung vor wirtschaftspolitischen Denkfehlern. Nur durch gesunden Wett-

bewerb im Inland und Ausland kann die deutsche Wirtschaft leistungsfähig bleiben. Auch der Zinsfuß kann nur durch wachsendes Vertrauen in die politische Führung Adolf Hitlers und in die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, nicht aber durch Zwangsverordnungen gelenkt werden. Autoritäre politische Führung, Fachkunde und Selbstverantwortlichkeit der Wirtschaft werden als Grundlagen einer wirtschaftlichen Gesundung auf lange Sicht erkannt und entsprechend gesichert werden.

Arbeitsbeschaffung im Siedlungs- und Wohnungswesen.

Wie sehr die Warnungen des Reichswirtschaftsministers gegenüber den bisherigen Investierungen im Wohnungsbau berechtigt sind, zeigen folgende Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamts über die Bautätigkeit vom 1924—32:

Entwicklung der baugewerblichen Produktion ¹⁾:

Zeit	Werte in Milliarden (RM)					Mengen (1928=100)
	Wohnungsbau	Gewerblicher Bau	Öffentlicher Bau	Insgesamt	Baugewerbe	Industrie insgesamt
1912	2,20	1,50	2,30	6,00	—	—
1924	1,10	1,23	1,11	3,44	48,5	69,0
1925	1,85	2,16	1,81	5,82	66,9	81,1
1926	2,10	1,84	1,85	5,79	69,7	77,9
1927	2,90	2,53	2,38	7,81	87,8	98,4
1928	3,20	2,99	2,72	8,91	100,0	100,0
1929	3,50	2,70	2,70	8,90	97,5	100,6
1930	3,00	2,40	1,70	7,10	82,1	88,8
1931	1,70	1,30	1,00	4,00	54,0	72,1
1932 ²⁾	0,60	0,60	0,90	2,10	33,2	60,2

¹⁾ Gefäch. — ²⁾ Einschließlich des gesamten Tiefbaus, von dem ein kleiner Teil auch auf den gewerblichen Bau entfällt. — ³⁾ Vorläufig.

Während die gesamte industrielle Produktion von 1924 bis 1928/29 um nicht ganz die Hälfte zugenommen hat, wurde die Produktion im gesamten Baugewerbe infolge der Baupolitik der sozialistischen Regierung allein mehr als verdoppelt. Seit der Konjunkturwende dagegen nahm die industrielle Erzeugung um etwa 40 v. H., die Produktion im Baugewerbe aber um ⅓ ab. Besonders gefördert wurde der Wohnungsbau. Namentlich in den Großstädten und in den industriellen Gegenden hatte die Zahl der Wohnungen außerordentlich zugenommen. Der Höhepunkt der Wohnungsbautätigkeit wurde in den kleineren Gemeinden (unter 50 000 Einwohner) vorwiegend im Jahre 1928, in den größeren Städten (50 000 bis 100 000 Einwohner) 1929 und in den Großstädten (über 100 000 Einwohner) erst 1930 erreicht. In den großen Städten war infolge der hier durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik geförderten industriellen Konzentration meist ein besonders gesteigerter Wohnungsbedarf vorhanden.

Der Reinzugang an Wohnungen auf 1000 der Bevölkerung betrug:

Zeit	Deutsches Reich insgesamt	Gemeinden		Berlin	Rhein-prov.	Frei-haut Sachsen
		über 100 000 Einwohner	unter 20 000 Einwohner			
1924	1,7	1,3	1,5	1,0	1,8	0,9
1925	2,9	2,5	2,5	2,2	3,0	1,8
1926	3,3	3,8	2,3	3,6	3,8	2,6
1927	4,6	5,3	3,0	4,9	5,0	4,3
1928	5,0	6,3	3,2	4,8	5,9	4,8
1929	5,1	7,1	3,0	5,8	5,7	5,8
1930	5,0	8,4	2,8	10,9	4,8	4,9
1931	3,7	6,1	2,2	7,8	3,5	3,8
1932	1,3	2,5	2,0	3,0	1,8	2,2

In welchem Umfang die Bauten aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden, zeigt die nachstehende Uebersicht:

Die Quellen der langfristigen Wohnungsbaufinanzierung (Mll. RM)

Zeit	Private Mittel	Öffentliche Mittel	zusammen
1924	466	634	1 100
1925	518	1 032	1 550
1926	824	1 576	2 400
1927	1 126	1 624	2 750
1928	2 020	1 330	3 350
1929	1 560	1 290	2 850
1930	1 385	1 050	2 635
1931	850	500	1 350
1932	380—450	120—150	500—600

Die Verteilung der Mittel für die vorstädtische Kleinsiedlung auf Groß- und Kleinstädte nach 1931 kennzeichnet auch hier die baupolitische Wende. Nach Mitteilung von Ministerialrat Dr. Fr. Schmidt^{*)} waren für die erste Rate von 48 Millionen RM, die Ende 1931 durch den damaligen Reichskommissar zur Ausfüllung gelangte, die Richtlinien vom 10. November 1931 maßgebend. Sie zielten in der Hauptsache auf eine vorstädtische Kleinsiedlung in Großstädten und solchen größeren Industriebezirken, die besonders unter der Arbeitslosigkeit litten. Schon die Richtlinien vom 1. Juli 1932 und die dazu erlassenen Verfahrensvorschriften anlässlich der zweiten Rate von 25 Millionen RM hatten eine Verlagerung der Siedlung aus den Großstädten und Industriezentren in solche der mittleren und kleineren Städte zum Ziele, in denen eine Wiedereinstellung arbeitsloser Gewordener in Wirtschaftsbetrieben mehr Aussicht bot. In noch härterem Maße kam diese Tendenz bei der Verteilung der dritten Rate von 40 Millionen RM zum Ausdruck, die nach einer Zwischenrate IIa von 10 Millionen RM im Dezember 1932 im Februar

^{*)} Deutsche Bauzeitung vom 2. 8. 33.

1933 nach Richtlinien vom 20. Februar 1933 erfolgte. Der Anteil der Großstädte mit über 100 000 Einwohnern an den mit Reichsdarlehen geförderten Siedlerstellen in Preußen hat sich dadurch von 58,9 v. H. im ersten Abschnitt (6628 Stellen) auf 42,5 v. H. im zweiten Abschnitt (3104 Stellen) und 17,9 v. H. im dritten Abschnitt (1679 Stellen) gesenkt. Andererseits ist der Anteil der kleineren Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern von 10,5 v. H. (1183 Stellen) auf 26,6 v. H. (1949 Stellen) und dann auf 41,1 v. H. (3860 Stellen) gestiegen ist. Für das gesamte Reichsgebiet ergibt sich die Verlagerung aus folgenden Zahlen:

Abchnitt	I	II	IIa	III
Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern				
Stellen abf.	9830	2993	1254	2969
v. H.	55,1	35,6	31,8	20,0
Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern				
Stellen abf.	2083	2285	1510	6250
v. H.	11,7	27,2	38,2	42,5

Der neue Erlass vom 7. Juni 1933 betont besonders eindringlich, daß eine Errichtung von Kleinsiedlungen an Orten, in denen eine künftige Eingliederung der Siedler in den Erwerbsprozeß ausgeschlossen erscheint, keinesfalls mehr erfolgen darf. Er weist ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Herausfiedlung aus Bezirken mit größerer, voraussichtlich andauernder struktureller Arbeitslosigkeit hin und betont die Notwendigkeit der Rückfiedlung von Industriearbeitern, die vom Lande in die Stadt gezogen sind, auf das Land. Die Erfahrungen, die im III. Abschnitt mit der Kurzarbeiterfiedlung gemacht worden sind, sind erfreulich und ermutigend. Es darf erwartet werden, daß die neuen für die vorstädtische Randfiedlung ausgeworfenen 20 Millionen RM in gleicher Weise verteilt werden.

Eine wertvolle Untersuchung des Deutschen Handwerks-Instituts zu Hannover läßt die gleiche oder größere Wirtschaftlichkeit einer

Einschaltung des privaten Baugeswerbes und der privaten Architekten auch bei der vorstädtischen Randfiedlung erkennen. Nach den Berechnungen des Instituts in den Bauwirtschaftlichen Kurzberichten stellen sich bei Regiarbeit der Gemeindeverwaltungen die Baukosten bei Einbeziehung aller mittelbaren persönlichen und sachlichen Regiefolten um etwa 5% teurer. Es wird daher auch bei der vorstädtischen Kleinsiedlung einer grundsätzlichen Durchführung der Privatfierung von Bauleitung und Herstellung nichts im Wege stehen, wenn das Handwerk seinerseits darauf bedacht ist, stets auf das Äußerste zu kalkulieren und nicht, wie es in verschiedenen Gewerbebezügen nachweisbar ist, die angehende Belegung des Baumarktes zu ungerechtfertigten Preissteigerungen zu benutzen. Amtliche Verlautbarungen lassen keinen Zweifel darüber, daß derartigen Ver suchen unnaßsichtlich entgegengetreten werden wird. Nach Eingliederung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes in die Arbeitsfront wird es deren Aufgabe sein, in Zukunft zwischen berechtigten Interessen des Bauhandwerks und der Siedler und Siedlungsträger zu vermitteln.

Zu den öffentlichen Zuschüssen für neue Kleinsiedlungen treten weitere 50 Millionen RM für Hausreparaturen in Ergänzung der erstmalig laut Gesetz vom 1. 6. 33 bewilligten 100 Millionen RM. Ihre Bereitstellung ist wirtschaftlich gerechtfertigt, soweit sie einen Ausgleich für eine übergroße Belastung des Altbauseitzes mit Hauszinssteuern und für den dadurch bedingten Verfall von Altbauten darstellt. In Zukunft werden die öffentlichen Zuschüsse allerdings in erster Linie für neue landwirtschaftliche Siedlungen und nichtlandwirtschaftliche Kleinsiedlungen bereitzustellen sein. Für ihren wirtschaftlichen Ansaß wird die eingangs dargestellte neue Organisation der gesamten Siedlung unter Mitwirkung aller verantwortlichen Stellen von Wirtschaft und Verwaltung Sorge zu tragen haben.

Martin Wansschmidt.

Persönliches

Änderungen in der Geschäftsführung des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten

Herr Verwaltungsverichtsrat von Gruner schied im Mai ds. Js. auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Heimstätten aus, um ein anderes Arbeitsgebiet zu übernehmen. Die Aufgaben des Vorstandes werden in Zukunft von dem Vorsitzenden des Reichsverbandes wahrgenommen. Mit diesem Heft scheidet Herr von Gruner daher auch als Herausgeber der Zeitschrift aus. Wir danken Herrn von Gruner für die tätige Mitwirkung am Aufbau und Ausbau dieses Blattes.

Personaländerungen

bei den preussischen provinziellen Heimstätten

Preußen: Herr Generaldirektor Radolng legt am 1. Oktober Generalabschluß der Leitung der Preussischen Heimstätte nieder, der ex seine ganze Lebenskraft gewidmet hat. Seinem Wirken ist der

erste Ausfall dieses Monatsheftes gewidmet. Als sein Nachfolger übernimmt Herr Schlegel gleichzeitig die Leitung der Preussischen Heimstätte und der Preussischen Landesgesellschaft. — Schlesien: Anstelle von Herrn Dworad wurde Herr Stöckhardt Geschäftsführer der Schlesischen Heimstätte. — Brandenburg: Herr Richard Linneke legte die Leitung der Brandenburgischen Heimstätte nieder. An seiner Stelle wurde Herr Dr. Hans Wagner kommissarischer Geschäftsführer. — Sachsen: Herr Korch wurde zum Prokuristen der Mitteldeutschen Heimstätte bestellt. — Hessen: Das ausscheidende Herrn Zimmerle wurde Herr Regierungsdirektor Wesseling zum Geschäftsführer der Hessischen Heimstätte bestellt. — Rheinprovinz: An Durchführung des Führerprinzips wurde Herr Dr. Kuchowicz alleiniger Geschäftsführer der Rheinischen Heimstätte. Der frühere erste Geschäftsführer, Herr Dr. Düttmann, wurde Prokurist der Gesellschaft.

Beisprechungen

Schlange-Schönungen: „Bauer und Boden“. Hansische Verlagsanstalt, Hamburg, 1933.

Nachdem der Verfasser in seinem früheren Buche „Ader und Arbeit“ die Gegenwart zur wirtschaftspolitischen Notwendigkeit bewußter Agrarpolitik gemahnt hatte, versucht er hier, den volkswirtschaftlichen Grundlügen, die ihr zugrunde lagen, durch historische Belege Nachdruck zu verschaffen:

Die Agrarreformversuche der Tiberius und des Sempronius Gracchus konnten die Verstärkung und damit den Untergang des Römerreiches, die Reformen des Peter Arkadjewitsch Stolypin die bäuerliche Verarmung und ihr zufolge den Zusammenbruch Rußlands nicht mehr aufhalten!

Diese geschichtlichen Bilder sind ohne erhebliche Kraft und Reichhaltigkeit, aber in klarem Unirig gezeichnet. Nur als Ganzes, nicht ausführlich und einleuchtend im einzelnen, find sie in die gegenwärtigen Vorgänge logisch überführt.

Sie erwecken daher eher den Anschein einer geschichtlichen Selbstorientierung, als daß sie der Gegenwart allgemeingültige Maßstäbe aus der Geschichte vorzeichnen.

Auf diesem Wege sollen die aus der früheren amtlichen Tätigkeit Schlange bekannten, in den Erkenntnissen der letzten Jahre zu letzter Klarheit gereiften Bestrebungen gefördert werden, nämlich: ausgeglichene Agrar-Industrie wirtschaft als Ziel einer unabhängigen nationalen Wirtschaft; Erschließung des Binnenmarktes, Hebung der Kaufkraft durch Arbeitsbeschaffung, Arbeitsbeschaffung durch Export und Siedlung.

Im einzelnen ist mit Recht auf den gegenwärtigen Zeitpunkt als den einzig rechten und einzig möglichen für die Ueberführung einer so umwälzenden, die Gesamtproduktion zunächst störenden Agrarreform in die Praxis hingewiesen: Sie muß in Angriff genommen werden, solange Minderbedarf der Bevölkerung infolge Verarmung eine Minderproduktion erträglich macht. Der Zustand der „Einkapitelung und Beförderung“ darf keinesfalls länger anhalten.

Im übrigen sind die genannten Gesichtspunkte mehr programmatisch unterstrichen als im einzelnen neuartig vorgezeichnet. A.

Berner Beumelburg: „Arbeit ist Zukunft. Ziele des deutschen Arbeitsdienstes“. Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg 1933, „Schriften an die Nation“.

Da ist nach langatmigen Errechnungen, nach umständlichem Ratsschlagen über den besten Weg,

nach fleißigst möglich befohlenem Verfolgen der ersten Schritte noch ein knapper, schneidiger Aufruf. Ein Aufruf, dem Glaube selbstverständliche Pflicht ist, ein Aufruf, der klingt wie Befehl an die aufmarschierende Front der Arbeit: Entweder, Ihr darbt und verderbt in Muße, oder Ihr siegt und lebt durch Arbeit!

Wie aus einem Marsch zur Arbeit ist der Rhythmus dieser Rede geschlagen, beschwingt von Rot, Glaube und kalter Entschlossenheit.

Da droben noch einmal die furchtbaren Kennzeichen der Not und ihres Gefolges: Verschuldung und Armut, Ueberproduktion und Arbeitslosigkeit, Resignation und Verzweiflung. Da steht im Glauben an die Wunderkraft jugendlichen Tatwillens, erschüttert und erschütternd, ein Heer von Freiwilligen zum Kampfe auf für Arbeit und Brot. Dieser gewaltige Wille zur Arbeit zwingt Arbeitsmöglichkeit herbei, und die einmal bewegten Kräfte erzwingen auch ihren Lohn: Freien Boden und freie Gewinnung!

Denn dieser Aufruf zur Arbeit ist zugleich eine Predigt der Wallfahrt zur Erde, voll des Heilsgedankens: Siedlung! einzige, glückliche Rettung!

Die Pracht der Begeisterung, mit der das dargelegt wird, wäre indes nichts nütze, wenn sie nicht in den Stahlglanz herzhafte sachlicher Ueberzeugung gegürtet wäre.

Auf dem Wege nüchterner Besonnenheit münden da zum Beispiel die Gedanken über Arbeitsdienst und Wehrwillen in die Mahnung: die Fruchtbarkeit der Bewegung nicht zu erlöten, indem man ihr vorzeitig fremde Zwecke aufbürdet; sie vor berufsmaßigen Führern zu bewahren, denen die Freiwilligkeit der Bewegung fremd ist, die ihre Triebkräfte mit angelernter „Befehlsmechanerie“ erlöten!

Da wird klar, daß der Arbeitsdienst eine Stadtlucht, d. h. eine Landfluchtbewegung ist, daß das Streben zu Arbeitsdienst und Siedlung aus einem Lebenssuchtsquell entspringt, auf ein gemeinsames Ziel gerichtet ist: die Befreiung von der Materie durch eigene Arbeit auf eigenem Boden! Zu so bestimmten Zielen laufen Gedanken aus, die mit einer Verherrlichung der Arbeit als Selbstzweck, als einer Errungenschaft der Arbeitsdienstbewegung, begannen. Gedanken, die mit dem Hinweis schließen: „In der Siedlung liegt die tiefste Aufgabe des Arbeitsdienstes!“

Siedlung und Arbeitsdienst, diese mächtigsten Strömungen unserer Tage, müssen deshalb in rechtem Abstand und Ausgleich geführt und schließlich in ein Bett geleitet werden, wenn sie sich nicht wechselseitig überfluten, sondern ihre schaffenden

Kräfte dem Gemeinwohl gesichert werden sollen. Das heißt, eine organische, gemäßigte Entwicklung des Arbeitsdienstes muß angestrebt werden und eine Beschleunigung der Siedlung, daß nicht vielleicht die Heere der Arbeitsfreiwilligen in Befriedigung eines stürmisch naturhaften Selbsterhaltungstriebes sich im offenen Lande verschänzen und einer Fieber in die Städte, ins alte Elend sich niederlegen.

Das ist ein herausforderndes Bild, aber auch Beumelburg vergißt nicht, daß das Maß des guten Willens die menschlichen Möglichkeiten sind. Und wir vertrauen mit dem Verfasser auf den Führer, der uns diesen begrenzten Möglichkeiten: Neuem Land und neuer Freiheit, unbeirrbar zuführt!
H.

„Das Recht an der Siedlerstelle,“ Obereigentum des Siedlungssträgers und Untereigentum des Siedlers am Siedlungsgrundstück, von Dr. jur. Alfred Wilke, Münster, Band 5 der Materialienammlung der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungsweisen an der Universität Münster i. W., herausgegeben von o. ö. Universitätsprofessor Dr. W. F. Bruck, Münster 1932, 54 Seiten, Preis RM 2,—.

Einen interessanten Beitrag zum modernen Bodenrecht bedeutet die in der obengenannten Materialienammlung veröffentlichte preisgekrönte Schrift des Dr. A. Wilke: **„Das Recht an der Siedlerstelle.“** In systematischer Weise wird hier die Rechtsnatur des Eigentums an bäuerlichen Siedlungen, wie sie sich auf Grund des Reichs-siedlungs-gesetzes ergibt, untersucht und dargestellt. Allen mit dem Siedlungsweisen in Verbindung stehenden Behörden, Körperschaften, Organisationen und Einzelpersonen, kann die Anschaffung dieser klugen Arbeit dringend empfohlen werden.

Dr. M.

„Das Recht der Kurzarbeit.“ Von Oberregierungsrat Friedrich (Landesarbeitsamt Sachsen). Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1932. 76 Seiten. Preis —. RM.

Einleitend werden der Begriff, die Besonderheiten sowie die bisherige Gesetzgebung über die Kurzarbeit gestreift. Sodann wird dieses Sondergebiet der Sozialpolitik an Hand der einschlägigen Bestimmungen, insbesondere der Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung usw., vom 1. Juli 1932, übersichtlich, knapp, klar und erschöpfend behandelt. Tabellen über die Höhe der Unterstützungssätze sowie amtliche Vordrucke für das Verfahren vervollständigen die Veröffentlichung. Aus sachkundiger Feder ist

alles Wissenwerte, insbesondere für die praktische Handhabung, zusammengetragen.

Dr.-Ing. Barbow.

„Die Wettbewerbsgrundlagen der Wohnungsbauweisen.“ Von Dr.-Ing. Kurt Müller, Leipzig. Verlag Julius Springer, Berlin 1933. 128 Seiten. Preis 4,50 RM.

Ausgehend von den zahlreichen Vorschlägen einer Nachkriegszeit für die Ausführung der Außenwand, untersucht der Verfasser die vielfältigen Beziehungen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Wohnungsbauweisen von Bedeutung sind. Unter der großen Zahl von Faktoren, die dargestellt und ausgewertet sind, findet sich neben technischen und finanziellen Gesichtspunkten auch der Einfluß, der von den am Wohnungsbau beteiligten Personengruppen, von öffentlichen Maßnahmen usw. ausgeht. Das Ergebnis besteht in der Erkenntnis, daß die Wirtschaftlichkeit einer Bauweise sich aus verschiedenen Gründen nicht in einer einfachen Formel darstellen läßt. Vielmehr können die Bauweisen nur für die jeweilige Wohnungsbauaufgabe miteinander verglichen und ihre Wettbewerbsgrundlagen nur unter Beachtung der Grenzen beurteilt werden, die für die Vergleichbarkeit gezogen sind.

Unter Verwendung einer umfangreichen Literatur ist eine Fülle wissenschaftlicher Einzelheiten mit Quellenangabe zusammengetragen. Viele Einzelbetrachtungen regen zum Nachdenken an.

Die Veröffentlichung stellt einen wertvollen Forschungsbeitrag dar, dessen Nutzenwendung für den Wirtschaftler wissenschaftlich, für den Architekten und den Unternehmer gleichermaßen wichtige Überlegungen aufzeigt.

Dr.-Ing. Barbow.

Kommunale Vereinigung für Wohnungsweisen in München, 15. Heft.

Die Vereinigung gibt eine Serie von Schriften heraus, deren 15. Heft vorliegt. Der 1. Abschnitt behandelt die vorstädtische Kleinsiedlung. Zuerst bespricht Oberbürgermeister Dr. Stadler-Kaschl kurz das Thema der vorstädtischen Kleinsiedlung als Problem und Aufgabe und fordert möglichst Stadtnähe, mäßig großes und billiges Gelände und richtige Auswahl und Mischung der Siedler. Sodann ergreift Stadtbaurat Dr. Ing. Wolf-Leipzig das Wort zu einem ausführlicheren, mit 24 guten Abbildungen ausgestatteten Abschnitt über „Die Kommunen als Träger für die vorstädtische Kleinsiedlung.“ Dr. Wolf weist nach, daß ein solches Siedlerhaus selbst bei größter Einfachheit und Sparsamkeit unter Anrechnung aller entstehenden Kosten nicht unter 5000 RM herzustellen ist. Abbildungen der Kleinsiedlungen in Leipzig, Hannover, Frankfurt a. M., Mainz, München

und Breslau erläutern die überaus lehrreichen und inhaltvollen Ausführungen. Es folgt ein kurzes Kapitel des Oberbaurats Tobst-Rassel über die dortigen vorstädtischen Kleinsiedlungen mit anschließender Stellungnahme bekannter Fachleute.

Im 2. Abschnitt spricht zunächst Stadtrat Dr. jur. Hiller-Halle über Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege unter besonderer Berücksichtigung der Instandhaltung der Altwohnungen im Organismus der Gemeindeverwaltung und anschließend Direktor Brehme über die überaus interessante Sanierung der Kasseler Altstadt, unter Beigabe sehr guter Abbildungen.

Nach einem kürzeren Abschnitt des Magistratsrats Dr. Barz-Berlin über die Rechtsprechung bei der Rückforderung von Ablosungsbeträgen folgt der letzte Abschnitt über Wohnungsneubauprobleme von Regierungsbaumeister a. D. Haller-Halle mit ausfuhrreichen statistischen Angaben und Tabellen und über die Behandlung von Mietausfällen und die Freimachung von Wohnungen bei Mietrückständen mit einer Aussprache.

Allen Fachleuten, insbesondere den in der Kommunalverwaltung tätigen, die mit der vorstädtischen Kleinsiedlung oder den Wohnungsbauproblemen zu tun haben, können wir die kleine, 65 Seiten starke Schrift zum Studium empfehlen.

Dr. M.

Energie- und Maschinenbewirtschaftung im Siedlerbetrieb. Heft 37 der R.A.T.V.-Schriften.

Die Schrift geht in dem Vorwort davon aus, daß im Hinblick auf die Elektrizitäts- und Wasserversorgung in der Siedlung die umstrittene Frage der Streusiedlung oder Dorfsiedlung eine sehr erhebliche Rolle spielt und glaubt feststellen zu müssen, daß ganz besonders im Osten, wo die Siedlung nicht nur wirtschaftliche und soziale Aufgaben zu erfüllen hat, auf keinen Fall an die Streusiedlung gedacht werden darf. Hier sei es besonders notwendig, ein starkes Gemeinschaftsgefühl bei den Siedlern zu schaffen. Dies könne nur durch die Vorteile der Dorfsiedlung erreicht werden. Gleichgültig, wie man sich hierzu einstellt, ist selbstverständlich die Dorfsiedlung für den Ausbau des Elektrizitätsnetzes und die damit in der Schrift nachgewiesene Verbilligung bei der Maschinenverwendung sicher ausschlaggebend.

Die Schrift zeigt in ihrem ersten Teil, der sich mit Energiefragen im Siedlerbetrieb unter besonderer Berücksichtigung der Elektrizität befaßt, klar, daß von den drei Arten der Maschinen-Siedlung, und zwar der „Petroleum-Siedlung“, der „Göpel-Siedlung“ und der „elektrischen Siedlung“, in der finanziellen Auswirkung sich die elektrische Siedlung nur dann gegenüber der Petroleum-Siedlung als wettbewerbsfähig zeigt, wenn „sämt-

liche Möglichkeiten zur Verringerung der Anlagekosten ausgenutzt werden und die elektrische Energie frei Hof geliefert wird“. Die Ueberlandzentralen müßten also die Kosten für die Hochspannungsanlagen und das Ortsnetz ohne Erhöhung der Tarife übernehmen.

Der zweite Teil der Schrift „Senkung der Kosten für Maschinen und Geräte im Siedlerbetrieb“ zeigt, welche erheblichen Einsparungen möglich sind, wenn die größeren Maschinen in Siedlergemeinschaften oder Siedlergenossenschaften, je nach der Art der Benutzung, verwendet werden, da sie nur dann entsprechend ihrem Anschaffungspreis auch voll ausgenutzt werden können. In verschiedenen Provinzen, so z. B. auch in Ostpreußen, wurden hierbei nur gute Erfahrungen gemacht. Man wird daher auch in Zukunft unter Berücksichtigung der in dieser Schrift für den praktischen Arbeitsablauf aufgestellten Vorschläge gesteigerten Wert auf die Verwendung der auch im kleineren Siedlerbetriebe notwendigen Maschinen legen müssen. Da diese die Kapitalkraft der Siedler stark belasten, sind sie auf dem Genossenschaftswege oder in Form von kleineren Gemeinschaften zu beschaffen.

Dr. R.

Der Holzschutz in der Landwirtschaft. Herausgegeben vom Fachauschuß für Holzfragen beim Verein deutscher Ingenieure und deutschen Forstvereine. Berlin 1933. Geschäftsstelle Ingenieurhaus MB 7. Heft bei Einzelbezug RM 2.—.

In gemeinverständlicher Form werden vom Fachauschuß für Holzfragen die Ergebnisse wichtiger wissenschaftlicher Forschung zusammengestellt. Den Holzschutz bearbeitete Dr. Viefe von der Forstlichen Hochschule zu Eberswalde, den Widerstand der wichtigsten einheimischen Holzarten gegen chemische Angriffe, Privatdozent Dr. Morath, Darmstadt. Vorangestellt wurden Leitsätze über die Bedeutung des Holzes für die Landwirtschaft. Die Zerstörung des Holzes durch Pilze und Insekten und die Schädlingsbekämpfung durch natürliche Vorjorge oder besondere Konservierungsmethoden ist von allgemeinem Interesse. Praktische Bedeutung gewinnen die Ausführungen über die Anwendung des Holzschutzes für Gebäude, für Schwämme- und Holzwurmbekämpfung. Die chemische Widerstandsfähigkeit des Holzes vergrößert sich mit dem zunehmenden spezifischen Trockengewicht. Sie ist bei Kadelshölzern besser als bei den Laubhölzern. Bei seiner Widerstandsfähigkeit gegen Säuren ist Holz noch immer der beste Baustoff für Grünfütterflos. Die Verbreitung der Schrift und ihrer wertvollen wissenschaftlichen Erkenntnisse ist für die Landwirtschaft von Bedeutung.

W.

Eingegangene Bücher

Bauer und Boden.

Herausgegeben von Schlange-Schöningen. Hansische Verlagsanstalt.

Risiko und Sicherheit der Banparaffinen.

Herausgegeben von Dr. Eduard Weber. A. Bong'sche Erben, Stuttgart.

Die Völkische Sicherungsverordnung. Ergänzungsbund, enthaltend die seit Juni 1932 erlassenen Bestimmungen über das Sicherungs- und Entschuldigungsverfahren.

Herausgegeben von Dr. H. Dörge und Dr. J. Denny. Helmar Hobbing Verlag. Pr. RM 7,50.

Deutsche Agrarprogramme der Nachkriegszeit.

Herausgegeben von Hans Kretschmar. Junker & Dünnhaupt-Verlag. Preis RM 3,50.

Jahrbuch der Bodenreform.

Herausgegeben von A. Damaschke. Verlag Gust. Fischer, Jena.

Um die Lösung des Problems der zweiten Hypothek.

Herausgegeben von Helmut Richardi. Universitätsbuchdruckerei Johannes Bredt, Münster i. W. Preis RM 0,30.

Die Flucht aus der Landwirtschaft.

Herausgegeben von Peter Quante. Verlag Kurt Womintel G. m. b. H. Preis RM 5,60.

Der deutsche Student (Zeitschrift der deutschen Studentenenschaft, Augustheft 1933).

Ämtliches Organ der deutschen Studentenenschaft und des Deutschen Studentenwerks e. V. Schriftleitung Gerhard Schröder, Berlin. Pr. RM 0,60.

Arbeit ist Zukunft.

Herausgegeben von W. Beumelburg. Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg.

Neuadel aus Blut und Boden.

Herausgegeben von R. Walther Darré, J. F. Lehmanns Verlag, München 1930.

Unterordnung über die landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsgrößen im Kreise Goslar.

Herausgegeben von Dr. Wilhelm Mellinghoff. Verlag Paul Junz, Berlin 1930.

Vorstädtische Kleinwohnung und Eigenheimbau mit ergänztem Nachtrag zur zweiten Auflage.

Herausgegeben von Dr. Friedrich Schmidt, Verlagsgesellschaft R. Müller m. b. H., Eberswalde-Berlin.

Verdingungsordnung für Bauleistungen.

Aufgestellt vom Reichsverdingungsamt. Verlag für Politik und Wirtschaft (Otto Stollberg), Berlin SW 68.

Kämpfende Kräfte.

Herausgegeben von Knut Hansum. Verlag Albert Langen / Georg Müller, München 1933.

Die gute Erde.

Herausgegeben von Pearl S. Buck. Zinnen-Verlag, Wien 1933. Preis RM 6,—.

Reichsbauernführer Darré, eine Lebensbeschreibung.

Herausgegeben von Hermann Reichle. Verlag und Vertriebsgesellschaft m. b. H. „Zeitsgeschichte“, Berlin. Preis RM 1,—.

Gesetze, Verordnungen und Erlasse

Wohnungswesen

Gesetz zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen. Vom 14. Juli 1933.

Die Reichsregierung hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

§ 1

(1) Gemeinnützige Wohnungsunternehmen im Sinne der §§ 1, 28, 31 der Gemeinnützigkeitsverordnung (Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930, letzter Teil, Kapitel III — Reichsgesetzblatt I S. 517, 563), die Verbände von Wohnungsunternehmen und die Vereinigung solcher Verbände können einer besonderen Überprüfung nach Maßgabe dieses Gesetzes unterworfen werden. Die laufende Aufsicht gemäß § 20 der Gemeinnützigkeitsverordnung bleibt unberührt.

(2) Darüber, ob ein Unternehmen, ein Verband oder eine Vereinigung von Verbänden der besonderen Überprüfung unterworfen werden kann, entscheidet im Streitfall der Reichsarbeitsminister. Die Entscheidung bindet Gerichte und Verwaltungsbehörden.

§ 2

(1) Die besondere Überprüfung obliegt

- a) bei Organen der staatlichen Wohnungspolitik der nach § 28 der Gemeinnützigkeitsverordnung zuständigen Anerkennungsbehörde,
- b) bei anderen Wohnungsunternehmen und bei solchen Verbänden von Wohnungsunternehmen, deren Geschäftsbereich nicht über die Grenze eines Landes hinausgeht, der obersten Landesbehörde,
- c) bei Verbänden, deren Geschäftsbereich über die Grenzen eines Landes hinausgeht, und bei Ver-

einigungen von Verbänden dem Reichsarbeitsminister.

(2) Die in Abs. 1 genannten Behörden können ihre Befugnisse ganz oder teilweise auf Beauftragte übertragen.

§ 3

(1) Die Überprüfungsbehörden und ihre Beauftragten haben die Befugnis

- a) alle Maßnahmen im Sinne des § 20 der Gemeinnützigkeitsverordnung zu treffen,
- b) die Einberufung der Organe der Unternehmen, Verbände und Vereinigungen (§ 1), sowie die Anknüpfung von Gegenständen zur Beschlussfassung zu verlangen und, wenn dem Verlangen nicht entsprochen wird, die Einberufung oder Anknüpfung auf Kosten des Unternehmens, des Verbandes oder der Vereinigung selbst vorzunehmen sowie ferner selbst oder durch Vertreter an den Sitzungen teilzunehmen, Anträge zu stellen und jederzeit das Wort zu ergreifen,
- c) erforderlichenfalls Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, Protokuranten und Mitglieder des Aufsichtsrats oder des Verwaltungsrats abzuwählen,
- d) soweit die zur Weiterführung der Geschäfte erforderlichen Personen fehlen, Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrats und Mitglieder des Verwaltungsrats zu bestellen, Prokura zu erteilen und die Vertretungsbefugnis auch abweichend von der Satzung einzuschränken,
- e) Dienstverträge von Vorstandsmitgliedern, Geschäftsführern und Protokuranten zu kündigen, wenn es erforderlich erscheint, um die Wirtschaftlichkeit des Geschäftsbetriebs im Sinne des § 12 der Gemeinnützigkeitsverordnung zu sichern, oder wenn der Dienstverpflichtete nicht die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten wird. Abfindungen,

Uebergangsgelder und Versorgungsbezüge können auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt und zeitlich beschränkt werden.

(2) Die Kündigung gemäß Abs. 1 Buchstabe e bedarf der schriftlichen Form. Das Kündigungsschreiben muß die Gründe angeben. Die Kündigung kann nur für den Schluß eines Kalenderdritteljahres und nur unter Einhaltung einer Frist von mindestens drei Monaten erfolgen. Sie ist auch zulässig, wenn der Vertrag auf eine bestimmte Zeit oder auf Lebenszeit geschlossen ist. Kündigungen, die ein Beauftragter (§ 2 Abs. 2) ausgesprochen hat, können binnen zwei Wochen nach ihrer Bekanntgabe an die beteiligten Personen von diesen durch Bewerbe an die Behörde angefochten werden, die den Beauftragten bestellt hat. Die Entscheidung der Behörde bindet Gerichte und Verwaltungsbehörden. Die Vorschriften des Gesetzes über das Kündigungsrecht der durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betroffenen Personen vom 7. April 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 187) finden entsprechende Anwendung.

§ 4

Maßnahmen auf Grund des § 3 begründen keine Entschädigungsansprüche wegen Enteignung.

§ 5

Auf Maßnahmen, die von den obersten Landesbehörden oder ihren Beauftragten zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsweisen im Sinne dieses Gesetzes bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes angeordnet worden sind, findet das Gesetz entsprechende Anwendung; sie sind wirksam auch soweit sie über den Rahmen dieses Gesetzes hinausgehen. Der Reichsarbeitsminister ist befugt, die Maßnahmen aufzuheben.

§ 6

Der Reichsarbeitsminister kann auch einzelne Wohnungsunternehmen, die nicht gemeinnützig sind, oder nach ihrer Satzung die Wohnraumbeschaffung für ihre Mitglieder (Genossen) oder für die minderbemittelten Bevölkerungsteile bezwecken und zur Förderung dieses Zweckes öffentliche Mittel als Darlehen oder als Zuschüsse erhalten haben, den Vorschriften dieses Gesetzes unterstellen, ohne daß dadurch die Voraussetzungen zu den Vergünstigungen der Gemeinnützigkeit gegeben werden.

§ 7

(1) Die Ueberprüfungsbehörden können die durch die Geschäftsführung der Beauftragten entstehenden Kosten auf die in § 1 genannten und die gemäß § 6 der Ueberprüfung tatsächlich unterworfenen Unternehmen umlegen.

(2) Die Umlage kann im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen werden.

§ 8

Die Vorschriften dieses Artikels treten spätestens am 31. März 1934 außer Kraft. Der Reichsarbeitsminister kann im Einvernehmen mit der obersten Landesbehörde die Vorschriften schon vorher außer Kraft setzen, soweit feststeht, daß die besondere Ueberprüfung durchgeführt ist.

Artikel II

Die Gemeinnützigkeitsverordnung wird wie folgt geändert:

1. § 4 erhält folgenden Abs. 4:

„Von der Anwendung der Vorschriften der Abs. 1, 2 Buchstaben a und b, 3 kann die oberste Landesbehörde mit Zustimmung der Reichsregierung für eine dabei zu bestimmende Frist bis höchstens drei Jahre bei solchen Wohnungsunternehmen absehen, die bereits vor dem 1. Januar 1931 von Steuerbehörden als gemeinnützig behandelt worden sind, wenn die nach der Gemeinnützigkeits-

verordnung im übrigen gegebene Gemeinnützigkeit dieser Wohnungsunternehmen gewährleistet ist.“

2. § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Das Wohnungsunternehmen muß sich satzungsgemäß und tatsächlich mit dem Bau von Kleinsiedlungen im eigenen Namen befassen; daneben kann es auch die Betreuung des Baues solcher Wohnungen betreiben (gemeinnütziger Zweck).“

3. Im § 18 Abs. 1 wird das Wort „dann“ ersetzt durch „auch“.

4. Im § 28 Abs. 2 wird hinter Satz 1 eingeschaltet: „Als Anerkennungsbehörde gilt die Behörde, die das Unternehmen gemäß Abs. 1 als Organ der staatlichen Wohnungspolitik anerkannt hat.“

5. Im § 29 wird am Schluß vor dem Punkt eingeschaltet: „aber als es sich sonstwie um die Förderung des Wohnungsbauces handelt.“

Artikel III

Die Verordnung zur Ausführung der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 20. März 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 73) wird wie folgt geändert:

1. Im Artikel 7 Buchstabe d wird hinter „entsprechend“ angefügt: „soweit Arbeiten nur für eigene Wohnungen des Unternehmens ausgeführt werden.“

2. Im Artikel 7 Buchstabe e wird vor den Worten „den Bewohnern“ eingeschaltet: „nur“.

3. Im Artikel 9 wird die Größenangabe „90 qm“ geändert in „75 qm“.

4. Im Artikel 11 Abs. 1 werden die Worte „einer der getriden und am Schluß des Buchstabens a unter Streichung des Kommas hinzugefügt: „oder“.

Artikel IV

In der Anlage 1 der Verordnung zur weiteren Ausführung der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 22. August 1931 (Reichsgesetzbl. 1931 I S. 463) erhält die Ziffer 6 der Erläuterungen folgenden Inhalt:

„Die Zinsen, die für die während der Bauzeit ausgewandten eigenen Mittel aktiviert worden sind, dürfen bei der Berechnung des zu verteilenden Reingewinns nicht eingerechnet werden.“

Artikel V

Die Bestimmung des Artikels II Nr. 5 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1931 in Kraft.

Artikel VI

Der Reichsarbeitsminister kann Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zur Ausführung und Ergänzung dieses Gesetzes erlassen.

Berlin, den 14. Juli 1933.

Der Reichsfanzler
Adolf Hitler

Der Reichsarbeitsminister
Franz Selbte

Aufhebung des Preussischen Staatsauftrages betr. die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen.

Durch Erlaß vom 27. 7. 33 — St. M. I 9595 — hat der Herr Preussische Ministerpräsident folgendes bestimmt:

Durch das Reichsgesetz zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsweisen vom 14. Juli 1933 — Reichsgesetzbl. I S. 484 — ist die besondere Ueberprüfung der Wohnungsunternehmen auf den obersten Landesbehörden übertragen worden.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Minister für Wirtschaft und Arbeit habe ich daher unseren gemeinsamen Erlaß vom 6. Mai 1933 — I 5925 — mit fol-

fortiger Wirkung auf, durch den Herr Geheimer Regierungsrat Ministerialdirektör a. D. Dr. Otto Glag zum Preussischen Sonderbeauftragten beim Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften u. w., sowie Herr Varlen-Schleumer zu seinem Vertreter bestellt wurden.

Für die Abwicklung und Uebergabe der Geschäfte erteilt der Herr Minister für Wirtschaft und Arbeit besondere Anweisungen.

Gesetz, betreffend die Steuerbefreiung neu errichteter Wohngebäude.

Vom 15. Juli 1933 (RGBl. I 493).

Artikel 1.

Dem § 14 Abs. 1 des Realsteuerentlastungsgesetzes (Kap. I des Dritten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930, Reichsgesetzbl. I S. 517, 582) wird der folgende Schlusssatz angefügt:

„Wohngebäude, die im Kalenderjahr 1933 im Rohbau vollendet und bis zum 31. Mai 1934 bezugsfertig geworden, gelten als im Rechnungsjahr 1933 bezugsfertig geworden.“

Artikel 2.

Der § 20 Abs. 1 des Grundsteuerentlastungsgesetzes (Kapitel II des Dritten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930, Reichsgesetzbl. I S. 517, 531) wird durch Anfügung des im Artikel 1 enthaltenen Satzes in gleicher Weise geändert.

Artikel 3.

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung ab 1. April 1933 in Kraft.

Ausgabe von Arbeitsstättenanweisungen für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden.

Der Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften und -gesellschaften e. V. teilt im Rundschreiben Nr. 69 mit, daß der Reichsfinanzminister auf eine Eingabe des Hauptverbandes den Befehl erteilt habe, daß nach dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 ein Unterschied zwischen Neuhaus- und Althausbesitz in Bezug auf die Zuschüsse zur Instandhaltung von Wohngebäuden nicht gemacht wird. Es besteht daher die Möglichkeit, in begründeten Fällen durch den Neuhausbesitz Zuschüsse im Sinne des Gesetzes zu gewähren.“

Vorstädtische Kleinsiedlung

Vorstädtische Kleinsiedlung, IV. Siedlungsabschnitt.

Aus den Bestimmungen für die Verteilung der Siedlungsvorhaben (Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Länder vom 7. Juli 1933 — IV Nr. 15—57133 K.) heben wir folgende hervor:

„Eine Errichtung von Kleinsiedlungen an Orten, in denen eine künftige Eingliederung der Siedler in den Erwerbsprozeß ausgeschlossen erscheint, darf nicht erfolgen. Es ist vielmehr notwendig zu versuchen, aus den Bezirken mit größerer, voraussichtlich andauernder struktureller Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen auszufiedeln. Hierzu ist die vorstädtische Kleinsiedlung eine der wenigen geeigneten Maßnahmen. Die notwendige Umsiedlung darf nicht an den Grenzen der Verwaltungsbezirke scheitern.“

Ein geeignetes Mittel, die Aufnahme auszufiedelnder Erwerbsloser zu ermöglichen, sehe ich insbesondere darin, daß Betriebe, die nach ihrer Art und ihrer Beschäftigung dazu in der Lage sind, zu Kurzarbeit übergehen.

Eine Möglichkeit, die notwendige Umsiedlung in Gang zu bringen und die Großstädte und Industriebezirke zu entlasten, ist auch in den Fällen gegeben,

in denen einzelne Industriearbeiter, die vom Lande in die Stadt gezogen sind, aufs Land zurückkehren wollen. Diese Personen besitzen vielfach geeignete Grundstücke in ihren früheren Heimatgemeinden oder können sich solche leicht beschaffen; es fehlen ihnen lediglich die Mittel für die Umsiedlung.

Neben der Umsiedlung muß mit den Mitteln der vorstädtischen Kleinsiedlung weiter eine Entlastung des Arbeitsmarktes in allen Fällen zu erreichen versucht werden. Ich habe bereits in meinem Rundschreiben vom 20. Februar 1933 auf die Notwendigkeit der Schaffung von Kurzarbeiterfiedlungen, von industriellen Betrieben hingewiesen. Die bisherigen Ergebnisse in dieser Richtung sind zwar nicht umfangreich, haben aber doch gezeigt, daß diese Maßnahme mit Erfolg durchführbar ist. Ich bitte deshalb zu veranlassen, daß mit geeigneten Betrieben wegen der Errichtung von Kurzarbeiterfiedlungen umgehend Fühlung genommen wird. In den Städten über 100 000 Einwohner bitte ich Kleinsiedlungen so weit irgend möglich in der Form der Kurzarbeiterfiedlung vorzuziehen. Besteht in diesen Städten darüber hinaus Bedarf in Kleinsiedlungen, so halte ich die Anlegung von Einzelhäusern für am zweckmäßigsten.

III. Für die Durchführung der vorstädtischen Kleinsiedlungen sind auch künftig die in meinem Rundschreiben vom 20. Februar 1933, Ziff. II dargelegten Grundzüge zu beachten.

IV. Von einer Neuauflassung der Richtlinien vom 20. Februar 1933 habe ich, dem Wunsche der Länderregierungen entsprechend, abgesehen. Für ihre Anwendung gelten jedoch einige besonders aufgeführte Abänderungen. Ziff. 4 lautet:

„Wenn auch grundsätzlich mit Mitteln der vorstädtischen Kleinsiedlung landwirtschaftliche Siedlungen nicht gefördert werden sollen, so sollen doch andererseits solche Kleinsiedlungen nicht ausgeschlossen sein, die eine Uebergangsstufe zur Kleinbäuerlichen Siedlung darstellen. Ihre Förderung kann vielmehr bei Vorliegen günstiger Voraussetzungen durchaus erwünscht sein. Solche Siedlungen werden jedoch sowohl einen höheren Bauaufwand als auch einen höheren Aufwand für das Auslagern erfordern. Höhere Kosten für den Aufbau und die Einrichtung der Stelle sind bereits nach Ziffer I A 4 b der Richtlinien zugelassen. Ich lasse namentlich auch zu, daß in solchen Fällen die in Ziffer I A 8 genannte Höchstbelastung zur Ermöglichung der notwendigen Landbeschaffung in möglichem Umfange überschritten wird; die Gesamtbelastung muß aber in einem angemessenen Verhältnis zu dem voraussichtlichen Ertrag der Siedlerstelle stehen. Auch hier erfolgt jedoch keine Erhöhung der Reichsbauten.“

Wodrude über den vollständigen Inhalt des Rundschreibens bitten wir von der Buchhandl. R. Müller m. b. H., Eberswalde, Schildkr. 14—24, zu beziehen.

Anerkennung als vorstädtische Kleinsiedlung.

Der Preuss. Minister für Wirtschaft und Arbeit gibt im Erlaß vom 23. Juni 1933 Nr. ZA 11 1003/10. 6. l. (MinBl. Nr. 1933 S. 369) bekannt, daß bei allen Einzelbauvorhaben der vorstädtischen Kleinsiedlung die Anerkennung gefordert für jedes Siedlungsvorhaben beantragt und ausgesprochen werden muß.

Die Anerkennung als vorstädtische Kleinsiedlung ist im Interesse einer möglichst schnellen Durchführung der Siedlungsvorhaben nicht davon abhängig zu machen, daß die Feststellung der öffentlichen Fakten bereits stattgefunden hat oder gleichzeitig stattfindet. Sie kann vielmehr grundsätzlich in einem besonderen Verfahren erfolgen. Hierbei gelten die Vorschriften der §§ 13 ff. des Gesetzes über die Gründung neuer Ansiedlungen vom 30. August 1904 (G.S. S. 227).

Befreiungen von den landesgesetzlichen Vorschriften und Verordnungen usw. sind gemäß § 15, Kap. 11, viertler Teil der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 (RGBl. I S. 551) in Verbindung mit § 7 der Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919 (RGBl. S. 1968) möglich.

Anerkennung von Siedlungsvorhaben als vorstädtische Kleinsiedlung.

Nach dem Erlass des Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 21. 7. 33 — Nr. ZA 11 0003 b / 27. 6. 1. — (MStWBl. Nr. 20 vom 9. 8. 33 S. 415) liegt das Charakteristische einer Kleinsiedlung vor allem in der Landzulage, die zur Gleichrichtung des Lebensunterhalts bestimmt ist und im allgemeinen für die Selbstversorgung des Siedlers und seiner Familie ausreichen soll. Wirtschaftlich ist die Selbstversorgung aber nur dann, wenn das Siedlungsgelände billig ist. Geeigneter Boden, ausreichende Grundstücksgröße und geringer Bodenpreis sind die ersten Voraussetzungen für die Anerkennung eines Siedlungsvorhabens als vorstädtische Kleinsiedlung. Hiernach werden Bauvorhaben, die auf kleinen und verhältnismäßig teuren Parzellen errichtet werden sollen und fast ausschließlich dem Wohnbedürfnis dienen, nicht als vorstädtische Kleinsiedlung anerkannt werden können, auch wenn sie mit Reichsbaudarlehen für Eigenheime gefördert werden.

Nebenerwerbsiedlung als vorstädtische Kleinsiedlung.

Der Preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit erludt im Erlass vom 20. Juli 33 (MStWBl. 1933, S. 400) die Regierungspräsidenten, bei der Prüfung der Siedlungspläne darauf hinzuwirken, daß die Entwicklung von vorstädtischer Kleinsiedlung zur gärtnerischen Nebenerwerbsiedlung gefördert wird, indem außer dem Ackerpachtland noch Gartenpachtland innerhalb der Siedlung vorgesehen wird.

Wirtschaft

Gesetz über die Errichtung einer Hamburgischen Baubank.

Der Senat hat auf Grund des vorläufigen Gesetzes zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (Reichsgesetzblatt I Seite 153) das nachstehende Gesetz beschloffen, das hiermit verkündet wird:

§ 1. In Hamburg wird unter der Bezeichnung „Hamburgische Baubank“ eine Kreditanstalt als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit den Eigenschaften und Rechten einer juristischen Person errichtet.

§ 2. Aufgabe der Hamburgischen Baubank ist vornehmlich die Mitwirkung bei der Befestigung und dem Wiederaufbau der Wohngebiete in Hamburg und der Förderung des Eigenheims- und Siedlungsbaus im Gebiet des Hamburgisch-Preussischen Landesplanungsgebietes für hamburgische Staatsangehörige oder im hamburgischen Staatsgebiet selbständig oder unabhängig Beschäftigte. Die Bank genießt Freiheit von hamburgischen Steuern und Gebühren.

§ 3. Die Verwaltung wird von einem Vorstand geführt, der aus sechs vom Senat zu ernennenden Mitgliedern, darunter einem Vertreter der Finanzdeputation, besteht. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter ernannt. Der Senat bestimmt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes. Diese Ernennungen können jederzeit widerrufen werden. Die Mitglieder des Vorstandes üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus und erhalten lediglich Ersatz ihrerbaren Auslagen.

Der Vorstand bestimmt die Richtlinien, nach denen

die Geschäfte der Bank zu führen sind. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die das Nähere über die Durchführung der Aufgaben der Bank enthalten soll. Die Geschäftsordnung bedarf der Zustimmung des Senats und ist zu veröffentlichen.

Der Vorstand erhältet allfällighm dem Senat einen Bericht über die Tätigkeit der Bank.

§ 4. Der Senat ernennt den Hamburgischen Baubank einen Vertreter der öffentlichen Interessen (Staatskommissar) bei. Der Staatskommissar ist zu allen Sitzungen des Vorstandes unter Mitteilung der Verhandlungsgegenstände einzuladen und von allen Beschlüssen, die außerhalb einer angeordneten Sitzung oder in sonstigen Sitzungen außerhalb der angeordneten Tagesordnung in seiner Abwesenheit gefaßt worden sind, vor der Ausführung in Kenntnis zu setzen. Der Staatskommissar kann gegenüber dem Vorstand Anträge stellen und den Organen der Bank Anweisungen erteilen. Der Vorstand kann gegenüber Anweisungen des Staatskommissars die Entscheidung des Senats anrufen. Der Senat entscheidet über etwaige Meinungsverschiedenheiten unter Ausschluss des Rechtsweges endgültig.

§ 5. Die Bank wird gerichtlich und außergerichtlich durch Geschäftsführer vertreten, die vom Vorstand zu bestellen sind. Die Geschäftsführer haben die Geschäfte unter eigener Verantwortlichkeit, jedoch im Rahmen der vom Vorstand aufgestellten Richtlinien zu führen. Den Anweisungen des Vorstandes und des Staatskommissars ist Folge zu leisten. Im Zweifel gehen die Anweisungen des Staatskommissars vor.

§ 6. Die Bank erfüllt ihre Aufgabe (§ 2) durch Herausgabe von Darlehen. Die Rückzahlung der Darlehen ist durch Tilgungshypotheken zu sichern. Die Darlehensverträge sind nach bestimmten Richtlinien abzuwickeln. Die Richtlinien haben über die Sicherung der Forderungen das Erforderliche zu enthalten. Vor Aufstellung der Richtlinien ist die Finanzdeputation zu hören.

Der Bank wird als Grundkapital 3 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Außerdem wird in Aussicht genommen, der Bank die Rückflüsse aus Tilgungs- und Zinsentnahmen der Hamburgischen Besoldungskasse für Hypotheken in jährlich jeztulegender Höhe zu überweisen.

§ 7. Die Bank wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der Finanzdeputation

- a) Wechselkredite bei der Reichsbank aufzunehmen,
- b) Wechsel zu diskontieren,
- c) Anleihen aufzulegen,
- d) Hypotheken gegen Wechsel zu verpfänden und zu lombardieren,
- e) Bürgschaften und Rückbürgschaften für Darlehen des Reiches im Rahmen der Zweckbestimmung zu übernehmen,
- f) Pfandbriefe und Schuldverschreibungen gemäß dem Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927 auszugeben.

§ 8. Die Bank wird ermächtigt, Ausbietungsgarantien bis insgesamt zu einem Schmelz ihres Darlehensbestandes zu übernehmen. Die Ausbietungsgarantien dürfen nicht über 60 v. H. des Grundstückswertes (Einheitswert) ausfallen. Voraussetzung für die Übernahme einer Ausbietungsgarantie ist die Grundbuddmäßig zu fichernde Verpflichtung des Hypothekenhalters bei einer Zwangsversteigerung die Hypothek auf mindestens 2 Jahre stehen zu lassen, falls das Grundstück von der Bank übernommen wird.

Statt der Ausbietungsgarantie kann in besonderen Ausnahmefällen im jedesmaligen Einvernehmen mit der Finanzdeputation die Bürgschaft übernommen werden.

§ 9. Die Bank kann sich an ähnlichen Unternehmen des Preussischen Preußen (Wohnungsfürsorgege-

schaften) beteiligen, soweit diese im Gebiet des Hamburgisch-Preussischen Landesplanungsausschusses sich in gleichem oder ähnlichem Sinne betätigen und zum Zwecke der Gebühren- und Stempelfreiheit diese Beteiligung für die Bank vorteilhaft erscheint. Derartige Beteiligungen bedürfen der Zustimmung der Finanzdeputation. Die Beteiligung kann in Gewährung von Darlehen an sonstige Unternehmungen bestehen, falls der Zweck der Bank dadurch leichter erreicht wird.

Hamburg, den 2. August 1933.

Der Reichstatthalter.

Karl Kaufmann.

Gez. über die Befugnisse des Reichskommissars für das Bankgewerbe.

Nach dem Gez. vom 7. 8. 33 (RGBl. S. 577) kann der Reichskommissar für das Bankgewerbe die Inhaber und Geschäftsleiter der Unternehmungen zur Befolgung von Vereinbarungen oder Bestimmungen im Sinne der Notverordnung vom 8. 12. 31 durch Ordnungstrafen in Geld bis zu 100.000 RM anhalten. Mit diesen Geldstrafen werden bestraft,

1. wer vorläufig höhere Zinsen für hereingenommene Gelder gewährt, als es nach Vereinbarung (§ 1 Abs. 1) oder nach Bestimmung (§ 1 Abs. 2) zulässig ist,
2. wer Vereinbarungen (§ 1 Abs. 1) oder Bestimmungen (§ 1 Abs. 2) über die Berechnung der Zins- und Provisionssätze bei der Weitergabe von Geldern an Dritte zuwiderhandelt.

Zuständigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung.

Nach dem Reichsgez. vom 13. Juli 1933 (RGBl. 464) gehen die Aufgaben und Befugnisse des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung auf den Reichsarbeitsminister über. Der beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung eingeleitete Austausch tritt zum Reichsarbeitsminister über.

Der Reichsarbeitsminister bittet im Erlass vom 21. 7. 33 — IV a 13702/33 — die oberste Landesbehörde für Arbeitsbeschaffung und die Herren Ober- und Regierungspräsidenten in Preußen in Zukunft den Schriftwechsel über Arbeitsbeschaffungsmassnahmen mit dem Reichsarbeitsministerium zu führen. Soweit es sich aber um die Vorlage von Anträgen oder von Antragsunterlagen handelt, bittet der Herr Reichsarbeitsminister im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens, sich künftig unmittelbar an die zuständigen Kreditinstitute (Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G., Berlin W 8, Taubenstr. 48/49, Deutsche Rentenbankkreditanstalt - Landwirtschaftliche Zentralbank, Berlin W 8, Wilhelmstr. 66) zu wenden.

Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge.

In der Baumwelt Heft 32 find die vom Reichsstatthalter in der Sitzung vom 14. 7. 33 beschlossenen Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Erläuterungen des Herrn Reichswirtschaftsministers veröffentlicht.

Nachrichten des Bau- und Siedlungswesens

Wohnungswirtschaft

Einheitsorganisation der Kleingärtner und Kleinfiedler.

Der vor kurzem unter nationalsozialistischer Führung ins Leben gerufene „Reichsbund der Kleingärtner und Kleinfiedler Deutschlands e. V.“ ist, nachdem der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands auf seiner kürzlich in Nürnberg abgehaltenen 9. Reichstagung seinen Anschluß an den neuen Reichsbund erklärt hat, die einzige von der Obersten Parteileitung der NSDAP. anerkannte Organisation für Kleingärtner und Kleinfiedler. Dem Reichsbund haben sich die bisher maßgebenden Kleinfiedlerorganisationen angeschlossen, so der bekannte Deutsche Siedlungs- und Verkehrsband e. V., Berlin. Die Ueberführung noch außenstehender Organisationen in den neuen Einheitsverband wird jetzt unmittelbar erfolgen. Der Zusammenschluß aller Selbstversorger auf dem Gebiete des Kleingarten- und Kleinfiedlungswesens wird damit vollkommen. Der neue Reichsbund wird nach dem Führerprinzip organisiert werden. Er besteht in Zukunft aus den beiden Fachschaften „Kleingärtner“ und „Kleinfiedler“. Jede Fachschaft untersteht einem Führer, dem ein Führerring beigeordnet ist. Zum Bundesführer ist Pg. Dr. Kammeler bestellt worden. Führer der Fachschaften sind Pg. Steinhäus für die Kleingärtner und Pg. Gössel für die Kleinfiedler. Die Fachschaften

gliedern sich in Landes- bzw. Provinz-, Kreis- und Stadtgruppen; die kleinste Einheit ist der lokale Kleingärtner- bzw. Kleinfiedlerverein.

Bundestag 1933 des BDM.

Auf Beschluß des Bundesvorstandes und des Bundesauschusses des BDM wird der Bund Deutscher Architekten seinen diesjährigen 30. ordentlichen Bundestag in den Tagen vom 21. bis 23. September 1933 in München stattfinden lassen.

Eingliederung der Bauhütten in die Deutsche Arbeitsfront.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront und des Verbandes sozialer Baubetriebe, Dr. Robert Leq, hat in der Verordnung vom 7. Juli 1933 die Deutschen Bauhütten bestätigt. In Zukunft werden die Bauhütten Baubetriebe wie Maler-, Tischler-, Glaserhütten usw. im Interesse des Handwerks nicht mehr unterhalten, sondern im Gegenteil die im Handwerk schlummernden Kräfte zur produktiven Mitarbeit im stärksten Maße herangezogen werden. Die Bauhütten werden Auftraggeber des Handwerks sein. Der Führer der Arbeitsfront betont, daß die Erhaltung der Bauhütten wegen der großen Zukunftsaufgaben, die auf dem Gebiete des Siedlungs- und Bauwesens zu lösen sind, gefördert werden muß. Darum wird jeder unbefugte Eingriff in Betriebe, die der Deutschen Arbeitsfront unterstellt sind, rücksichtslos verfolgt werden.

Die Bauhütten einjt und jeht.

Am Freitag, den 25. August, fand im Plenar-sitzungs-saal des Reichswirtschaftsrats Berlin eine Tagung sämtlicher im Verband sozialer Baubetriebe zusammengeflohenen Betriebe statt. Die Tagung leitete der Beauftragte des Verbandes sozialer Baubetriebe, Architekt Franz Strasser. In seinem Vortrag über das Thema „Stellung und Aufgaben der Bauhütten im nationalsozialistischen Staat in politischer und wirtschaftlicher Beziehung“ führte er u. a. folgendes aus:

Zu den üblen Erscheinungen, die mit der Niederbringung des Marxismus und der Zerschlagung der November-Republik beseitigt sind, gehören auch die von den Gewerkschaften geschaffenen Bauhütten. Kurz nach der Revolution von 1918 begannen die Marxisten, die damals glaubten, daß sie schrankenlos und hemmungslos Wirtschaftsmarkismus treiben könnten und damit den Beifall des Volkes finden würden, überall im Deutschen Reich mit der Gründung der Bauhütten. Verhältnismäßig schnell gelang es diesen Bauhütten, sich in das Wirtschaftsleben einzufügen und eine führende Rolle im deutschen Produktionsbau zu übernehmen. Der Marxismus und die marxistischen Führer gingen bei Aufbau und Organisierung der Bauhütten und bei der Zuteilung ihres Aufgabenspektrums ganz planmäßig vor. Bewußt schaltete man in diesen führend gewordenen Baubetrieben die Initiative des Einzelnen aus. Es war ja einer der wesentlichen Grundzüge des Marxismus, nicht Führer, sondern Geführte zu schaffen und den Willen des Einzelnen durch den Willen der Masse zu ersetzen. Auch bei den Bauhütten hat diese Tendenz geherrscht und zwangsläufig dazu geführt, daß die Bauhütten für die Baubearbeitungen aus eigenen Betriebsüberbühnen neue Unternehmungen gründeten. Auf diese Weise gelang es ihnen, mühelos das freie Handwerk auszuhalten und praktisch marxistische Sozialisierungsbau zu leisten. Zahllose kleine Handwerker, zahlreiche Mittelbetriebe sind auf diese Weise vernichtet worden. — Die Werte, die die Bauhütten auf der anderen Seite geschaffen haben, entbehren häufig jeder Wertigkeit. Ohne Rücksicht auf den persönlichen Geschmack des Einzelnen, ohne den Geschmack der Zeit begann man zu tipplieren und schuf Häuser und Bauten, die oft jeder Schönheit entbehren und typische Beispiele des Kulturbolschewismus der Vergangenheit waren. — Nach der Ergründung der Macht durch den Nationalsozialismus wird selbstverständlich nicht nur die Betriebsführung der Bauhütten, sondern auch die Art ihrer Arbeit geändert werden. Es sind bereits alle Maßnahmen und Anordnungen getroffen, daß die nunmehr in die Deutsche Arbeitsfront eingegliederten Bauhütten die Nebenarbeiten möglichst an das ortsansässige qualitativ hochstehende Handwerk abgeben und so dem freien Handwerk Brot und damit wieder Freude an seiner Arbeit verschaffen. — Die Heranziehung des Handwerks bzw. der einzelnen Handwerker kann sogar in ziemlich erheblichem Umfang erfolgen. Bekanntlich treffen von 100 % Baukosten nur ungefähr 40 % auf das eigentliche Baugewerbe, während sich 60 % auf die einzelnen Handwerker verteilen. Diese 60 % können, richtig angelegt, einer ganzen Reihe von kleinen Existenzen zu einem gewissen Ausfluge verhelfen. — Aber nicht nur durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für den einzelnen Handwerker will die nationalsozialistische Bauhütte handwerksfördernd wirken! Sie will vielmehr weit darüber hinaus am Aufbau der deutschen Wirtschaft derart tätig sein, daß sie kreditstarken Handwerkern oder solchen, die infolge der schlechten Lage auf dem Baumarkt und der Arbeit der marxistischen

Bauhütten ihre Existenz verloren haben, in der Weise zu einer neuen Lebensmöglichkeit verhilft, indem wir sie an den großen Wohnungsbauarbeiten, die in nächster Zukunft auszuführen sein werden, als gleichberechtigte Mitarbeiter teilnehmen lassen. Unter Einlage der betriebstechnischen Einrichtungen der Bauhütten werden wir das Kleinhandwerk, das sich bisher im allgemeinen auf die Ausführung kleinerer Arbeiten beschränken mußte, in die Lage versetzen, selbst große Bauten auszuführen. Wir werden damit der Entfaltung des Könnens des Einzelnen freie Bahn geben und sind überzeugt, daß es auf diese Weise gelingen wird, der Bauwirtschaft neue tüchtige, produktionsfähige Kräfte zuzuführen. — Wenn es bei den marxistischen Arbeitsmethoden geblieben wäre, wären wir sehr bald dahin gekommen, daß aus dem freischaffenden Handwerker der proletarische Fabrikarbeiter geworden wäre, der mit Hilfe der Maschinen am laufenden Bande genommene Bauteile für die marxistische sozialisierten Baubetriebe geliefert hätte. Höchstens für die Bauhütten im nationalsozialistischen Staat ist: **Freihänder des Handwerks** zu werden und diese freihänderische Tätigkeit so auszuüben, daß einerseits dem Handwerker volle Bewegungsfreiheit und volle Gelegenheit zur Entfaltung seines Könnens gegeben wird, andererseits aber dem Bauherrn die Gewähr geleistet wird, daß überall wirklich Qualitätsarbeit geboten wird. Sicher wird diese Umstellung nicht von heute auf morgen durchzuführen sein; sie wird eine gewisse Zeit zur Entwicklung benötigen, da die Voraussetzungen für diese Arbeit überall örtlich verschieden sein werden. Wie das Problem im einzelnen zu lösen ist, wird eine Frage der gemeinsamen Beratung zwischen den berufenen Vertretern des Handwerks und dem Führer der Deutschen Bauhütten sein. Zunächst ist einmal aufgeräumt mit der Macht der Masse, und das Führerprinzip in den nunmehr nationalsozialistischen Bauhütten voll zur Geltung gebracht, das bereits seine Früchte gezeigt. Schöpferische Fähigkeiten und Tüchtigkeit des Einzelnen können eben nicht ersetzt werden durch ein Viel von Köpfen, können nicht ersetzt werden durch den Willen der Masse, denn wie in der Politik kann auch in der Wirtschaft nur ein Führer sein. — Zusammenfassend sei also noch einmal gesagt: **Unser Aufgabe** ist es, finanziell, betriebstechnisch und beratend dem Handwerk zur Seite zu stehen, neue Existenzen zu schaffen, die sich voll aufbauwillens eingliedern in die nationalsozialistische Front als Volksgenossen, die mit den Bauhütten zum Wohle des Ganzen am Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft nach den Weisungen des Kanzlers und Führers mitarbeiten werden. — Es wird sich dabei herausstellen, daß die Bauhütten nicht allein diese vorgeordneten Aufgaben im nationalsozialistischen Staat zu erfüllen haben, sondern daß sie auch gangsaufhängig ein Preisregulator werden, der für alle Beteiligten von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein kann. Im marxistischen Staat ist der größte Teil der Handwerker und des kleingewerblichen Mittelstandes daran zugrunde gegangen, daß er nur, um überhaupt zu einer Arbeit zu kommen, Preise abgab, die nicht nur seinen Gewinn einbrachten, sondern häufig noch finanzielle Verluste für den einzelnen Handwerker einbringen mußten. Wollen wir einen gesunden Handwerker- und gewerblichen Mittelstand, so müssen wir ihm eine gewisse Zeitpanne lassen, um ihm die Existenz zu sichern. Das Wirken als Preisregulator wird mit einer der vornehmsten Aufgaben der Deutschen Bauhütten sein. — Aber auch durch Herabgabe von Krediten werden und wollen wir das Handwerk in die Lage versetzen, sich einen Platz in der deutschen Wirtschaft zurückzuerobern. Wir werden uns auf dem Wege, den wir als Nationalsozialisten zu gehen haben, nicht von kleinsten Quertieren abbringen lassen, sondern werden nach dem

Willen des Führers auch im Bauhandwerk die Volksgemeinschaft schaffen, die End- und Hochziel des nationalsozialistischen Staates ist.

Internationaler Verband für Wohnungswesen.

Im Internationalen Verband für Wohnungswesen zu Frankfurt/Main hat nach dem Tode des Generalsekretärs Kampffmeyer Professor Franz Schuster die Redaktion der Zeitschrift „Wohnen und Bauen“ übernommen. Wie erinnertlich trennte sich der Verband von der Internationalen Gesellschaft für Städtebau und Wohnungswesen und fasste in sich radikalere Gruppen sozialistischer Baupolitiker zusammen. Auf einer Vorstandssitzung in Brüssel wurde am 17. Juli 1933 das Verhältnis des Verbandes zur Internationalen Gesellschaft für Städtebau und Wohnungswesen, der zukünftige Sitz des Verbandesekretariats und die Wahl eines neuen Generalsekretärs erörtert. Bei der im Gange befindlichen Konzentration aller baupolitischen Kräfte in Spitzenverbänden liegt für einen weiteren Bestand des Internationalen Verbandes keine Berechtigung mehr vor. Es wird daher darauf hinzuwirken sein, daß in der am 7. Oktober 1933 in Amsterdam in Aussicht genommenen Vorstandssitzung die Wiedervereinigung des Verbandes mit der Internationalen Gesellschaft für Städtebau und Wohnungswesen beschlossen wird und sich damit die Beratung der weiteren Punkte erübrigt. Zumindestens sollte auf die deutschen Vertreter des Verbandes dahin eingewirkt werden, daß sie einen derartigen Antrag stellen und aus dem Verein ausscheiden, falls ein derartiger Antrag von den ausländischen Mitgliedern des Verbandes nicht genehmigt werden sollte.

Ein neuer Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen.

In der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen wurde Landesbaurath Richard Lang-Berlin anstelle des ausscheidenden Geheimrats Prof. Dr. Hertwig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Als Beisitzer treten neu in den Vorstand ein Prof. Dr. Ing. Rudin-Berlin, Regierungsbaumeister Kosfeld-Dortmund, Prof. Dr. Ing. Rein-Dresden, Direktor der Reichsbahn Rügele in Stuttgart, Oberbaudirektor Beblo in München. Außerdem gehört von jetzt an der Vorsitzende des Architekten- und Ingenieurvereins Berlin dem Vorstände der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen an. Vorsitzender ist zurzeit Prof. Ehlgöb.

Niederlegung von Aufsichtsratsposten.

Nachdem, wie bereits gemeldet, der Reichsarbeitsminister entsprechend dem Wunsche des Reichswirtschaftsministers die Herren Dr. Moser, Bruno Schuffel, Robert Teske und Corde-mann aus dem Aufsichtsrat der Bau- und Bodenbank abberufen hat, werden als Folge dieser Ab-

berufung die Herren Dr. Moser, Bruno Schuffel und Robert Teske ihre Mandate als Aufsichtsräte bzw. Vorstandsmitglieder, die sie als angelegliche Vertrauensleute der NSDAP nach dem 30. Januar 1933 bei nachstehenden Gesellschaften innegehabt haben, niederlegen. Die weitere Ausübung dieser Mandate ist nach dem grundsätzlichen Verbot der NSDAP nicht mehr möglich. Eine nachträgliche Genehmigung der Mandate ist in den vorliegenden Fällen nicht zu erwarten.

Herr Dr. Moser war, soweit sich bisher feststellen ließ, Aufsichtsratsmitglied in folgenden Gesellschaften: Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G., Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G., Terrain A.-G. Botanischer Garten, Zehlendorf-West, A.-G. für Eisen-Beton- und Tiefbau, Deutsche Wohnstätten-Hypothekbank A.-G., Deutsche Baulredit A.-G., „Roland“, Gemeinnützige Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft.

Herr Robert Teske war Vorstandsmitglied bei der Allgemeinen Häuserbau A.-G., bei der Terrain A.-G. Botanischer Garten, stellvertretender Vorsitzender der A.-G. für Eisen-Beton- und Tiefbau, Geschäftsführer der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft m. b. H. Kleinmachnow und Aufsichtsratsmitglied bei der Mühlenau-Boden A.-G., ferner Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Wohnstätten-Hypothekbank A.-G., bei der Baulredit A.-G., bei der „Roland“ Gemeinnützige Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft.

Herr Bruno Schuffel war Aufsichtsratsmitglied der Allgemeinen Häuserbau A.-G. und der Berliner Stadtkassenbank A.-G.

Landwirtschaftliche Siedlung

Neubildung des deutschen Bauerntums.

Das am 14. Juli 1933 vom Reichskabinett beschlossene Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums hat folgenden Wortlaut:

Die ländliche Siedlung, insbesondere die Schaffung von Bauernhöfen im gesamten Reichsgebiet (Neubildung deutschen Bauerntums) ist die Aufgabe des Reichs. Das Reich hat hierüber die ausschließliche Gesetzgebung. Zur Durchführung dieser Aufgabe kann sich das Reich der zuständigen Behörden der Länder bedienen. Diese haben den Weisungen des Reichs Folge zu leisten.

Die zuständigen Reichsminister werden ermächtigt, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Auf Grund dieses Reichsgesetzes hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, H. Walther Darré, Ministerpräsident Waltherr Grangow, Schwerin, mit der Einleitung aller derjenigen Arbeiten und Maßnahmen beauftragt, die notwendig sind, um die Durchführung

des Gesetzes vorzubereiten. Zu seiner Unterstützung ist ihm der Sonderbeauftragte des Reichsernährungsministers für das Siedlungswesen, Vg. Dr. Kurt Kummer, beigegeben worden.

Geldmarkt

100 Millionen RM Reichsbürgschaften für Kleinwohnungsbau.

Das Reichskabinett hat den Höchstbetrag, den die jeweilige Bürgschaftsverpflichtung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom Dezember 1930 — Übernahme von Bürgschaften zugunsten des Kleinwohnungsbaues — nicht überschreiten dürfen, für das Rechnungsjahr 1933/34 auf 100 Millionen RM festgesetzt.

Weitere Reichszuschüsse für Hausreparaturen.

Der Reichsarbeitsminister wird nach Presse-meldungen zur Vornahme von Instandsetzungs- und Umbauarbeiten an Hausbesitz, insbesondere auch an Gebäuden landwirtschaftlicher Betriebe, weitere 50 Millionen RM an einzelne Länder verteilen. Die Verteilung soll aber nur erfolgen, wenn ungerechtfertigte Preissteigerungen für diese Arbeiten, die mehrfach beobachtet worden seien, unterbleiben.

Moratorium für die Auszahlung gekündigter Geschäftsguthaben.

In dem Gesetz ist zunächst für alle am 1. Juli d. Js. fälligen Geschäftsguthaben Stundung bis zum 31. August d. Js. gewährt worden. In der Zwischenzeit kann die Genossenschaft die Gewährung des Moratoriums beantragen. Der Antrag auf Gewährung der Zahlungsfrist für die Auszahlung der Geschäftsguthaben darf nur dann gestellt werden, wenn die Summe der zur Rückzahlung fälligen Geschäftsguthaben mehr als 8% desjenigen Betrages ausmacht, mit dem in der letzten Bilanz die Geschäftsguthaben sämtlicher Genossen ausgewiesen waren. Der Antrag ist bei der sogenannten Spruchstelle, das ist das zuständige Amtsgericht, zu stellen. Die Anerkennungsbehörde muß die Bewilligung bewilligen. Die Zahlungsfrist kann nur längstens bis zum 31. Dezember 1935 bewilligt werden.

Zur Neuorganisation des Bauparwesens.

Die Verfügung der früheren Reichskommissare Dr. Otto Wogener und Möllers über die Auflösung sämtlicher Verbände der Baupartassen ist vom Reichswirtschaftsministerium wieder aufgehoben worden. Nunmehr ist eine Verständigung zwischen den Baupartassenverbänden erfolgt.

In einer unter dem Vorsitz des Herrn Justizministers Kerrl stattgefundenen Besprechung der Vorstände des Reichsverbandes deutscher Bau-

partassen und des Verbandes zugelassener deutscher Baupartassen stellten die Beteiligten einmütig fest, daß die bisher der Gründung eines Einheitsverbandes deutscher Baupartassen entgegenstehenden Differenzen als behoben angesehen werden können.

Die Beteiligten sind der Ueberzeugung, daß Herr Justizminister Kerrl eine gerechte Förderung aller soliden deutschen Baupartassen anstrebt und somit der von ihm geführte Reichsverband deutscher Baupartassen die geeignete Zusammenfassung aller deutschen Baupartassen abgibt.

100 Millionen RM für Baupartassen.

Laut Mitteilung des Reichsverbandes Deutscher Baupartassen wird es gelingen, für die Baupartassen zusätzliche Verteilungsmittel in Höhe von etwa 100 Millionen RM zu erhalten. Hierdurch werden über 10 000 Eigenheime fertiggestellt werden können. Die Unterlagen für die Verteilung werden vom Reichsverband im Einvernehmen mit dem Reichsaufsichtsamt ausgearbeitet. Die Arbeiten sind noch im Gange.

Entscheidungen über Baupartassen.

Senatsitzung des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung am 27. und 28. Juli 1933:

1. „Notwende“ Gemeinnützige Deutsche Eigenheim-Baupartagegesellschaft m. b. H. in Wülheim (Ruhr). Der Antrag auf Erlaßnis zum Geschäftsbetrieb ist abgewiesen worden. Die Abweisung wirkt wie ein Auflösungsbeschluss. Die bestehenden Baupartaverträge werden vereinfacht abgewidelt. Die Liquidation wird einem noch zu bestimmenden Liquidator übertragen.
2. Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H. in Viqu. in Eutin.
3. „Selbsthilfe“ Gemeinnützige Eigenheim Bau- und Spargelellschaft m. b. H. in Viqu. in Hannover. Die bestehenden Baupartaverträge werden vereinfacht abgewidelt. Die Liquidation wird einem noch zu bestimmenden Liquidator übertragen. Zu 2) wurde gleichzeitig ein Zahlungsverbot erlassen.
4. Der Mitteldeutschen Baupartasse Alttingelgesellschaft in Hannover ist der Erlaßnis zum Geschäftsbetrieb unter Bedingungen erteilt worden.
5. „Deutschland Baupar-A.G. für Stadt und Land in Berlin-Lankwitz. Der Antrag auf Anordnung der vereinfachten Abwicklung der bestehenden Baupartaverträge wurde abgewiesen.
6. Die Uebertragung des Bestandes der „Volkshilfe“ Gemeinnützige Baupartasse e. G. m. b. H. in Stuttgart auf die D.C.M. Baupartasse e. G. m. b. H. in Leonberg ist unter Bedingungen genehmigt worden. Die Entscheidungen zu 1—6 sind noch nicht rechtskräftig.
7. Bei der „Eigenhilfe“ Siedlungs- und Baupar-G. m. b. H. in Tharandt wurde die Verhängung einer Ordnungsstrafe gegen den Vorstand der Unternehmung wegen Nichteinreichung von Unterlagen beschloffen.
8. „Kronfrei“ G. m. b. H. in Hamburg. Die Baupartasse ist endgültig zugelassen worden.

Aussonderungsrecht des Treuguts im Baupartassistententum.

Die umstrittene Frage, ob das Treugut der Später bei einer Baupartasse im Konkursfalle bei entsprechenden Spar- und Darlehensbedingungen aussonderungsfähig ist, hat das Oberlandesgericht Köln am 15. 3. 33 durch Beschluß des 9. Zivilsenats — 9 W 40 b/33 — dahin entschieden, daß die Aussonderungsfähigkeit bejaht wird. Die Entscheidungsgründe sind in der „Baugilde“ Seite 12 S. 579 veröffentlicht.

Wirtschaftsereignisse und -zahlen

Die Bautätigkeit im Juni und ersten Halbjahr 1933.

Im Juni haben die Anträge für Wohnungsbauten, die für die weitere Entwicklung der Bautätigkeit von ausschlaggebender Bedeutung sind, beträchtlich zugenommen, obwohl in der Regel um diese Zeit die Bauanträge saisonmäßig zurückgehen. Auch die Zahl der Vollendungen von Wohnungsbauten ist sowohl gegenüber dem Vormonat wie auch besonders gegenüber Juni 1932 erheblich gestiegen, während bei den Bauerlaubnissen und Baubeginnen ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Die gesamte Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1933 übertraf durchweg die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres.

Von Januar bis Juni 1933 zusammen wurden in den Gemeinden über 100 000 Einwohner 36 700 Wohnungen fertiggestellt, um 36 v. H. mehr als in der ersten Jahreshälfte 1932. Bei den Baubeginnen übertraf das Gesamtergebnis im ersten Halbjahr (24 700 Wohnungen) die entsprechende Leistung von 1932 um 15 v. H. und bei den Bauerlaubnissen (27 600 Wohnungen) um 6 v. H. Die Zahl der gestellten Bauanträge war um etwa 22 v. H. höher.

Überwiegend wurden Einfamilienhäuser errichtet. Von sämtlichen 9600 fertiggestellten Wohnungsbauten entfielen 7700 oder 80,5 v. H. nur eine Wohnung gegenüber 65 v. H. im Jahre 1932 und 26 v. H. im Jahre 1931.

Der Pfandbriefumlauf im Juni und im ersten Halbjahr 1933.

Im ersten Halbjahr 1933 ist der Umlauf an Inlandspfandbriefen der Inflationszeit um 94,8 Millionen RM, der Auslandspfandbriefe um 70 Millionen RM und der Liquidationspfandbriefe um 35 Millionen RM gesunken. Die Darlehensbestände an Hypotheken haben bei den Boden- und Kommunal-Kreditinstituten im ersten Halbjahr 1933 um 132,2 Millionen RM abgenommen. Im Juni hat sich der Umlauf an Pfandbriefen insgesamt um 33,4 Millionen RM ver-

ringert, wobei auf die eigentlichen Inlandspfandbriefe eine Verminderung um 5,8 Millionen RM entfällt.

Die Arbeitslosigkeit im Juli 1933.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes hat sich im Juli 1933 fortgesetzt. Insgesamt verminderte sich die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen nach den Berichten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Juli 1933 um 388 424 gleich 8,0 v. H. auf 4 468 518. Der Rückgang in der ersten Hälfte des Berichtsmonats (um 29 892 gleich 0,6 v. H.) ist insofern bemerkenswert, als in den letzten Jahren in der Abwärtsbewegung der Arbeitslosigkeit Ende Juni eine vorübergehende Stodung einzutreten pflegte. Die zweite Hälfte des Monats Juli zeigt eine stärkere Abnahme der Arbeitslosenziffer und zwar um 358 532 gleich 7,4 %. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen am 31. Juli waren 3 565 387 männliche und 903 131 weibliche Personen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging um 22 189 gleich 5,3 v. H. auf 394 115 zurück. An der Krüpfürsorge wurden Ende Juli 1 251 804 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, also 58 568 gleich 4,5 v. H. weniger als am Monatsanfang.

Leipziger Baumeffe.

Anläßlich der Leipziger Baumeffe werden am 28. August Staatssekretär Feder über die Technik im neuen Deutschland, Generalinsp. Dr. Ing. Todt über das Fernstraßennetz und Staatssekretär Dr. Krohn über die Projekte der Arbeitsbeschaffung Vorträge in Baumeihalle 19 halten. Im Rahmen der Tagung des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen sprechen am 29. August Ministerialrat Professor Dr. Schmidt, Berlin über „Der Wohnungs- und Siedlungsbau in Deutschland im Jahre 1933“, Reg.-Baumstr. a. D. Dr. Ing. Kammler, Berlin über „Förderung der Wirtschaftlichkeit des Wohnungs- und Siedlungswesens durch Bauforschung“ und Dr. Ing. Hoh, Hannover über „Grundlagen für die Preisgestaltung im Wohnungs- und Siedlungsbau zur Feststellung des angemessenen Preises“.

Lebenshaltungskosten und Großhandelspreise.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juli 1933 auf 118,7; sie ist gegenüber dem Vormonat (118,8) kaum merklich gesunken (0,1 %).

Die Gesamtindexziffer für Großhandelspreise betrug am 19. Juli 104,3, am 26. Juli 105,0 und im Monatsdurchschnitt 104,3. Sie ist gegenüber dem Vormonat um 0,9 gestiegen.